

Die erweiterte EU und die Staaten der GUS

Berlin, Mai 2002

Die erweiterte EU und die Staaten der GUS

Berlin, Mai 2002

ISBN 3-320-02989-4

Inhalt:

Hans Modrow, Mitglied des Europäischen Parlaments:

Die EU-Osterweiterung erfordert Interessenausgleich und tatsächliche Partnerschaft
zwischen allen europäischen Staaten S. 3 - 6

Eine kritische Betrachtung der Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen der EU
mit Staaten der GUS, insbesondere mit Russland, der Ukraine und Belarus

(Ausgearbeitet im Auftrag der Gruppe der PDS in der Fraktion Vereinte Europäische
Linke/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament) S. 7 - 51

Bemerkungen und Vorschläge der KPRF zur Ausarbeitung

„Eine kritische Betrachtung der Entwicklung und Gestaltung partnerschaftlicher
Beziehungen der EU mit den Staaten der GUS“ S. 52 - 68

Anlage: Information über die GUS S. 69 - 83

Hans Modrow,
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die EU-Osterweiterung erfordert Interessenausgleich und tatsächliche Partnerschaft zwischen allen europäischen Staaten

Die Erweiterung der Europäischen Union durch die Aufnahme von 10 Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Zyperns und Maltas tritt in die entscheidende Phase. Sie wird aber nur dann möglich und erfolgreich sein, wenn dieser Prozess mit tiefgreifenden Reformen und einer neuen Qualität der Integration verbunden ist.

Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass dieser Prozess neue, qualitative Momente in den partnerschaftlichen Beziehungen der EU zu den Staaten der GUS erfordert. Denn auch nach der Erweiterung wird Europa größer sein als die EU. Große Staaten wie Russland, die Ukraine und Belarus werden außerhalb stehen, es entstehen neue Bedingungen für die Gestaltung der Beziehungen. Die bestehenden Partnerschaftsverträge sind zu prüfen und müssen auf den Stand der sich vollziehenden Entwicklungen gebracht werden. Für Überlegungen in dieser Richtung gibt die vorliegende Betrachtung wertvolle Denkanstöße.

Bereits in der jetzigen Phase des Erweiterungsprozesses sind die Auswirkungen in Wirtschaft und Politik spürbar; das gilt nicht zuletzt für die Außengrenzen der EU. Die Erweiterung der Union wie auch die bereits vollzogene Ausdehnung der NATO werden mit dem gleichen Argument begründet: Man wolle Stabilität und Sicherheit nach Osten exportieren. Den Beweis für diese These ist man bislang schuldig geblieben. Das eine wie das andere hat mehr Verunsicherung als Sicherheit gebracht, und mit dem Beitritt der baltischen Staaten zur NATO werden sich die Probleme zuspitzen.

Die linken Kräfte sind gefordert, mit eigenen konstruktiven Ideen dem sich objektiv vollziehenden Integrationsprozess auf unserem Kontinent eine Richtung zu geben, die nicht den Interessen der Großunternehmen und Banken folgt, sondern dem gleichberechtigten Miteinander der Staaten und Völker dient.

Natürlich sind bei der Betrachtung dieses Prozesses die Ereignisse vom 11. September, die Terroranschläge in New York und Washington und der postwendend folgende Krieg in und gegen Afghanistan zu berücksichtigen. Es waren die USA, die den Feldzug gegen den Terror ausriefen, es war ihr Präsident Bush, der unter der Losung „Wer nicht mit uns ist, ist für den Terrorismus“ eine breite internationale Allianz formierte, der sich aus unterschiedlichen Motiven kaum ein Staat verweigern wollte. Mit besonderer Genugtuung wurde in Washington

registriert, dass Präsident Putin dem Einsatz militärischer Gewalt durch eine fremde Macht unmittelbar an der Grenze zustimmt.

Seit dem Amtsantritt von Bush Junior hatten die USA ihr Verhältnis zu Russland vielfachen Belastungsproben ausgesetzt. Der ABM-Vertrag wurde zur Disposition gestellt und ist inzwischen aufgekündigt, die Vorbereitungen für einen Raketenabwehrschirm aktiviert, IWF-Kredite für Russland unter Washingtons Druck zurückgehalten, russische Diplomaten ausgewiesen. Bush Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice erklärte unumwunden Russland zur Gefahr für den Westen im allgemeinen, was fatal an Reagans Ausspruch vom Reich des Bösen erinnerte.

Bereits vor dem 11. September gab es Anzeichen dafür, dass sich die USA mit ihrem Konfrontationskurs international in die Sackgasse manövrierten, erinnert sei nur an die Abwahl aus dem UNO-Menschenrechtskomitee. Doch nach den Terroranschlägen war klar, dass sich die USA nicht den Rest der Welt zum Feind machen konnten. In Hinblick auf Russland rückte die Wahrung und Beachtung gegenseitiger Interessen stärker in den Mittelpunkt der Politik. In Moskau fanden sie in Putin einen Partner, der bei Verfolgung der eigenen Ziele – Russland wieder zum Rang einer Weltmacht zu verhelfen - auf Ausgleich bedacht war.

Der Bush-Administration war klar, dass sie gegen Russland ihre Pläne nicht oder nur schwer würden realisieren können. Die USA brauchten das Stillhalten Moskaus für ihre geostrategische Absicht, Militärstützpunkte in Mittelasien zu errichten, Putin seinerseits sah in Russlands Beteiligung an der sogenannten Allianz gegen den Terror eine Möglichkeit, sich international Rückendeckung und Legitimation für den Krieg in Tschetschenien zu verschaffen. Prompt erklärte Bundeskanzler Schröder, das der Westen seine bisherige Position in der Tschetschenienfrage überprüfen müsse.

Die USA hatten inzwischen in Verfolgung ihrer langfristigen Interessen sich nicht nur in Afghanistan und Pakistan, sondern auch in einigen ehemaligen Sowjetrepubliken rund um das Kaspische Meer militärisch eingemischt. Mehr als 2000 US-Soldaten sind mit dem Ausbau von Luftwaffenbasen und Stützpunkten beschäftigt. Unter dem Vorwand „Krieg gegen den Terror“ haben die Strategen Washingtons in unmittelbarer Nähe der riesigen Öl- und Erdgasvorkommen am Kaspischen Meer militärisch Fuß gefasst. Gemäß den neuen Spielregeln der USA ist damit diese Region zum amerikanischen Interessengebiet geworden, das notfalls auch mit militärischer Gewalt verteidigt würde. Über solche Absichten sind große Teile der russischen Öffentlichkeit zutiefst beunruhigt.

Der Sprecher der Russischen Duma, Gennadi Shelesnow, erklärte unlängst bei einem Besuch in Kasachstan an die Adresse der USA, aber auch an die Adresse einiger auf Dollar erpichten Regierungen gerichtet: „Die dauerhafte Einrichtung amerikanischer Basen in Zentralasien ist nicht erwünscht.“

Es stellt sich die Frage, ob eine solche Entwicklung im Interesse der EU und ihren partnerschaftlichen Beziehungen zu den Staaten der GUS liegen kann. Ich würde meinen Nein. Die EU hat natürlich auch Interessen im Raum des Kaspischen Meeres, und die Beziehungen mit Russland haben für die europäische Entwicklung einen herausgehobenen Stellenwert. Das gilt nicht zuletzt für die BRD, die rund 30 Prozent ihres Bedarfes an Erdöl und Erdgas aus Russland bezieht, was bereits an eine strategische Abhängigkeitsgrenze stößt. Dennoch sollte man nicht von Sonderbeziehungen sprechen; dem steht die EU- und transatlantische Einbindung Deutschlands ebenso entgegen wie die Interessenlage Polens und anderer osteuropäischer Staaten. Auch Moskau unternimmt von sich aus keinen Versuch, Deutschland aus den in den letzten Jahrzehnten entstandenen Anbindungen herauszulösen.

Selbstverständlich hat das Verhältnis zu Russland immer auch eine europäische Dimension, die Deutschland bei all seinem Gewicht nicht ausfüllen kann und auch nicht will. Das heutige Russland wird immer gesamteuropäisch denken und konstruktive Beziehungen zur EU, aber auch bilateral neben Deutschland mit Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien sowie den osteuropäischen Nachbarn anstreben. Zwischen dem Ausbau bilateraler Beziehungen und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU besteht kein Widerspruch. In diesem Sinne hat die PDS auch den Ooslander-Initiativbericht im Europaparlament im Oktober 2000 und die nachfolgende EntschlieÙung als wichtigen Schritt zur gemeinsamen Ausgestaltung der Beziehungen mit Russland unterstützt. Zugleich muss man sich darüber im klaren sein, dass durch die Verzahnung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit der neuen NATO-Strategie negative Auswirkung auf das Verhältnis zu Russland nicht auszuschließen sind.

Noch ist nicht abzuschätzen, welche Konsequenzen sich aus den Zweckallianzen nach dem 11. September für die Zusammenarbeit in und mit der EU ergeben. Es kann davon ausgegangen werden, dass nach dem Abflachen der stark emotional geprägten, transatlantisch ausgerichteten Verhaltensmuster in der internationalen Arena wieder stärker die gesamteuropäische Interessenlage und damit das Verhältnis zum Osten in den Vordergrund treten wird. Für diese Annahme spricht, dass einige GUS-Staaten, allen voran die Ukraine, aber auch Grusinien und Aserbaidschan, aus den Nach-September-Ereignissen die Erkenntnis gewonnen haben, dass eine Schaukelpolitik zwischen Russland und den USA zwar

kurzfristige Vorteile verheißt, aber langfristig kontraproduktiv ist. Das Vorgehen der USA in den letzten Monaten könnte GUS-Akteuren den Blick für Europa und die EU geschärft haben. Im neuen außenpolitischen Konzept Russlands wird gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten ein großer Stellenwert zugeordnet.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen und sozialen Belange, aber auch hinsichtlich der Probleme, die sich aus Migrationsströmen, aus Drogen- und Menschenhandel ergeben, deuten sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit an. Besondere Beachtung verdient dabei die Frage, wie die Belastungen, die sich für Russland und die anderen europäischen GUS-Staaten aus der EU- und der NATO-Osterweiterung ergeben, ausgeglichen werden können. Russland, die Ukraine, Belarus und Moldowa vor allem sind besorgt, dass die Einführung des Schengener Regimes an den künftigen EU-Außengrenzen negative Folgen haben wird, dass neue Gräben in Europa aufgerissen werden, wenn nicht gegengesteuert wird. Auf wirtschaftlichem Gebiet werden die Handelsrestriktionen zu einer immer ernsteren Belastung, neue Probleme entstehen mit der vollständigen Übernahme der EU-Standards und Bestimmungen durch die Erweiterungsländer. Der jetzt schon stark eingeschränkte Handelsaustausch mit den östlichen und südöstlichen Nachbarn könnte weiter schrumpfen. „An den künftigen Ostgrenzen droht ein explosives Stabilitäts- und Wohlstandgefälle zu entstehen, das schon heute eine Kluft zwischen den künftigen Nachbarn zu öffnen scheint“, warnte der CDU-Politiker Friedbert Pflüger zu Recht.

Die zentrale Frage bleibt, dass Russland und die anderen GUS-Staaten gleichberechtigte und vollwertige Partner für europäische Zusammenarbeit werden und alle Versuche unterbleiben, sie gegeneinander auszuspielen oder integrative Prozesse innerhalb der GUS als Moskauer Vormachtstreben zu denunzieren. Bei Lage der europäischen Dinge und der beachtlichen Interessenübereinstimmung ist das offensichtlich in erster Linie innerhalb und über die EU möglich, flankiert und unterstützt durch bilaterale Anstrengungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten. Über diesen Weg scheint es real, Nachteile aus der EU-Erweiterung auszugleichen und Bedrohungen aus der NATO-Ostausdehnung und von NATO-Aktivitäten auf postsowjetischem Territorium zu kompensieren.

Deutschland sollte besonders aktiv sein, um wirtschaftliche Aktivitäten zu entfalten, politische und militärische vertrauensbildende Initiativen zu ergreifen, auch um historisch gewachsenes Misstrauen bei Nachbarstaaten zwischen Deutschland und Russland gemeinsam abzubauen. Wenn sich die EU demnächst für 10 mittel- und osteuropäische Länder öffnet, darf das nicht heißen, dass damit die europäische Perspektive für andere wichtige Staaten versperrt oder verdunkelt wird.

Eine kritische Betrachtung der Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen der EU mit Staaten der GUS, insbesondere mit Russland, der Ukraine und Belarus

(Ausgearbeitet im Auftrag der Gruppe der PDS in der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament)

Inhalt

1. Von partnerschaftlichen Beziehungen noch weit entfernt.
Die EU-Osterweiterung erfordert eine neue Qualität der Beziehungen mit betroffenen GUS-Staaten.
Ein Europa – kategorischer Imperativ für linken Politikansatz S. 7 - 12
2. NATO-Osterweiterung und gesamteuropäische Sicherheit S. 12 - 14
3. Geostrategische Herausforderungen nach dem Terroranschlag vom 11. September.
Das Verhältnis EU – Russland – USA S. 14 - 20
4. EU und Russland, Kaliningrad S. 20 - 31
5. EU und Ukraine S. 31 - 33
6. EU und Belarus S. 33 - 36
7. Lage im Kaukasus und in der Kaspi-Region.
Eine South Dimension Policy der EU gemeinsam mit Russland und den transkaukasischen Staaten S. 36 - 41
8. Verhältnis der EU zur GUS S. 41 - 42
9. Fazit, Eckpunkte für einen linken Politikansatz S. 42 - 46

(Redaktionsschluß: 11.02.2002)

Anlage : Information über die GUS

1. Von partnerschaftlichen Beziehungen noch weit entfernt. Die EU-Osterweiterung erfordert eine neue Qualität der Beziehungen mit betroffenen GUS-Staaten.

Ein Europa – kategorischer Imperativ für linken Politikansatz

Zurecht zog das Mitglied des Europa-Parlaments Ooslander in seinem Initiativbericht vom 3. Oktober 2000, der die Grundlage für den im Dezember folgenden Beschluß des Europäischen Parlaments war, eine kritische Bilanz über die Entwicklung der Beziehungen der EU mit Russland. Die aktuellen Realitäten belegen, dass die in ihm gezogenen Schlußfolgerungen ihrer Umsetzung harren, sehr schleppend nur angegangen werden. Ähnlich kritische Aussagen sind über die Beziehungen der EU mit der Ukraine und vor allem mit Belarus zu treffen.

Die Mitte der 90-iger Jahre mit GUS-Staaten abgeschlossenen Verträge und auch die 1999 von der EU beschlossenen Strategiepapiere der EU mit Russland und der Ukraine entsprechen nicht den Anforderungen. Von partnerschaftlichen Beziehungen oder gar strategischer Partnerschaft – ein nicht selten gebrauchter Begriff – kann nicht die Rede sein.

Natürlich trägt dafür nicht nur die eine Seite, die EU, die Verantwortung. Aber der russische Präsident Putin hat diesen Zustand zumindest offen angesprochen, als er in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag feststellte: „Wir reden von Partnerschaft, haben es aber bislang nicht gelernt, einander zu vertrauen“. Voreingenommenheiten, Klischees und Ignoranz gegenüber dem „Wilden Osten“ sind nicht zu übersehen.

Um so unverständlicher ist, dass die vielen ostdeutschen Experten und Facharbeiter, die den Osten aus eigenem langjährigen Erleben (Studium, Arbeit, Städtepartnerschaften, Jugendfreundschaften, familiäre Bindungen usw.) gut kennen, Russisch, manche gar Ukrainisch beherrschen, die Mentalität der Leute verstehen und gut angenommen werden, ungenügend einbezogen werden. Der russische Präsident sprach bei Treffen mit dem Bundeskanzler mehrfach darüber. Eine Reaktion ist nicht erkennbar, auch für die Medien ist das kein Thema. Vorschläge, die von ausgewiesenen ostdeutschen Kennern des GUS-Ostens zur gezielten Nutzung dieses Potentials und zum Ausbau der in Ostdeutschland noch vorhandenen Produktions- und Wissenschaftskapazitäten für Produktionskooperation, zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und Rußland („Bündnis für Aufträge“, Fährhafen Mukran-Petersburg, Erdölverarbeitung, Land- und Straßenbautechnik, Technologie- und Hightech-Transfer u.a.) unterbreitet wurden, versickern in ministeriellen Apparaten, werden abgeblockt.

Westlastigkeit ist kein Privileg konservativer Vertreter. Auch Linke sagen nicht selten Europa und meinen Westeuropa, die EU. Unkenntnis über und Aversionen gegen den Osten sind auch unter Linken verbreitet. Manche scheuen sich nicht, die mitglieder- und organisatorisch stärksten linken Parteien in Europa, die KP Russlands und der Ukraine, die immerhin eine Wählerschaft von 30% und mehr hinter sich wissen, auszugrenzen.

Erst seit relativ kurzer Zeit ist die EU-Osterweiterung im Rahmen der linken Gruppe im europäischen Parlament thematisiert worden, nunmehr mit der vorliegenden Auarbeitung auch die Konsequenzen der EU- (und NATO-) Osterweiterung für GUS-Staaten. Und es handelt sich hier um Größenordnungen, die eine Vernachlässigung verbieten, ist schließlich die andere Hälfte Europas betroffen. Diese nicht angemessen zu beachten oder gar isolieren zu wollen, führt zu Konflikten. Europa hat nur als ein Europa eine Zukunftschance. Dies muss der Ausgangspunkt jeglichen linken Politikansatzes in europäischen Angelegenheiten sein.

Die Linken sollten dafür Sorge tragen, damit ein weiteres, eher ideologisches Hemmnis überwunden wird. In Reden und Aufsätzen westlicher Politiker, sehr häufig durch den deutschen Außenminister, wird die *Wertefrage* unterstrichen, die Anerkennung „westlicher Werte“ als Grundvoraussetzung für partnerschaftliche Zusammenarbeit gefordert. Auch in den bereits erwähnten Verträgen der EU mit Russland und der Ukraine, in den Strategiepapieren ist das fixiert, und es wird praktiziert, extrem gegenüber Belarus.

In einem insgesamt sehr anregenden und konstruktiven Beitrag vom MdB und Außenpolitischen Sprecher der CDU-CSU-Fraktion, Karl Lamers (im November 2001 vorgestellten Buch „Neue Bewegung in die deutsch-russischen Beziehungen!“, herausgegeben vom MdB Erich. G. Fritz) fordert der Autor, dass Russland ein Element der westlichen Welt wird. Warum eigentlich? Aus hiesiger Sicht mag das recht plausibel erscheinen, aus Moskauer oder Irkutsker aber nicht. Warum muss Russland so werden wie der Westen? Warum soll es sich nicht entsprechend den eigenen Gegebenheiten, historischen und anderen Erfahrungen entwickeln können? Der Transformationsprozeß in Russland wird nicht so verlaufen, wie es maßgeblichen Auffassungen im Westen entspricht. Nach dem Scheitern des sowjetischen Sozialismusmodells ist inzwischen auch der „große Sprung“ in die Marktwirtschaft gescheitert, was u.a. auch in einer Studie der Carnegie-Stiftung zu Russland vom Juli 2000 festgestellt wurde.

Reformen haben in Russland, in Belarus erst recht und auch in der Ukraine nur dann eine Chance, wenn sie auf den gewachsenen sozial-ökonomischen Strukturen des Landes aufbauen. Mit Sicherheit werden sich dort Formen der Marktwirtschaft entwickeln, die

bestimmte Elemente aus der Vergangenheit hervorgegangener Eigentumsverhältnisse und zentralistischer Leitungsstrukturen aufweisen. Derartige Abweichungen von der im Westen vorherrschenden Orthodoxie sind nicht nur das gute Recht dieser Länder; es wird ihnen aufgrund ihrer besonderen politisch-ökonomischen Geschichte, der realen Lage und der alltagskulturell entsprechend geprägten Lebensweise auch gar nichts anderes übrigbleiben. Diese Einsicht hatte wohl auch der ehemalige Chef des BRD-Kartellamtes Wolfgang Kartte in seiner mehrjährigen Tätigkeit als Wirtschaftsberater in Russland gewonnen. Er resümierte, dass es fast verbrecherisch gewesen sei, die reine Lehre von der Marktwirtschaft überstülpen zu wollen.

Selbst- und nicht fernbestimmte Transformation ist angezeigt, dem nicht entsprechende Forderungen und Praktiken werden abgelehnt.

Weshalb dann also ideologische Vorbedingungen für partnerschaftliche Beziehungen? Dies sind Relikte altlastigen Politikverständnisses, die nur zu Problemen führen. MEP Ooslander traf mit seiner Forderung im Initiativbericht, dass sich die EU und Russland endgültig von Reflexen aus der Zeit des Kalten Krieges distanzieren sollten, den Punkt. Ein linker Politikansatz sollte unbedingt davon ausgehen, dass auch in den internationalen Beziehungen pluralistisches und demokratisches Verhalten tonangebend sein muß, damit Konfliktfelder vermieden und nicht zu neuer Konfrontation verfestigt werden. Also eine Art Koexistenz bei unterschiedlichen Wertevorstellungen und divergierenden Interessenlagen könnte sich entwickeln. Europa hat die Chance, diesen Weg nachhaltig gutnachbarlicher Beziehungen auf dem ganzen Kontinent zu gehen.

Die Beziehungen der EU zu den Staaten der GUS, insbesondere zu Russland, der Ukraine und Belarus, werden im Zusammenhang mit dem Beitritt von Ländern Mittel- und Osteuropas sowie des Baltikums an Bedeutung gewinnen. GUS-Staaten sind bekanntlich in den Erweiterungsprozess nicht einbezogen. Es ist absehbar, dass sich daran auch langfristig nichts ändert, auch wenn einige, so vor allem die Ukraine, hartnäckig danach streben, in die EU aufgenommen zu werden. Auf die GUS-Staaten, die sich ja alle mit immensen Transformationsproblemen herumschlagen müssen, kommen mit der EU-Erweiterung neue Belastungen zu. Schon die Beitrittsvorbereitungen der Kandidatenländer belegen das. Dr. Heinz Timmermann, Abteilungsleiter Russland in der Stiftung Wissenschaft und Politik stellte in einer Studie vom 15. Februar 2000 berechtigt fest: *Russland ist in wachsendem Maße besorgt, dass die EU-Erweiterung das Land von der europäischen Integration ausgrenzen könnte, wie es hinsichtlich der so wichtigen Bereiche des Schengener Regimes und der Außenhandelsrestriktionen erfahren musste. Probleme werden mit der Übernahme*

von EU-Standards durch die Erweiterungsländer entstehen, insbesondere hinsichtlich der technischen, Verbraucher- und Umweltnormen.

Die einseitige Westorientierung der Beitrittskandidaten untergräbt die noch bestehenden traditionellen Wirtschaftsbeziehungen, Experten rechnen mit Rückgängen von etwa 20%. Besonders betroffen ist der kleine Grenzhandel, der eine wichtige Versorgungsfunktion hat und sozialen Härten der Transformation entgegenwirkt.

In diesem Zusammenhang ist eine Entwicklung in Bulgarien, Polen, Tschechien und der Slowakei besorgniserregend, die Ergebnis des inneren Transformationsprozesses ist und die sich mit den Beitrittsvorbereitungen noch verstärkt hat. Der Umbruch der Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern hat zu einer starken regionalen Polarisierung geführt. Schon vorhandene regionale Disparitäten haben zugenommen. Weil sich die Krisenregionen auf bestimmte Landesteile konzentrieren, wächst die Gefahr einer regionalen Desintegration. Durch den EU-Beitritt werden die Strukturprobleme dieser Krisenregionen nicht automatisch beseitigt, sondern eher verschärft. Es ist ein sozio-wirtschaftliches Gefälle von Ost nach West entstanden, gerade zur künftigen EU-Grenze nach Osten hin. Es bilden sich hier große Problemregionen mit extrem hoher Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen.

Problemregionen des Arbeitsmarktes in Mittel- und osteuropäischen Ländern und Jugendarbeitslosigkeit 2000 (Arbeitslosenquoten in %)

| | | Insgesamt | 15-24 Jahre | Durchschnitt |
|------------|--------------------|-----------|-------------|--------------|
| Bulgarien | | | | 18,7 |
| | Nord-West | 28 | 46,4 | |
| | Nord-Ost | 26 | 49,4 | |
| | Süd-Ost | 27 | 51,7 | |
| Slowakei | | | | 19 |
| | Ostslowakei | 24,6 | 47,7 | |
| | Mittelslowakei | 21,4 | 37,5 | |
| Polen | | | | 16,6 |
| | Dolnoslaskie | 22,8 | 42,1 | |
| | Warminsko-Mazurski | 22,5 | 41,2 | |
| | Lubuskie | 21,4 | 41,2 | |
| | Zachodnopomorskie | 20,2 | 46,2 | |
| Tschechien | | | | 8,8 |
| | Südwestböhmen | 15,1 | 25,6 | |
| | Ostrava | 14,2 | 30,5 | |

Die Gliederung in Regionen entspricht etwa der NUTS2-Ebene der in der EU verwendeten Klassifikation.

Quelle: Eurostat, Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas, 1/2001, S. 34/35

Die Einkommen sind wesentlich geringer, Armut breitet sich aus. Abwanderung nach dem Westteil des Landes, in die Ballungs- und Entwicklungsgebiete, ins Ausland sind die Folge, sowie eine politische Radikalisierung. Es zieht sich ein Gürtel rückständiger, konfliktbeladener Gebiete von Lettland bis Rumänien an der Ostgrenze der 10 mittel-osteuropäischen Ländern, der in Polen bis in die Zentralregionen reicht. Diese Entwicklung in grenznahen Regionen plus Schengener Grenzregime und Wegfall des kleinen Grenzverkehrs birgt ein großes Konflikt- und Gewaltpotential, was nicht unterschätzt werden darf. Konfliktprävention im EU-Haus und an seiner Grenze ist keine Fiktion mehr. „An den künftigen Ostgrenzen droht ein explosives Stabilitäts- und Wohlstandsgefälle zu entstehen, das schon heute eine neue Kluft zwischen den künftigen Nachbarn zu öffnen scheint“, bemerkt Friedbert Pflüger, Mitglied der CDU-Fraktion im Bundestag (Beitrag in „Neue Bewegung in die deutsch-russischen Beziehungen bringen!“, November 2001).

Mit dem Beitritt der Anwärteländer wird an der Grenze zwischen der EU und den GUS-Staaten, deren Länge von 1300 auf 2000 km anwachsen wird, eine völlig neue Lage entstehen. Man muss sich darüber im klaren sein, dass Europa einer neuen Teilung entgegen driftet, wenn nicht gegengesteuert wird. Eine neue europäische Konfrontation hätte katastrophale Folgen auch für Westeuropa, für den europäischen Integrationsprozess und das Gewicht Europas in der Welt. Es hat den Anschein, dass man sich in Brüssel und den westeuropäischen Hauptstädten nicht voll der Tragweite der Probleme bewusst ist. Konzeptionell und in der praktischen Ebene besteht Handlungsbedarf. Die Politiker schweigen und verdrängen, üben sich in Aktionismus, zumal die Probleme der unmittelbaren Beitrittsvorbereitung, insbesondere in Polen, größer werden. Eine ernsthafte Debatte muß her, wie den sich auftuenden Konflikten kurz- und längerfristig entgegen zu wirken ist. Ein wichtiges Feld für linke Politik.

2. NATO-Osterweiterung und gesamteuropäische Sicherheit.

Grundpositionen für die Sicherheit der EU und der GUS

Wenn auch die NATO- Osterweiterung ein gesondertes Kapitel ist, so können die Sicherheitsorgen der GUS-Staaten jedoch auch bei der EU-Erweiterung nicht außen vorgelassen werden. Man kann Herrn Lamers nur beipflichten, wenn er in dem bereits zitierten Artikel schreibt, dass „sich Russland durch die NATO-Erweiterung geradezu aus Europa ausgeschlossen fühlt und dass eine solche Entwicklung den Interessen der EU diametral entgegen liefe“.

Eine vorrangige Bedingung für die Realisierung der Zukunftsprojekte der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, der GUS und der Russischen Föderation ist die Abwendung der gegen sie gerichteten Gefahren und Bedrohungen. Das erfordert einen hohen Grad ihrer Sicherheit.

Ihre Organisation auf dem europäischen Kontinent hat durch die Zurückdrängung der OSZE, die NATO-Manie Westeuropas und die kontraproduktive Sicherheitspraxis der USA eine unzeitgemäße militärpolitische und militärische Ausrichtung. Diese Einseitigkeit entspricht nicht dem Wesen der historischen Situation, in der überlebte Stereotypen, alte Denk- und Handlungsmuster nicht gepflegt, sondern überwunden werden müssen. In allen Tätigkeitsbereichen der Gesellschaft und ihrer sozialpolitischen Institutionen, besonders auf dem Gebiet der Sicherheit, müssen die widersprüchlichen Standpunkte abgewogen, extreme Varianten ausgeschlossen und normale Kompromisse ermöglicht werden. Dadurch können sich die Grenzen des Möglichen wesentlich erweitern.

Die Lösung der europäischen regionalen Sicherheitsfragen im Interesse der EU und der GUS setzt die wachsende Zusammenarbeit der Staaten in einem globalen Netz der Sicherheit voraus. Wenn sie eine sichere Zukunft haben wollen, kommen sie nicht umhin, globale Regeln der Sicherheit strikt zu beachten. Ihre einheitliche gesellschafts- und sicherheitspolitische Verfasstheit darf keine Bedingung für die sicherheitspolitische Einbeziehung und Zusammenarbeit sein. Die Praxis der USA, mit konzentrierter militärischer Gewalt Strafrecht gegen souveräne Staaten unter Verletzung des Völkerrechts auszuüben und die Art der Beziehungen zueinander zu diktieren, darf für die EU und die GUS in keinem Falle ein Beispiel sein. Die Beziehungen zwischen ihnen sollten als strategische Partnerschaft von zwei selbständigen sicherheitspolitischen Subjekten gestaltet und ausgebaut werden.

Die Sicherheitsorganisation könnte für Europa den Charakter einer Sicherheitsunion annehmen, der alle Staaten mit und ohne Mitgliedschaft in EU und NATO angehören, die an gemeinsamer regionaler Sicherheit interessiert sind. Das Schicksal der NATO hängt von den

mit der Sicherheitsunion offenkundig werdenden Vorteilen ab. Eine solche Sicherheitsunion sollte in ihrer Tätigkeit von zwei obersten Geboten ausgehen: Gewaltverzicht und Kriegsverhinderung. Damit könnte Europa der von den USA betriebenen Evolution des Militärischen die Involution des Militärischen entgegenstellen. Ins Zentrum der europäischen Sicherheitsaktivitäten wären nicht militärische, sondern nichtmilitärische Aspekte und Sicherheitserfordernisse zu stellen. Die Qualität und Quantität der europäischen militärischen Potentiale sollten nicht von den Gesichtspunkten der Ebenbürtigkeit und Gleichwertigkeit mit außereuropäischen Mächten, sondern von den Erfordernissen der europäischen Stabilität und der Abwehr möglicher militärischer Eingreifversuche aus dem europäischen Umfeld bestimmt werden. Die Vorrangigkeit der gesamteuropäischen Sicherheitsinteressen schließt die Möglichkeit ein, die Verfügbarkeit über Streitkräfte nationaler Zugehörigkeit übernationalen Unionsorganen zu übertragen. Im Falle der Gestaltung der Streitkräfte der Staaten unter Zugrundelegung der regionalen Erfordernisse eröffneten sich erneut Wege zur scheinbar der Vergessenheit anheimgefallenen radikalen Rationalisierung und Reduktion von Streitkräften. Europa könnte seine inneren und äußeren Beziehungen voll auf jenen Gebieten entfalten, die es stark und beispielhaft machen, auf denen es die besten Voraussetzungen hat: Wirtschaft, Politik, und Kultur. Viele Realisierungsmaßnahmen der Zukunftsprojekte der EU und der von Rußland angestrebten Ziele zur Neugestaltung könnten eng miteinander verkoppelt werden. Solche Beziehungen hätten das Gewicht eines bedeutenden Stabilitäts- und Sicherheitsfaktors für die europäische Region und den eurasischen Großraum.

Die Staaten der Sicherheitsunion könnten Regeln für die Gewährleistung der Sicherheit in einer Sicherheitsordnung festlegen. Mit ihr wären gleiche Rechte und Pflichten für alle zu postulieren. Wer gegen die Regeln verstößt, muß „zur Ordnung“ gerufen werden. Ihre herausfordernde Verletzung wird Sanktionen nach sich ziehen müssen. Vorrang dabei sollten nicht militärische, sondern nichtmilitärische Instrumente haben. Ihre Wirksamkeit müßte so hoch sein, daß sie den Einsatz militärischer Instrumente verhüten.

Die GUS könnte ihre kollektive Sicherheitsorganisation nach dem Beispiel der Sicherheitsunion und -ordnung entwickeln. Diese Organisation wäre enger Partner der Zusammenarbeit und des Zusammenwirkens mit dem europäischen Sicherheitssystem.

Die Möglichkeit der weiteren Annäherung von Sicherheitsunion der EU und Organisation der kollektiven Sicherheit der GUS sollte vorbereitet werden. Das wäre ein Imperativ auf dem Wege der furchtlosen und nüchternen Suche nicht standardisierter und nicht traditioneller Lösungen für Sicherheitsfragen, die die weitere Zukunft braucht, wenn sie stattfinden soll.

3. Geostrategische Herausforderungen nach dem Terroranschlag vom 11. September.

Das Verhältnis Russland – USA – EU

Diese Ausarbeitung kann und soll selbstverständlich nicht an den globalen Folgen der Terroranschläge in New York und Washington vorbeigehen, auch wenn es um die These, dass nach dem 11. September alles anders ist, wie vordem, merklich ruhiger geworden ist. Aber manches, sogar wesentliches hat sich durchaus verändert, oder zumindest klarere Konturen erhalten. Es haben sich für Politikgestaltung dringende Notwendigkeiten, aber auch neue Möglichkeiten ergeben. Das betrifft auch das Verhältnis Deutschlands und der EU mit Russland und der GUS. Mancher sagt, das wäre angesichts der Veränderungen in den Beziehungen zwischen Washington und Moskau ein Paradoxon, und man befürchtet, das Russland in der Prioritätensetzung nun wieder eine Wende weg von Europa/Deutschland hin zu den USA vollzogen hat. Ist das wirklich so? Was ist geschehen in den russisch-US-amerikanischen Beziehungen? Russland und die USA in den Flitterwochen! – war der Grundtenor vieler Kommentare. Und das klang sensationell, denn Bush hatte als neuer Präsident gegenüber Russland ja ganz anders angefangen. Bei ihrem ersten Zusammentreffen in Ljubljana im Juni 2001 begegneten sich Georg W. Bush und Wladimir Putin mit vielen explosiven Problemen schwer beladen. Dazu gehörte die Erklärung Bush's aus dem „veralteten“ ABM-Vertrag aus dem Jahre 1972 auszusteigen. Bush kündigte das Einfrieren weiterer Kredite des IWF für Russland an. Anfang 2001 kam es zur Ausweisung einiger russischer Diplomaten, die der Spionage beschuldigt wurden. Dem folgte Anfang April der Zwischenfall mit dem US-Aufklärungsflugzeug in chinesischen Hoheitsgewässern. Ein deutliches Signal in Richtung China und Russland, sich keineswegs dem US-amerikanischen Bestreben, auf dieser Welt über alles informiert und überall präsent zu sein, zu widersetzen. Condoleezza Rice, Sicherheitsberaterin des US-Präsidenten und Zögling der texanischen Öllobby, Beraterin von Bush sen. in der Zeit der Agonie der Sowjetunion, erklärte „Russland zur Gefahr für den Westen im allgemeinen.“ Georg Tenet, der CIA-Direktor, schloss sich dieser Erklärung vor dem US-Senat mit der Einschätzung an, dass „Putin beabsichtigt, bestimmte Aspekte des sowjetischen Status, Russland als Großmacht wiederherzustellen, verfolgt.“ Bush ging also auf Konfrontationskurs zu Russland. Und nun nach dem Terroristenanschlag ein völlig anderes Bild? Ja und nein. Nein, weil ja schon vor dem 11. September einiges in Bewegung geraten war. Die gegenseitigen Loblieder auf dem Gipfeltreffen in Ljubljana und danach hatten schon für Aufsehen gesorgt. Und es ging bald auch praktisch zur Sache. Es folgten Gespräche in Shanghai, in Genua und schließlich in den USA.

Putin nahm sich Zeit für seine Reaktion auf den 11. September. Einen Tag vor seiner Reise nach Deutschland trat er vor die Medien. Die Rede hatte es in sich (Angebot zur Zusammenarbeit der Geheimdienste; Information über die Taleban; Öffnung der Lufträume für humanitäre Güter; Abstimmung mit den zentralasiatischen Republiken; Teilnahme an Operationen, um Opfer zu bergen; Erweiterung der Zusammenarbeit zur Unterstützung der Nordallianz). Das überraschte nicht nur in den USA, in Russland murrten einige Generale. Die linke Opposition kritisierte Putin scharf.

In den folgenden Gesprächen mit Bush wurde angesichts der deutlich veränderten internationalen Bedrohungsszenarien über die Möglichkeit einer erweiterten strategischen Zusammenarbeit gesprochen. Offenbar längst fällige Entscheidungen wie die Schließung der elektronischen Aufklärungsstation in Lourdes (Kuba) und der Marinebasis in der Cam Ranh Bucht in Vietnam wurden als Entgegenkommen Russlands offeriert. Putin äußerte gegenüber dem Generalsekretär der NATO, Robertson, und Vertretern der EU die Bereitschaft Russlands, neu über das Verhältnis zur NATO nachzudenken. Und die USA? Sie zwangen Schewarnadse, den Forderungen Moskaus zu folgen und die Unterstützung islamistischer Kräfte in Tschetschenien zu kappen, Bush deutete Zusammenarbeit hinsichtlich der Energieressourcen in der Kaspri – und zentralasiatischen Region an, die USA finanzierten die russischen Waffenlieferungen an die Nordallianz.

In einer Situation, da sich die USA angreifbar gezeigt hatten, versuchte der russische Präsident eigene Interessen durchzusetzen, nicht zuletzt hinsichtlich Tschetscheniens. Ein Mitarbeiter Präsident Putins brachte das in einem Interview Mitte Oktober auf die Formel: „Es stand die Wahl zwischen einer Präsenz der USA in Usbekistan oder dem Eindringen der Taliban in Tatarstan“.

Inzwischen existieren die Taleban faktisch nicht mehr, und dieses „Bindeglied“ fällt weg. Auf Bush's texanischer Farm wurde trotz aller atmosphärischen Stimmungsmache eiskalt und hart verhandelt. Und Bush erklärte danach seine Absicht, aus dem ABM-Vertrag auszusteigen, Putin bezeichnete den Vertrag als Eckpfeiler für die internationale Sicherheit und Stabilität. Präsident Bush machte in seiner Rede an die Nation klar, dass die USA nicht gewillt sind, Interessen anderer zu berücksichtigen. Die Fortsetzung des Hegemoniestrebens und der internationalen Auseinandersetzung mit kriegerischen Mitteln ist angesagt.

Es ist noch nicht deutlich genug zu orten, ob die nach dem 11. September von beiden Seiten betriebene Annäherung tatsächlich nachhaltig wird oder nur taktischer Natur ist. Es gibt seriöse Stimmen, die mit dem Abebben des Schocks und der Wirkung des den USA durch die Terroristen zugefügten Schlages, sowie der Etablierung von USA-Basen in Zentralasien, in

GUS-Staaten, vor allem das Letztere erkennen wollen. Es ist aber auch nicht zu unterschätzen, dass die USA hinsichtlich wichtiger militärtechnischer und anderer Hightech-Entwicklungen mit Russland auf Tuchfühlung bleiben möchte und dies auch, um einer Entwicklung der Kooperation Russlands mit Europa, China und Indien entgegenwirken zu können. Eines ist jedoch von beträchtlicher Bedeutung: ein Feindbild Russland ist angesichts der pragmatisch-flexiblen und berechenbaren Politik der russischen Führung, die von einer realen Bewertung der Kräftelage ausgeht und sich vor allem um die wirtschaftlich-soziale Konsolidierung des eigenen Landes sorgt, schwer aufrecht zu erhalten. Normale, nach Möglichkeit gute und nicht konfrontative Beziehungen erscheinen logisch. Das in Abrede zu stellen, ist schwer zu vermitteln.

Das heißt natürlich nicht, dass die sehr unterschiedlichen Interessen nun nicht mehr fortbestehen würden. Russlands Streben, in Afghanistan fester Fuß zu fassen und sich mit China und Indien verstärkt abzustimmen (u.a. die Tagung der Außenminister der „Shanghai-Gruppe“ – Russland, China, Kasachstan, Usbekistan, Tadshikistan, Kirgistan im Januar 2002), hat natürlich in Washington Unwillen hervorgerufen. Blairs Initiative, Russland näher an die NATO zu bringen, endete mit einem kräftigen Einspruch seitens des Pentagon und eines bedeutenden Teils des US-Kongresses: Es bleibt bei 19 + 1, und Russland weiter in einer gewissermaßen isolierten Lage in seinem Verhältnis zur NATO, es wird nicht mitentscheiden können. Als hätte es keine Zusagen in dieser Frage gegeben. Das „Geschenk“ wurde sozusagen zurückgenommen. Ähnlich verhält es sich hinsichtlich der USA-Stützpunkte in Zentralasien. Die enorme Anzahl von Anflügen belegt, dass man sich für lange Zeit einrichten will. Das Telefonat, in dem Bush die Zusage über die Kurzfristigkeit der Stützpunkte bestätigte, soll vergessen werden. Die von Russland geräumte Base in Vietnam wurde inzwischen von US-Streitkräften besetzt. Auch die Washingtoner Bereitschaft, eventuell im Mai zu Vereinbarungen über Start III zu kommen, muß relativiert werden. Schon unter Clinton war diese Frage ernsthaft erwogen worden.

Auch im Wirtschaftsbereich ist das Entgegenkommen, das Bush signalisiert hatte, stark zusammengeschrumpft. Die Pläne zum Bau der Pipeline Baku-Ceyhan werden wieder forciert, ohne Russland. Faktisch ist nur geblieben, dass der Jackson-Vorbehalt zur Meistbegünstigung von 1974 nun endgültig beseitigt wird. Aber auch das bedeutet nicht all zu viel, da es bereits seit Jahren Praxis ist, diesen jährlich mit Kongress-Beschluss auszusetzen.

Bemerkenswert ist, dass Verteidigungsminister Iwanow auf der Münchner Sicherheitskonferenz erklärte, dass Russland weder in Irak, noch im Iran oder in Nordkorea Unterstützer des Terrorismus erkennen könne und die Aufhebung der Sanktionen gegen den Irak forderte.

Die Bekräftigung der abstimmungsunwilligen Haltung zum ABM-Vertrag durch Bush unterstreicht die fortbestehenden grundlegenden Differenzen.

Präsident Putin reagiert, trotz der durch das Vorgehen der USA wieder stärker gewordenen Kritik im Land, zurückhaltend, kalkuliert mit Blick auf den nächsten Gipfel und ohne Hektik die Lage neu.

Dass dabei die russische Hinwendung zu Europa/Deutschland Bestand behalten wird, eher verstärkt wird, ist offensichtlich. Es sind handfeste objektive Interessen Russlands die dafür stehen, wobei eine ähnlich attraktive Interessensituation Deutschlands und der EU zu erkennen ist (konkreter dazu im Punkt 4). Und die russische Führung kann davon ausgehen, dass das egozentrische Vorgehen der USA, die unverhohlene Mißachtung der Interessen der eigenen Verbündeten wachsenden Frust in Westeuropa bewirkt hat, trotz aller Treueschwüre.

Dass die USA nach dem 11. September auf Russland eingehen musste, spricht dafür, dass man mit dem Russland unter Putin rechnen muß. Das weitet den Spielraum auch für Europa und eine europäische Russlandpolitik. Der bereits zitierte CDU-Politiker und Ostexperte Friedbert Pflüger kritisierte während einer Podiumsdiskussion in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) am 7. Februar die lahme Reaktion der EU auf den 11. September. Im Unterschied zum russischen Präsidenten, der *in einer fulminanten Rede im Bundestag die Zeichen der Zeit ausgedeutet und eine atemberaubende Positionsbestimmung vorgenommen habe, hätte die EU den 11. September verschlafen. Das Versäumte müsse dringend aufgearbeitet werden. Ein strategisches Konzept sei erforderlich. Die EU müsse ihre Stellung in der Welt neu ordnen und ihr eigenes Gewicht gegenüber den USA profilieren. Auch würde in den USA selbst die Diskussion geführt, ob die USA nicht durch ihre Superpräsenz in aller Welt in eine „imperiale Überdehnung“ geraten könne. Die EU habe Putin ein wenig hängen gelassen, die ausgestreckte Hand nur halbherzig beachtet. Die Anti-Terror-Koalition müsse mit Leben erfüllt werden, nur die militärische Komponente reiche nicht. Der Ruf Putins müsse mit großen Projekten für die sibirischen Bodenschätze, für neue Energieabkommen und Projekte, die soziale Gerechtigkeit befördern unternommen werden. Die EU müsse in ihrer Positionsbestimmung Indien und China einbeziehen.* Derartige realpolitische Ansätze verdienen Aufmerksamkeit. Es ist Druck aufzumachen, damit die EU sich aufrafft und gemeinsam mit Russland und anderen Staaten, mit der UNO grundsätzliche Überlegungen anstellt, wie der Kriegszustand beendet wird, was, wie nach der Niederlage der Taleban kommen muß. Alle Anstrengungen sind zu unternehmen, dass der von den USA ausgerufene langwährende Krieg, was die islamische Welt nicht hinnehmen wird, nicht in einen Krieg der Zivilisationen versinkt.

In der Tat tun sich neue Chancen auf, kann damit gerechnet werden, dass mit der Einebnung der emotionalen und zugespitzten Verhaltensmuster in der internationalen Arena die gesamteuropäischen Interessenlagen objektiv wieder stärker in den Vordergrund treten und damit das Verhältnis zum Osten. Dem dürfte entgegenkommen, dass einige GUS-Staaten, allen voran die Ukraine, aber auch Grusinien und Aserbaidshan als Grunderlebnis aus den Nach-September-Ereignissen mitnehmen, dass eine Schaukelpolitik zwischen den USA und Rußland nicht nur honoriert wird, sondern auch schaden kann. Das hat Präsident Schewardnadse in Washington erfahren müssen, obwohl er immer um ein besonders gutes Verhältnis mit den USA gebuhlt hat. Man weiß inzwischen auch, dass das Honorar für wohlfeile Haltung, nicht unbegrenzt ausgereicht wird und Bindungen an GUS-Nachbarn nicht voll ersetzen kann. So hat Georgien, z.B., von den USA bisher Mittel in Höhe von rund 900 Mio. \$ erhalten. Dem stehen 2 Mrd. \$ gegenüber, die georgische Staatsbürger, die in Rußland arbeiten oder Geschäften nachgehen, jährlich nach Georgien transferieren. Das Vorgehen der USA in den letzten Monaten hat GUS-Akteuren den Blick für Europa und die EU geschärft. Dabei spielt eine wichtige Rolle, dass Europa aufgrund der Sicherheitsabhängigkeit vom Osten, Migrations-, Drogen- und Kriminalitätsbedrohungen und Nähe zu den Problemregionen (die USA sind weit weg) eher zu Ausgleich und Zusammenarbeit bei der Überwindung der ursächlichen Hintergründe dieser Gefahren neigt, also die Wirtschafts- und sozialen Belange stärker beachtet. Auch diesen wesentlichen Sachverhalt unterstrich Friedbert Pflüger in der Podiumsdiskussion. Es ist erkennbar, dass die EU-Staaten, allen voran Deutschland, Großbritannien und Frankreich in der Kaukasus/Kaspi-Region und nun auch in Zentralasien verstärkt eigene Interessen verfolgen. Es wurden Lehren aus den Auseinandersetzungen um Tschetschenien gezogen. Die Art und Weise, wie die USA die EU in Sachen Menschenrechtsfragen in Tschetschenien ausgetrickst haben, hinterließ Spuren (Ooslander schrieb im Initiativbericht: „Die Sanktionen gegen Russland waren praktisch wirkungslos und sind aufgehoben. Der Aufschub der Ratifizierung des neuen Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Russland hat lediglich Raum für die Ausdehnung der Zusammenarbeit von Russland und den USA geschaffen zum Schaden der EU-Interessen“).

Es deuten sich also neue Möglichkeiten für die EU und das Zusammenwirken der EU mit GUS-Staaten, mit der Region an, die durch den Krieg in Afghanistan in den Brennpunkt globaler Politik geraten ist.

Alle Konsequenzen sind gegenwärtig noch nicht ausreichend zu beurteilen. Auf alle Fälle hat die Präsenz der USA in Zentralasien, darunter in ehemaligen Sowjetrepubliken die

geostrategische Lage stark verändert. Die USA sind dafür bekannt, dass sie erreichte Stützpunkte so schnell nicht aufgeben, wobei jedoch ihre Lage in Afghanistan und in Pakistan (labile Lage im Land; Druck Indiens, um im Rahmen der Anti-Terror-Allianz das Kaschmir-Problem für sich zu entscheiden, Kernwaffenpräsenz) durchaus delikater ist.

In Usbekistan scheint alles für die USA übersichtlicher und berechenbarer. Präsident Karimow will die Anwesenheit der USA-Truppen (was Russland selbstverständlich nicht verhindern konnte) gegen die islamistische Bedrohung im eigenen Land (Fergana-Tal), für die Legitimierung seines Regimes und wirtschaftliche Unterstützung, zum Ausbalancieren der Kräfte in der Region (gegen die Übermacht Russlands und Chinas,) und zur Bekräftigung des regionalen Führungsanspruchs (gegen Kasachstan in erster Linie) nutzen. Ob das Erfolg hat, bleibt abzuwarten. In Tadschikistan dürften die USA auf Dauer keine Chance haben, auch nicht in Kirgistan.

China meldet sich in der Region verstärkt zu Wort. Chinas Führung hatte zunächst mit Erstaunen und einer gewissen Irritation die Verbesserung im amerikanisch-russischen Verhältnis verfolgt. Inzwischen ist die gegenseitige Erklärung und Abstimmung zwischen Moskau und Peking erfolgt.

Die EU ist bemüht, ihren Platz zu finden, eine eigenständige Rolle zu spielen. Das Gerangel in Zentralasien lief bis jetzt im wesentlichen im nationalen Rahmen ab. Die EU war faktisch abgetaucht. Aber es ist damit zu rechnen, dass mit dem Abebben der Außerordentlichkeit der Situation die EU wieder mehr in den Vordergrund gestellt wird. Es ist zu erwarten, dass die Arbeit an einer South Dimension Policy der EU forciert wird. Es wäre logisch, wenn der bisher ins Auge gefassten Region Kaukasus – Kaspisches Meer eine zentralasiatische Komponente hinzugefügt wird.

Wesentlich und neu ist, dass man in der EU im Unterschied zu bisherigen Praktiken nicht an Russland vorbei agieren will, sondern gemeinsame Interessen sucht. Man scheint auch geneigter, Russland entgegen zu kommen (Haltung in der Tschetschenien-Frage, Einbezug in die Projekte TRACECA und INOGATE). Für eine künftige engere Zusammenarbeit in der brisanten, riesengroßen Region an den Südgrenzen Russlands gibt es genügend gewichtige Felder:

- Kampf gegen den Terrorismus
- Austarieren des Einflusses der hauptsächlich globalen Rivalen
- Energieressourcen

- Konfliktprävention und Konfliktmanagement
- Migration
- Organisierte und Rauschgiftkriminalität.

4. EU und Russland, Kaliningrad.

Dem Verhältnis mit Russland kommt objektiverweise ein besonderes Gewicht zu. Ein Europa ohne Russland gibt es nicht. Der russische Erste Vizeaußenminister Alexander Awdejew erklärte: „Russland strebt zwar keinen Beitritt zur Europäischen Union an, es ist aber an einer radikalen Steigerung der Effektivität der Zusammenarbeit mit dieser Organisation interessiert. Russland möchte mit der EU die gleichen Beziehungen haben, wie diese heute zwischen den

EU-Ländern entstanden sind“ (RIA Nowosti, Moskau, 15.02.01). Die Realitäten sind davon weit entfernt. Awdejew stellte fest, dass Russland die EU-Erweiterung durch neue Mitgliedsländer gelassen aufnehmen. Die EU-Erweiterung „lässt aber einige Fragen entstehen, die nicht eindeutige Folgen haben könnten und deshalb rechtzeitig geregelt werden müssten“ (ebenda). Dies gelte für Hindernisse beim Export russischer Waren nach Osteuropa. Darüber hinaus sei Russland über die Verletzung der Rechte der russischen Minderheit in den baltischen Ländern besorgt, die ebenfalls eine EU-Mitgliedschaft anstreben.

Russland widersetzt sich also nicht – im Unterschied zur NATO-Osterweiterung – der EU-Osterweiterung. Man erwartet aber, dass sie nicht in Konfrontation zu Russland erfolgt. Russland geht von einem Ausbau konstruktiver Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Grundlage und einem fairen Ausgleich für Nachteile und Belastungen aus, die Russland und andere Staaten, die nicht zu den Erweiterungsländern gehören, haben werden. Das EU-Strategiepapier für Russland, im Juni 1999 vom Europa-Rat beschlossen, gibt das nicht her. Bemängelt wurde in Moskau zurecht, dass richtige Problem- und Zielstellungen im Papier durch den Mangel an Konkretika sowie den Anspruch weitgehend entwertet wurden, alles in Russland kontrollieren zu wollen und die Zusammenarbeit einzustellen, sollten die EU-Instanzen mit den Resultaten dieser Kontrollen unzufrieden sein. „Gerade diese zwei Momente hätten den Enthusiasmus in Russland, was das Strategiepapier betrifft, bedeutend gedämpft“ (Dr. Igor Maximytschew: „Russland in Europa“, Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften).

Bedauert wurde in Moskau, dass das Strategiepapier der EU nicht gemeinsam, wie von Russland gewünscht, erarbeitet worden war. Als russisches Gegenstück zum EU-Dokument übergab Wladimir Putin beim EU-Russland-Gipfel am 22.10.1999 in Helsinki die „Strategie der Entwicklung der Beziehungen der Russischen Föderation zur Europäischen Union für die mittelfristige Perspektive (2000-2010)“. Russland mißt der EU und ihrem Streben nach Profilierung als wirtschaftlich stärkste Region in der Welt und zur Ausprägung der „Europäischen Identität“ eine prioritäre Rolle bei. Die noch von Primakow ausgearbeitete Orientierung ist unter Putin mit der neuen Sicherheits- sowie Außenpolitischen Konzeption zur Staatsdoktrin entwickelt worden. Russland will berechenbar und konstruktiv an der Vertiefung und Ausbreitung des europäischen Prozesses teilhaben. Die Chancen dafür stehen auf Grund der *objektiven Interessenlage* der Hauptakteure gut.

Für dauerhaft gute Beziehungen zwischen der EU und Russland bestehen solide Grundlagen:

- Die geostrategische Lage und die gegenseitige Sicherheitsabhängigkeit. Von einer stabilisierten Großmacht Russland gehen weit weniger Gefahren aus als von einer „Großbohnmacht“ Russland mit ihrem vielfältigen Konflikt-, Chaos- und Kernwaffenpotenzial (Dr. Heinz Timmermann, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 29/1999). Ein ökonomisch-sozialer Kollaps Russlands würde das Umfeld der westlichen GUS über Ostmitteleuropa bis nach Westeuropa destabilisieren und möglicherweise weit weniger akzeptablen Kräften im Inneren Russlands den Weg zur Macht bahnen. Die Furcht vor den „Risiken aus dem nahen Osten“ ist eine starke Triebkraft für stabile Beziehungen.
- So oder so werden die Entwicklungen in Russland das Geschehen im übrigen Europa stark beeinflussen. Eine Isolierung Russlands ist nicht möglich. Russland kann bei der Bewältigung regionaler Konflikte unentbehrlich sein. Ein Ausweg aus dem Dilemma im Krieg gegen Jugoslawien war nur mit Russland möglich. Es ist in jedem Fall klüger in der realpolitischen Nähe Russlands zu sein als außen vorgelassen zu bleiben. Eine Abwendung von Russland würde jenen in die Hände spielen, die das moralische, politische und wirtschaftliche „Anderssein“ Russlands herausstellen und auf dieser Basis den Westen scharf bekämpfen. Es formieren sich Mehrheiten in der westeuropäischen politischen Klasse, die eine Strategie, durch Angliederung Einfluss auf den inneren Wandel Russlands zu nehmen, den Vorzug geben.
- Die gegenseitige, sehr weitgehende Ergänzenbarkeit in Wirtschaft und Wissenschaft. Der riesige russische Absatzmarkt hat trotz aller Schwierigkeiten, seine magische Anziehungskraft behalten. Attraktiv sind die gewaltigen Naturreichtümer Russlands. Existenzielle Energieprobleme mit Russland auf Dauer zu lösen, ist von erheblicher Bedeutung. Von großem Interesse ist der relativ einfache Zugang zur Nutzung der hochqualifizierten und zugleich billigen Arbeitskräfte. Lukrativ ist das beachtliche Innovationspotenzial Russlands im Hightech-Bereich. Es existieren auf lange Sicht gute Interessenverwirklichung für Klein- und mittelständische Unternehmen, die in Deutschland 62% des Warenumsatzes, 71% der Patente und 80% der Arbeitsplätze schaffen und auf die die russische Führung verstärkt orientiert. Die europäischen Staaten, Deutschland sind zu hauptsächlichen Partnern Russlands geworden. Sie haben für Russland relevante alte (Aufbauwirtschaftspolitik Ehrhards) und wichtige neue Erfahrungen (auch

negative in den neuen Bundesländern) bei der Gestaltung der Marktwirtschaft zu bieten. Ca. 40% des russischen Ex- und Imports werden mit europäischen Staaten abgewickelt, lediglich 5% mit den USA. Die BRD deckt ca. 30% ihres Erdgasbedarfs faktisch alternativlos aus Russland, bei anderen europäischen Staaten ist es ähnlich. Die BRD ist der größte Gläubiger Russlands. 64% der Direktinvestitionen in Russland kommen aus EU-Ländern. Russland hat in der so schwerwiegenden Schuldenfrage als Partner den Pariser Klub und den Londoner Klub. Russland hat viele Voraussetzungen dafür, nicht nur Rohstofflieferant zu sein, sondern ein Riesenmarkt für Erzeugnisse und joint ventures der Nahrungsgüterwirtschaft, des Maschinenbaus, flexibler Produktionslinien, Kommunikationstechnik u.a. zu werden und sich als dauerhafter, potenter Partner für die Überwindung des Rückstands Europas im Innovationsbereich zu profilieren.

- Historische Erfahrungen guter Nachbarschaft und fruchtbarer Zusammenarbeit aber auch katastrophaler Konfrontation in zwei Weltkriegen und im Kalten Krieg.
- Das Interesse an einer nicht unipolaren Weltordnung, an der Entwicklung und Integration Europas sowie an der Stärkung der UNO.
- Sich verdichtende Grundsatzprobleme im transatlantischen Verhältnis, im Wirtschafts- und Finanzbereich, Rückkopplungen auf Europa aus dem Streben der USA, den ABM-Vertrag von 1972 und damit das fragile Geflecht für nukleare Rüstungsbegrenzungen zu unterlaufen(die westeuropäischen Nuklearmächte sind zu einer adäquaten Antwort nicht fähig und befürchten abgehängt zu werden) werden ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zu Russland haben, zumal das Russland unter Putin im deutlichen Unterschied zum Jelzin-Regime berechenbar geworden ist. Das aktive internationale Agieren von Präsident Putin hat Eindruck hinterlassen, wobei auch die politische und wirtschaftliche Stabilisierung im Land, sowie die Anstrengungen zur Schaffung kalkulierbarer Bedingungen für Geschäftstätigkeit und Investitionen in Russland zählen. Gute Beziehungen mit Russland können behilflich sein, um mehr „Freiräume“ für die Wahrnehmung von EU-Interessen durchzusetzen.

Eine Gegenüberstellung mit der Interessenlage Russlands macht viele Gemeinsamkeiten, oder zumindest nahe Positionen sichtbar, die Ansatzpunkte für dauerhaft gute Beziehungen zwischen der EU und Russland sein können.

- Zehn Jahre Wende und mißlungene Transformation haben zu einem gesellschaftlichen Konsens geführt, dass, um aus Dauerkrise sowie drohendem Chaos zu entinnen, alle Anstrengungen auf die Stabilisierung Russlands und des russischen Staates zu konzentrieren sind. Das setzt die konsequente Wahrnehmung der russischen Interessen in den auswärtigen Angelegenheiten voraus und schafft Berechenbarkeit.
- Die Lösung der komplizierten inneren Probleme fördert das Interesse an Abrüstungsmaßnahmen und ausgewogener, gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit.
- Russland hat sich mit der neuen Führung auf die Suche nach einem marktwirtschaftlichen Weg gemacht, der für Russland verträglich und ohne neue Umbrüche und Exzesse gegangen werden kann. Das Interesse an den Erfahrungen Europa's sowie denen in Ostdeutschland ist größer geworden. Russland möchte das europäische Know-how, wissenschaftlich-technologische Spitzenleistungen, Erzeugnisse des Maschinenbaus und europäische Investitionen für produktive Zwecke nutzen. Die europäischen Staaten, Deutschland und nicht die USA sind zu den attraktivsten Wirtschaftspartnern Russlands geworden
- Neben den wirtschaftlichen sind Sicherheitsinteressen sehr wichtig. Man sucht NATO-Osterweiterung und NATO-Zentriertheit der OSZE entgegenzuwirken (wobei die OSZE nicht abgeschrieben ist). Unipolares Hegemoniestreben läuft russischen Interessen objektiv zuwider, die Stärkung der Rolle der UNO und die Einhaltung der in Folge des 2. Weltkriegs und der Entspannungspolitik entstandenen Völkerrechtsnormen entspricht ihnen. Russland hält die Dominanz einer Supermacht und des „entwickelten Nordens“ über die große Mehrheit in der Welt für fatal und unerträglich (W. Putin im Internet-Artikel von Ende Dezember 1999, Außenminister Iwanow in einer Rede am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau am 23.5.00)
- Die Dimensionen und Erfordernisse eines euro-asiatischen Staates und damit die Sicherung eines günstigen strategischen Umfelds auf zwei Kontinenten mit vielen Völkern und Nationen, großen ökonomischen, historischen, kulturellen, ethnischen und politischen Unterschieden gebieten Ausgleich und Konsens zu suchen. Russland ist für Westeuropa auch als Brücke nach Asien interessant.
- Die neue russische Führung geht davon aus, dass es ein Grundinteresse Russlands gibt, die nach dem Zerfall der Sowjetunion aufgebrochenen oder noch schwelenden zahlreichen Konflikte gewaltfrei, mit politischen Mitteln zu lösen. Noch weitere Zuspitzungen wie in Tschetschenien würde Russland als Staat gefährden. Man ist sich

im klaren, dass auch für Tschetschenien in der Endkonsequenz nur politische, sozialwirtschaftliche Mittel greifen werden. Russland ist an Konfliktmanagement und vor allem Konfliktprävention interessiert. Die EU ist auf Grund ihrer Interessenlage hierfür der geeignetste Partner im Westen.

- Die geostrategische Lage Russlands erfordert partnerschaftliche Beziehungen zu den Staaten Mittel-, Ost- und Nordeuropas. Dabei sind vor allem historisch überkommene Probleme in den Beziehungen zu Polen und zu den baltischen Staaten besonders sensibel zu behandeln. Dies sowie die EU-Osterweiterung und die Suche nach Ausgleich für ihre Belastungen, die Entwicklung Kaliningrads als Pilotprojekt für gutnachbarliche Zusammenarbeit bergen beträchtliche Chancen für dauerhafte Kooperation zwischen Rußland und der EU.

Zwar hatte die Rhetorik um die russische Kriegsführung in Tschetschenien für eine bestimmte Zeit das Geschehen überlagert, hatte der Krieg in Tschetschenien die Beziehungen mit Russland stark belastet. Dieser mit unverhältnismäßigen Mitteln geführte Krieg, die dort begangenen Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung sind durch nichts zu rechtfertigen und eindeutig zu verurteilen. Aber Regierungen, deren Engagement für einen unlängst geführten brutalen Angriffskrieg gegen das souveräne Jugoslawien unter Bruch der Verfassung und ihrer internationalen Verpflichtungen sowie bei größter Verletzung der Menschenrechte, nicht vergessen ist, stehen als Moralapostel und Friedensstifter schlecht da. Eine Politik der zwei Standards und des Drucks löst Widerstand aus und hat keinen Bestand, wie der Stimmungs- und Haltungswechsel in der EU zur Frage der Sanktionen gegen Russland belegt. Man rudert, um das Gesicht und die eigenen Interessen zu wahren (siehe Ooslander-Zitat, Aussage von Bundeskanzler Schröder zum Tschetschenien-Krieg nach dem 11. September).

Es wäre viel sinnvoller, an Stelle von wirkungslosen Boykott- und Sanktionsversuchen, ein vertrauensvolles Miteinander anstrebend, rechtzeitig, präventiv und konstruktiv vorstellig zu werden. Der Krieg in Tschetschenien war nicht vom Himmel gefallen. Spätestens seit dem ersten Krieg 1994-96, in dem die EU Jelzin ziemlich ungeschoren ließ, mehr noch Bundeskanzler Kohl mit einer unglaublichen Finanzspritze (4 Mrd. DM) Jelzin's Überleben bei den Parlamentswahlen 1996 unterstützt hatte, wußte man Bescheid über die Probleme und Gefahren, die von dieser Region ausgehen und was Moskau unternimmt.

Und man muß von der EU erwarten, dass sie bei Menschenrechtsverletzungen nicht selektiv vorgeht, selbst wenn sie nicht das Ausmaß wie in Tschetschenien annehmen. Menschenrechte werden in Größenordnungen auch in den baltischen Republiken verletzt, und zwar gegen die russischen Minderheiten. Hier hält sich die EU sehr zurück, was natürlich der Pflege guter Beziehungen mit Russland nicht dienlich ist.

Das russische Strategiepapier für die Entwicklung der Beziehungen mit der EU ist strategischer und konkreter angelegt als das EU-Papier. In ihm wird „vom objektiven Bedürfnis der Formierung einer polyzentristischen Welt, von der historischen Schicksalsgemeinschaft der Völker Europas sowie von der gegenseitigen Ergänzung ihrer Wirtschaften“ ausgegangen. Als Generalziel wird auf „die Sicherung der nationalen Interessen sowie die Erhöhung der Rolle und Autorität Russlands in Europa und in der Welt“ hingewiesen, was durch „die Schaffung eines verlässlichen gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit, das Heranziehen von Wirtschaftspotential und Managererfahrungen der EU zur Förderung sozialorientierter Marktwirtschaft, gestützt auf Prinzipien einer gerechten Konkurrenz und fortgesetzten Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates“ erreicht werden soll. Als mittelfristige Ziele werden genannt: „Formierung und Festigung der Partnerschaft Russlands und der EU in gesamteuropäischen und globalen Angelegenheiten, Vorbeugung und Überwindung von lokalen Konflikten in Europa durch gemeinsame Anstrengungen unter Hervorhebung von Völkerrecht und Gewaltverzicht... Aufbau eines einheitlichen Europa ohne Trennungslinien, Kurs auf zusammenhängende und ausbalancierte Stärkung der Positionen Russlands und der EU im Rahmen der Weltgemeinschaft des 21. Jahrhunderts“.

An einen Beitritt oder Assoziierungs-Status ist nicht gedacht. Die Zusammenarbeit mit der EU soll sich auf vertraglicher Basis in Bereichen von Interessenübereinstimmung vollziehen.

Als Schwerpunkte für dem im Strategiepapier genannten Zeitrahmen werden angesehen:

- Gemeinsame Anstrengungen für ein wirksames System kollektiver Sicherheit in Europa auf gleichberechtigter Grundlage. Aufrechterhaltung der gesamteuropäischen Sicherheit durch die Europäer selbst, ohne Isolation von den USA und der NATO, aber auch ohne deren Monopolstellung auf dem Kontinent. Bestimmung der russischen Position hinsichtlich der EU-„Verteidigungsidentität“ und Aufnahme von Kontakten mit der WEU zwecks praktischer Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich (Friedensstiftung, Krisenbewältigung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung),

- Schaffung einer tragfähigen und nachhaltigen Basis gegenseitigen Vertrauens und Kooperation in Politik und Wirtschaft. Aufbau gesamteuropäischer Wirtschafts- und Rechtsinfrastruktur als verlässliche Grundlage für Handel, Investitionen sowie Branchen-, Subregional- und grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Nördliche Dimension und Euro-Mittelmeer-Raum eingeschlossen),
- Entwicklung in Richtung einer Freihandelszone EU-Russland,
- Umweltschutz und menschenwürdige Lebensbedingungen in ganz Europa,
- Gemeinsame Anstrengungen in Wissenschaft, Bildung, Gesundheitswesen,
- Kampf gegen Terrorismus und Drogenschmuggel (1998 wurden via Ost- und Mitteleuropa aus Afghanistan 2.100 Tonnen Heroin und Opium – 60% des Welt-Opiummarktes – geschleust) und transnationales Verbrechen (8.000 bis 12.000 Banden aus Osteuropa operieren in der EU; jährlich werden aus EU-Staaten gestohlene Autos in einem Gesamtwert von 1,6 Mrd. \$ nach Russland verbracht, GUS-Barometer, Nr. 24, Juni 2000, DGAP),
- Konsultationen und gegebenenfalls Koordinieren der Positionen in internationalen Organisationen.

Das russische Strategiepapier fand in Brüssel und Straßburg ein wohlwollendes Echo. Die eindeutige EU-Prioritätensetzung seitens der neuen russischen Führung wird mehrheitlich positiv aufgenommen, und es formiert sich der Wille zu verbesserter Zusammenarbeit. Der bereits zitierte Ooslander-Bericht und der folgende Beschluß weisen darauf hin.

Putin unterstrich auf dem EU-Russland-Gipfel im Mai 2001 in Moskau, dass die Bestrebungen der EU, in der Weltpolitik eine stärkere Rolle zu übernehmen, Russland zu einer intensiven Zusammenarbeit mit seinem bisher schon größten Handelspartner veranlassen werden.

Die EU-Delegation bekräftigte auf dem Gipfel, mit Russland einen „vereinten Wirtschaftsraum“ bilden zu wollen. Die Führungen von EU und Russland beschlossen, für die Planung entsprechender Aktivitäten eine ranghoch besetzte gemeinsame Kommission zu bilden (yahoo.de, 18.05.2001).

Eine besondere Rolle im Spannungsfeld zwischen Russland und der EU/Deutschland spielt das *Kaliningrader Gebiet*.

Es wird als die prowestlichste und kosmopolitischste Region Russlands bezeichnet. Nach dem Zerfall der Sowjetunion vom russischen Hinterland faktisch abgetrennt, haben sich die

Wirtschafts- und sozialen Probleme dramatisch zugespitzt. In der Bevölkerung befürchtet man, dass Privilegien, wie die Visa-Freiheit mit Polen und Litauen, die geholfen haben, die Probleme zu lindern, im Gefolge der EU-Osterweiterung verloren gehen.

In der EU ist man besorgt, dass organisiertes Verbrechen, Drogenkriminalität, Migration, Verbreitung übertragbarer Krankheiten über das faktisch offene Gebiet Ausbreitung nach Westeuropa finden. Umweltprobleme und mögliche Umweltkatastrophen werden befürchtet.

In Moskau und Berlin, Kaliningrad und Brüssel wird natürlich verstanden, dass man die Dinge nicht schleifen lassen darf, das dringender Handlungsbedarf angezeigt ist. Das erklärt auch, weshalb sich Diskussionen und Spekulationen um die Kaliningrad-Frage mehren.

Im russischen Strategiepapier für die Zusammenarbeit mit der EU heißt es im Abschnitt „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit“: „Unter Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Sonderstellung des Kalingrader Gebiets sind die notwendigen äußeren Bedingungen für seine Existenz und Entwicklung als integrierter Bestandteil der Russischen Föderation und aktiver Teilnehmer an grenzüberschreitender und interregionaler Kooperation zu sichern. Seine optimale wirtschaftliche, energetische und Transportspezialisierung ist perspektivisch so festzulegen, dass ein wirksames Funktionieren unter den neuen Bedingungen gesichert wird. Seine Transportverbindungen mit dem russischen Kernland sind verlässlich auszubauen. Wenn erforderlich, ist ein Sonderabkommen mit der EU abzuschließen, das im Zuge der EU-Erweiterung die Interessen des Kaliningrader Gebiets als Subjekt der Russischen Föderation schützt und es nach Möglichkeit zur russischen Pilotregion bei der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU im 21. Jahrhundert entwickelt“.

Die Europäische Kommission hat eine Debatte über eine mögliche Zusammenarbeit mit der russischen Exklave angeregt.

Sie war auf Initiative von Anna Lindh, schwedische Außenministerin und Leiterin der EU-Delegation und Christopher Patten auch im Mittelpunkt der Gespräche mit dem russischen Außenminister Iwanow im vergangenen Jahr. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Frage gelenkt, wie die geplante EU-Erweiterung um Polen und Litauen die wirtschaftliche Zukunft der russischen Exklave Kaliningrad beeinflussen könnte.

Welches öffentliche Echo der Disput um Kaliningrad auch in Moskau gefunden hat, belegen mehrere grundsätzliche Beiträge in der renommierten „Nesawissimaja Gaseta“ in kurzer Folge. Sie stellte am 18.02.01 fest, dass „noch keine andere Region in Russland seitens der EU so viel Aufmerksamkeit erfahren hat, wie gegenwärtig das Kaliningrader Gebiet“. Am 24.02. dann: „Die neue Führung des Kaliningrader Gebiets hat es schon in den ersten Wochen

ihrer Amtszeit mit einer beispiellosen Aufmerksamkeit und Druckausübung seitens der internationalen Gemeinschaft zu tun. Dieser Druck widerspiegelt das Bestreben einiger aktiver Spieler auf der europäischen Bühne, mögliche Wege für eine radikale Veränderung des geopolitischen Status der Region aufzuspüren“... „Endziel soll offensichtlich sein, Kaliningrad in eine russische Region mit deutlich ausgeprägtem Sonderstatus zu verwandeln und, ob man will, oder nicht, in ein weiteres zentrifugales Subjekt der Russischen Föderation...Diskutiert wird die Frage der Autonomisierung der westlichen russischen Exklave bis hin zu selbständigem Schwimmen auf den Wellen der Europäischen Union. Unsere westlichen Partner betrachten in der einen oder anderen Form das Kaliningrader Gebiet als fast vollwertiges Subjekt der internationalen Beziehungen.... Einzelne ausländische Enthusiasten reden mit vollem Ernst über die Rückführung der Kriegstrophäe des Stalinismus“.

Realer scheinen russische Überlegungen, im ausgewogenen, pragmatischen Interessenausgleich eine der engeren Kooperation und strategischen Partnerschaft Russland-EU zeitlich vorgelagerte Integration der Kaliningrader Region in die EU anzustreben.

Russland geht davon aus, dass die Northern Dimension Policy der EU als Teil der gesamten regionalen Kooperation den pan-europäischen Prozess, einschliesslich der gesamteuropäischen Sicherheit befördern soll. Andere regionale und subregionale Projekte, wie der Rat der Ostseeanrainer (CBSS), der Barents/Euro-Arktik Rat (BEAC) und der Arktik-Rat (AC) sind einzubeziehen. Kaliningrad könnte Bestandteil der Neman Euroregion werden, in der Litauen, Belarus und Kaliningrad kooperieren könnten.

Auf das Problem des Status des Gebiets Kaliningrad nach der EU-Erweiterung eingehend, stellte der Erste Vizeaußenminister Awdejew fest: „Die Lösung des Kaliningrad-Problems wird ein Test für die Partnerschaft zwischen der EU und Russland sein“. „Davon wird unser Herangehen und unser Enthusiasmus in bezug auf eine umfassende Kooperation mit der Europäischen Union abhängen“(RIA Nowosti, Moskau, 15.02.01).

Zum bevorstehenden Gipfel Russland-Europäische Union im Mai 2002 in Russland werden konkrete Vorschläge über die Lebensversorgung des Gebiets Kaliningrad vorbereitet.

Außenminister Igor Iwanow teilte nach Abschluß seines Arbeitsbesuches in Spanien mit, dass diese Vorschläge das Visa-Regime, den Transit, die Energieversorgung und den Fischfang betreffen (RIA Nowosti, 23.01.2002).

Am 11. Januar wurde von MEP Magdalene Hoff ein Bericht zu Kaliningrad vorgelegt, in dem eine ganze Reihe bedenkenswerter Vorschläge enthalten sind, u.a.:

- die EU-Kommission wird aufgefordert, im Zuge der EU-Erweiterung nach Osten gemeinsam mit Russland, Polen und Litauen eine Balance zu suchen zwischen der zuverlässigen Sicherung der EU-Außengrenzen einerseits und dem Bedürfnis nach erleichtertem Visa- und Transitregime für die Bewohner Kaliningrads andererseits (beim Transit auch für die Bewohner Kernrusslands); zusätzlich zu den entsprechenden Vorschlägen der Kommission sollten weitere Maßnahmen geprüft werden, z.B. die Visaerteilung an der Grenze sowie der visafreie Non-Stop-Durchgang auf einer zentralen Schiene durch Litauen;
- Kaliningrad ist bei der Anpassung der Normen und Standards seiner Exportprodukte an diejenigen der EU zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf technische Fertigung, ökologische Verträglichkeit und Konsumentenschutz;
- Das wirtschaftliche Engagement der EU in Kaliningrad ist zu verstärken, dabei sollten Tacis, Phare und Interreg besser miteinander verklammert werden;
- Zu erwägen ist die Bildung einer Task-force für Kaliningrad im Rahmen des PKA mit der Aufgabe, gemeinsam mit Experten aus Moskau und Kaliningrad Voraussetzungen und Chancen für einen Aufschwung des Gebiets zu sondieren;
- Intensivierung der grenznahen Zusammenarbeit Kaliningrads mit Polen und Litauen; Ziel solcher Sonderregelungen zu grenzüberschreitender Kooperation, begleitet von der Förderung grenzübergreifender Entwicklungsprojekte, sollte es sein, diese wirtschaftlich ohnehin strukturschwachen Gebiete nicht noch zusätzlich zu belasten.

Für die EU ist es objektiv ein Grundinteresse, sich für eine strategische Partnerschaft mit Russland zu entscheiden. Deutschland kann dabei eine Brückenfunktion nach Osten und nach Westen ausüben, die zugleich mit besonderer Sensibilität der Ausprägung gutnachbarschaftlicher Beziehungen mit allen zwischen Deutschland und Russland liegenden Staaten dienen kann.

Es entspräche den Interessen der EU, würde man mit *den Beziehungen zu Russland souveräner umgehen*. Das ist ein „heißes“ Eisen, und Politiker besonders in Deutschland neigen dazu, es in der Öffentlichkeit zu umgehen. Wenige haben den Mut und die Gelassenheit eines Richard von Weizsäcker, der in einer Rede im September 2000 von den USA eine aufmerksamere Berücksichtigung der Interessen der Westeuropäer anmahnte. Schnell wird Antiamerikanismus unterstellt. Das Argument, man würde russischen Bemühungen Vorschub leisten, einen Keil in die transatlantische Gemeinschaft treiben zu wollen, geht an den Realitäten vorbei, angesichts der Kräfte- und Interessenlage und des gegenwärtigen Zustands der russisch-US-amerikanischen Beziehungen allemal. Wer der

russischen Führung unter Präsident Putin derartiges unterstellt, hat keine Vorstellung von deren Realitätssinn und nüchternem Pragmatismus. Mit und nicht gegen die USA Europapolitik und mit und nicht gegen Europa Politik gegenüber den USA betreiben, ist nun in Moskau die Devise. Das ist kein taktisches Manöver, sondern existenziell für Russland, das entschlossen ist, Schritt für Schritt aus Krise und Niedergang heraus zu kommen. Konfrontation ist dafür ungeeignet. Es ist identitätsspendend für Russland, das seinen Platz in einer sich dynamisch verändernden Welt sucht. Ein eigenständigeres und zugleich abgestimmteres Agieren gegenüber Russland wird helfen, diesen Prozeß zu befördern, „alte Zöpfe“ abzuschneiden, den Blick für die Realitäten von heute und morgen zu schärfen und Übermut in Grenzen zu halten.

Nicht selten wird in Deutschland vor *Sonderbeziehungen mit Russland* gewarnt, die angesichts der EU- und transatlantischen Einbindung Deutschlands, der Interessenlage Polens und anderer osteuropäischer Staaten, sowie historischer Erfahrungen unzulässig wäre. Ein nüchterner Blick auf die europäischen Gegebenheiten belegt eindeutig, dass eine solche „Gefahr“ real nicht existiert. Auch die gegenwärtige russische Führung, der „Deutsche im Kreml“ stellt diese Frage nicht. In Moskau geht man fest davon aus, dass jeglicher Versuch, Deutschland aus der europäischen Gemeinschaft, oder den NATO- und USA-Anbindungen heraus lösen zu wollen, oder etwa gegen Polen zu stellen, absurd wäre. Selbstverständlich hat das Verhältnis zu Russland immer eine europäische Dimension, die Deutschland übrigens bei allem Zuwachs bilateral nicht ersetzen könnte. Das heutige Russland denkt gesamteuropäisch und will konstruktive Beziehungen mit der EU, aber auch bilateral z.B. mit Frankreich, Großbritannien oder auch den osteuropäischen Nachbarn anstreben. Und für Russland sind nun einmal aus objektiven Gründen „gutmachbarliche Beziehungen mit Deutschland Garantie für die Stabilität russischer Positionen in Europa, schließen sie eine Isolierung Russlands aus. Die Schaffung eines großen Europas – eine der tragenden Säulen der außenpolitischen Doktrin Russlands – ist nur im Zusammenwirken mit der BRD zu erreichen“ (Igor Maximyschew auf der Konferenz des IMEPI – Akademieinstitut für Internationale Wirtschaft und Politik – am 14.06.01 in Moskau). Zwischen hervorragenden bilateralen Beziehungen und europäischer Politik gibt es keinen Widerspruch. In der gegenseitigen Wechselwirkung und Ergänzung besteht die Vernunft von Realpolitik. Dabei ist schließlich auch zu beachten, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU manches zu wünschen übrig lässt. Und bilaterale Beziehungen und Aktivitäten werden objektiverweise noch lange von großer Bedeutung sein. Aktuelle Belege dafür sind, z.B., die Realität der deutsch-russischen Beziehungen – allein im vergangenen Jahr fanden 4 Begegnungen

zwischen Schröder und Putin statt –, oder die Reaktion auf die Terroranschläge. Weder NATO, OSZE oder EU, sondern die USA, Russland, Großbritannien, Deutschland, oder Frankreich sind in Aktion getreten. Und alle Teilnehmer der Anti-Terror-Allianz versuchen in ihr in erster Linie eigene, nationale Interessen durchzusetzen.

Die Zeit ist reif, dass die vor allem von der russischen Seite in die Diskussion gebrachten Großprojekte möglicher Kooperation zwischen der EU und Russland von beiden Seiten zielstrebig angepackt werden:

- Abgestimmte Reaktion auf die globalen Herausforderungen, einschließlich Kampf gegen internationalen Terrorismus und den Mißbrauch von Hightech-Waffen,
- Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Europa,
- Großangelegte Umweltprojekte, das Problem der Strahlensicherheit einbezogen,
- Konzept für die nachhaltige Sicherung der Energieversorgung,
- Langfristiges Programm für die Entwicklung von Hochtechnologien,
- Kampf gegen Drogenschmuggel und organisiertes Verbrechen,
- Pilotprojekt Kaliningrad.

Dem diesjährigen EU-Russland-Gipfel im Mai in Russland kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

5. EU und die Ukraine

In der Ukraine liegt der geografische Mittelpunkt Europas. Gemessen daran, ist die Aufmerksamkeit der EU für das Land eher unterentwickelt. Das Interesse an seinen

wirtschaftlichen und sozialen Problemen hält sich sehr in Grenzen, selbst die Verpflichtungen aus den für die Ukraine lebenswichtigen Kernkraftvereinbarungen werden nur schleppend und schwierig realisiert.

In Kiew ist man von der EU enttäuscht. Die Entscheidung der Ukraine für den Westen, für den Beitritt in die EU und die dafür erbrachten umfangreichen Vorleistungen haben kein adäquates Echo gefunden. Ernüchterung macht sich breit. Man ist sich nun im Klaren, dass ein Beitritt zur EU faktisch auszuschließen ist. Man müsse sogar befürchten, dass die EU nicht sonderlich bemüht ist, Vereinbarungen zum Ausgleich der für die Ukraine schwer zu verkraftenden Folgen der EU-Osterweiterung zu treffen. Dies war in Gesprächen zu hören, die in der Präsidentialadministration, im Außenamt sowie im Parlament geführt wurden.

Lediglich die geostrategische Lage scheint von Interesse, als Gegengewicht gegen Russland und die GUS. Das betrifft vor allem die USA, aber auch in der EU ist eine solche Sicht verbreitet. Und man war dabei im Umgang mit den russischen Interessen nicht zimperlich, wohl wissend, welche strategische Bedeutung Moskau der Ukraine beimisst. In dem Strategiepapier für die Ukraine, angenommen vom Europarat im Dezember 1999, ist nicht wenig über die Nachbarn der Ukraine die Rede, kein Wort aber über ihren hauptsächlichen Nachbarn Russland. Der Osten, die GUS kommt nicht vor. "Die EU erkennt die auf Europa gerichteten Bestrebungen der Ukraine an und begrüßt, dass es sich für Europa entschieden hat" (als wäre Russland nicht auch Europa). Und an anderer Stelle heißt es: "Die EU unterstützt die Bemühungen der Ukraine um Förderung der Zusammenarbeit der Anrainerstaaten des Schwarzen Meers, dem Rat der Ostseestaaten sowie mit Georgien, Usbekistan, Aserbaidshan und Moldau". Diese Staaten traten aus dem 1991 beschlossenen Verteidigungspakt der GUS aus und bildeten die GUUAM, faktisch als Gegenentwurf zur GUS. Man geht in GUS-Kreisen davon aus, dass dahinter die USA steckten. Die gegen die GUS und Russland abzielende Stoßrichtung ist unschwer ablesbar.

Es wird zu untersuchen sein, ob die in der o.g. EntschlieÙung vom 13.12.00 erkennbaren konstruktiveren Noten sich auch auf die Ukraine und deren Verhältnis zu Russland und zur GUS beziehen.

Präsident Putin betrachtet die Beziehungen mit der Ukraine als besonderen Schwerpunkt und suchte von Anbeginn eine dauerhafte Verbesserung der Beziehungen zu erreichen. Präsident Kutschma erklärte nach einem Treffen mit Putin im Juni 2000, dass dessen neue Politik pragmatischer, verständlicher und berechenbarer ist. Sie sei im Interesse der Ukraine, weil der

Wunsch zu erkennen ist, die Probleme zu lösen, die von der Ukraine und anderen GUS-Partnern vorgebracht werden (regierungsnahe Zeitung „Fakty“, 23.6.00).

Präsident Putin war im Frühjahr 2001 bemüht, die schwierige innenpolitische Lage des ukrainischen Präsidenten zu nutzen, um weitere Tatsachen für die engere Zusammenarbeit mit der Ukraine zu schaffen. Während der Anti-Kutschma-Demonstrationen unterzeichneten Putin und Kutschma dazu 15 Abkommen.

Die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Russland und der Ukraine hält an und hat im Gefolge des 11. September neue Impulse erfahren. Sollte sich diese Entwicklung als nachhaltig erweisen –und vieles spricht dafür – wird die EU weitreichende Schlußfolgerungen für den Umgang mit den GUS-Staaten und neue Überlegungen für tatsächliche Partnerschaft ziehen müssen.

6. EU – Belarus

Belarus als integraler Teil Europas nimmt einen strategisch wichtigen Platz an der Westgrenze der GUS und zur sich erweiternden NATO und EU ein. Es spielt eine

herausragende Rolle als Transitland zwischen Ost und West. Über Belarus führt eine der Hauptstrassen Eurasiens. Es spielt für intensive Wirtschaftsbeziehungen und für eine unfassende europäische Sicherheitsordnung eine wichtige Rolle. Von großer Bedeutung für Westeuropa und somit Deutschland sind die Erdöl- und Erdgaspipelines.

Die Geschichte des Landes ist durch viele Kriege in Europa, die zumeist über belorussische Territorien zogen, gekennzeichnet. Belarus wurde am schwersten durch die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe vom 26. April 1986 betroffen (über zwei Drittel der radioaktiven Niederschläge fielen auf sein Territorium, 23% des Bodens sind radioaktiv verseucht.)

Trotz aller Vorbehalte gegenüber Präsident Lukaschenko, sollte die EU ihren eigenen europäischen Interessen folgend nicht Konfrontation, sondern ein entspanntes Verhältnis aufbauen. Allein schon die geostrategischen Sicherheitsinteressen, das Interesse an der Abwehr von organisiertem Verbrechen, Drogenschmuggel und Mafiastrukturen sowie der Sicherstellung der Verbindungstrassen nach Osten sprechen dafür. Druck erzeugt nur Gegendruck und bewegt gar nichts. Realpolitik ist gefragt und nicht ideologisch motivierte Einmischung. In den Beziehungen mit Belarus ist die Tatsache zu bedenken, dass Russland und Belarus es als prioritäre Aufgabe betrachten, die beschlossene Union trotz aller Probleme (in Belarus ist die Meinung verbreitet, dass die Integration zu schleppend erfolgt; man achtet sehr sensibel auf die strenge Berücksichtigung der Interessen beider Seiten, gemäß den Prinzipien des Völkerrechts; von russischer Seite wird besonderer Wert auf eine stärkere Anpassung an das russische Wirtschaftssystem und seine Gesetzgebung gelegt) zielstrebig auszugestalten. Nicht subjektive Wunschvorstellungen einzelner Politiker, sondern grundlegende Interessenübereinstimmungen liegen dem Unionsprojekt zugrunde.

Die Führungen Russlands und von Belarus können sich bei der Ausgestaltung der Union auf mehrheitliche Befürwortung in der Bevölkerung stützen. Aufschlußreich sind die Ergebnisse einer Befragung, die das Forschungszentrum bei der Moskauer Humanitär-sozialen Akademie in Russland, der Ukraine und in Belarus im Dezember 2000 durchgeführt hat. Die Mehrzahl der Befragten (in Russland 1.700 Personen, in der Ukraine 1.100 und in Belarus 1.000 Personen) hat sich für den Zusammenschluss dieser drei Republiken zu einem einheitlichen Staat ausgesprochen, in Russland 61%, in der Ukraine 53% und in Belarus 69%. Gegen die Vereinigung votierten in Russland 15, in der Ukraine 36 und in Belarus 19% (RIA Nowosti, Moskau, 03.01.01).

Die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Durchführung der gemeinsamen Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland (Protokoll vom 13/12/2000) geht realistisch von der Existenz der Union aus.

Die Außenpolitik von Belarus ist auf Frieden, Sicherheit, gute Nachbarschaft und nationale Interessen des Landes ausgerichtet. Im Rahmen einer Balancepolitik zwischen dem Westen und den Ländern der 3. Welt mit der Neigung zum Osten, gilt den Beziehungen mit Russland strategische Priorität. Die außenpolitischen Aktivitäten tragen pragmatischen, ausgewogenen Charakter und sind stark ökonomisch orientiert.

Zur internationalen Entwicklung nach dem 11. September wurden von belarussischen Politikern und Wissenschaftlern in Konsultationen u.a. folgende Gedanken geäußert:

- die Gefahren für die Welt sind nicht absehbar;
- es handelt sich um einen Krieg zwischen zwei Zivilisationen;
- an die Stelle des West-Ost-Konfliktes tritt der Nord-Süd-Konflikt;
- in der Welt findet eine generelle Umgruppierung der Kräfte statt;
- die Veränderung in der Haltung der USA zur Weltlage und zu Russland sind auf ein anderes Verständnis der USA über ihren Hauptfeind, sowie auf die Tatsache zurückzuführen, dass die USA ohne Unterstützung durch Russland im Kampf gegen den Terrorismus nicht auskommt;
- ob die Hoffnungen Putins auf Zugeständnisse der USA in strategischen und anderen Fragen aufgehen, müsse abgewartet werden.

Die NATO-Expansion wird abgelehnt. Belarus ist kernwaffenfrei, tritt für weitere Abrüstungsschritte und ein europäisches Sicherheitssystem ein und unterbreitet den Vorschlag zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Die EU-Erweiterung wird eher skeptisch gesehen, da Mitteleuropa in der Geschichte immer zwischen Ost und West gestanden und eine gewisse eigenständige Rolle gespielt habe. Eine Integration des Ostes, z.B. von Belarus, Russland u.a. in den Westen wird aufgrund völlig anderer geographischer, klimatischer, ökonomischer, kultureller Bedingungen für unrealistisch gehalten. Eine eigenständige Integration im Osten Europas wird als unvermeidlich angesehen. Gleichzeitig erwartet man eine allmähliche Veränderung im Verhalten der EU gegenüber Belarus, denn eine Isolierungspolitik schade nicht nur einer Seite. Für Belarus gäbe es keinen anderen Ausweg als gute Beziehungen mit Russland *und* der EU. Dies gelte insbesondere auch für das Interesse an partnerschaftlichen Beziehungen mit Deutschland. Man kritisiert die von den USA verfolgten egoistischen Interessen, die die Belaruskarte reizen, um einen weiteren Spannungsherd in Europa zu schüren und die Europäer zu belasten.

Dagegen gelte es zu berücksichtigen, dass die Interessen Deutschlands, Russland und von Belarus gegen eine Eskalation der Gewalt in Europa übereinstimmen.

Am 11. Dezember 2001 bekräftigte der Außenminister von Belarus M. Chwostow vor Journalisten die bisher geltenden Prioritäten der belarussischen Außenpolitik und zählte zu den wichtigsten Ergebnissen des Jahres, dass es „gelingen ist, das Vertrauen seitens europäischer Institutionen zu uns wiederherzustellen“. Aufgabe im Jahr 2002 sei es, die Beziehungen mit der EU als Struktur, „die Ökonomie und Politik auf dem europäischen Kontinent bestimmt“ zu verbessern.

Unter den Bedingungen offener Beziehungen Russlands mit Europa würde sich die Lage von Belarus wesentlich verbessern, da „die Politik Russlands gegenüber dem Westen ebenfalls dem Verständnis dienen wird, dass Belarus ein Teil Europas ist“. Die Außenpolitik von Belarus ist vielseitig, die Wirtschaft ist offen und „in Minsk ist man daran interessiert auf allen Märkten zu arbeiten, auf denen es Nachfrage nach unserer Produktion gibt“.

Nach der Wiederwahl von Präsident Lukaschenko sind Aktivitäten in der EU und in Deutschland zu beobachten, die in Richtung einer gewissen Normalisierung der Beziehungen weisen.

Über das Transform-Projekt wurden für Maßnahmen zur Ausgleichung von Belastungen aus der EU-Osterweiterung, darunter für den Grenzbereich, 4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Der Handel mit Deutschland ist im vergangenen Jahr um 20% angestiegen. Für 2002 wurde ein deutsche Kreditlinie in Höhe von 150 Mio. DM eröffnet.

Die EU erklärte auf dem 5. Minsker Forum in einem von Carl Hartzell überbrachten Grußwort von Javier Solana, daß sie bei „klaren Signalen“ aus Minsk zu einer umfassenden Kooperation bereit sei. Leider nahm an dem Forum kein Regierungsvertreter teil.

Die deutsch-belarussischen Parlamentsbeziehungen werden von beiden Seiten aktiviert. Im Januar weilte eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten in Minsk. MdB Uta Zapf, die Vorsitzende der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe wird im Februar nach Minsk reisen.

Im März wird der Außenminister von Belarus in Berlin erwartet.

Für den erfolglosen Wieck, der sich wiederholt in die inneren Angelegenheiten, u.a. durch Geldüberweisungen an Regimegegner, eingemischt hatte, soll als Leiter der OSZE-Mission in Minsk der deutsche Diplomat Heyken eingesetzt werden, der als Gesandter in Moskau und Botschafter in Kiew durch Aufgeschlossenheit und konstruktives Herangehen große Akzeptanz gefunden hatte.

7. Die Lage im Kaukasus und der Kaspi-Region. Eine South Dimension Policy der EU gemeinsam mit Russland und den transkaukasischen Staaten

Der Krieg in Afghanistan und die Ereignisse in Zentralasien machen erforderlich, auch die Entwicklung im *Kaukasus* und um das *Kaspische Meer* zu überdenken. Der in dieser Region gelagerte Konfliktstoff und hochrangige Interessenknoten haben noch an Bedeutung gewonnen. Das muß auch einer South Dimension Policy der EU einen größeren Stellenwert zuordnen.

Die Entwicklung in der Region gestaltet sich äußerst ambivalent und widersprüchlich. Das Erscheinen vieler Akteure in einem Gebiet, das vordem abgeschlossen und unzugänglich war, bedingt das Aufeinandertreffen unterschiedlichster Interessen.

Da ist zunächst das Interesse der neu entstandenen Staaten Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan und Turkmenien im Streben nach Unabhängigkeit, eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung und Selbstbestimmung. Im Hinblick auf die in der Region vorhandenen großen natürlichen Ressourcen an Erdöl und Erdgas kommen die Interessen äußerer Mächte und großer Unternehmen ins Spiel, die sich den Zugriff auf diese sichern, zumindest aber an deren Ausbeutung teilhaben wollen.

Enge wirtschaftliche Bindungen zu Russland (Energiebedarf, Handelsaustausch, Transportwege, technische Ausrüstungen etc.), die zentral auf den Kern der SU ausgerichtet waren, spielen auch heute noch eine große Rolle. Der Versuch, die seit Jahrzehnten gewachsenen Beziehungen abrupt umzukehren und sie aus der Nord-Süd-Richtung in eine Ost-West-Richtung umzudrehen, war mit großen Problemen verbunden und führte fast überall zu enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Hinwendung einiger Länder der Region zum Westen war mit der Hoffnung verbunden, schnell in die Weltwirtschaft integriert zu werden und mit Hilfe der vorhandenen natürlichen Ressourcen die Entwicklung der Länder vorantreiben und am westlichen Reichtum partizipieren zu können. Die Ergebnisse sind eher bescheiden und betreffen nicht die Masse der Bevölkerung.

Äußerst kompliziert gestalten sich demzufolge die inneren Verhältnisse in den neuen unabhängigen Staaten, die mit schwierigen Auseinandersetzungen um die Macht verbunden sind. Die Herausbildung neuer Eliten und die Entstehung präsidialer Machtverhältnisse, die sich stark an Interessengruppen, Clans und aus der Sowjetzeit vorhandenen Machtstrukturen anlehnen, bedingen zusätzlich innere Labilität mit entsprechenden Folgen für die gesamte Region.

Ungelöst sind die seit geraumer Zeit schwelenden Konfliktherde wie Nagornij Karabach (1988), Abchasien, Südossetien und der im Nordkaukasus nach wie vor nicht beendete Krieg Russlands in Tschetschenien gegen separatistische, terroristische Gruppen.

Zehn Jahre haben nicht ausgereicht, um vorhandene Probleme zu lösen, die sich in diesem Raum angehäuft haben. Er ist ein latentes Spannungsgebiet. Gründe dafür sind aber bei weitem nicht nur regionaler oder innerer Natur. Einer der wesentlichsten liegt in der geostrategischen und wirtschaftlich-strategischen Bedeutung der Region. Intensivste politische und diplomatische Tätigkeit ist die Folge. Es hat sich eine relativ gefestigte Interessenstruktur der Länder der Region herausgebildet, die teilweise in Abkommen mit Nichtanrainern fixiert sind. Dabei legen Länder wie Aserbaidschan, Georgien, aber auch Usbekistan den Schwerpunkt ihrer Außenbeziehungen verstärkt in Richtung Westen. Besonders die USA festigten ihre Positionen und begannen, diese Länder politisch und finanziell zu binden. Ihr zur Seite stand die Türkei, die mit eigenen regionalen Ambitionen ausgestattet, sich aktiv in die Schaffung einer festen Westbindung einschaltet.

Auf der anderen Seite stehen Russland, Armenien und der Iran, deren Beziehungen sich sowohl auf politischer als auch der Ebene militärischer Zusammenarbeit gestalten.

Eine Wende erfuhren die Beziehungen Russlands zu den Staaten der Region mit dem Amtsantritt W. Putins. Während der Jelzin-Zeit vernachlässigt und bevormundet, wurde ihre Hinwendung zu anderen Partnern sogar noch befördert, was sowohl im Zerfall des kollektiven Sicherheitspaktes im Rahmen der GUS als auch mit der Bildung der Staatenvereinigung GUUAM zum Ausdruck kam. Die Außenpolitik Russlands versucht gegenwärtig, die Beziehungen zu einzelnen Staaten in direkten Verhandlungen in Ordnung zu bringen und mit ihnen gleichberechtigte Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil herzustellen. Es ist offenkundig, dass Russland die Wende von einer paternalistisch und von diesen Ländern mit Argwohn verfolgten Politik zu einer pragmatischen Gestaltung der Beziehungen erreicht hat.

Das ist sowohl der Fall bei der Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit und des Kampfes gegen Terrorismus, als auch im Sinne der besseren Regulierung offener Statusfragen des Kaspischen Meeres.

Spannungsgeladen und explosiv bleibt die Lage in *Tschetschenien*. Ständig werden in allen Teilen des Landes Terrorakte, vor allem auch gegen islamische Geistliche, die den traditionellen Islam vertreten, durchgeführt. Ständig sind Opfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen. Entführungen und Geiselnahme mit Lösegelderpressung haben die Lage immer wieder angeheizt.

Trotz erreichter Erfolge beim Kampf gegen das Bandenunwesen der Feldkommandeure, von denen im vergangenen Jahr ca. die Hälfte liquidiert wurden, treffen die föderalen bewaffneten Kräfte immer wieder auf Hinterhalte und Heckenschützen und müssen kleinere Gruppen bekämpfen, was für sie ebenfalls nicht ohne Opfer abgeht.

Jedoch hat sich der Charakter des Krieges gewandelt. Mit der Säuberung des nördlichen Teiles des Landes und der Eroberung von Grosny haben sich die Separatisten in die unwegsamen Gebiete des Nordkaukasus zurückgezogen und führen von dorthier ihre Überfälle durch (Den harten Kern bilden etwa 1500 bis 2000 Kämpfer, darunter viele Ausländer. In der warmen Jahreszeit schließen sich für einen hohen Sold bis zu 10000 Tschetschenen an. Modernes Kriegsgerät ist ausreichend vorhanden). Die russische Führung versucht sich darauf einzustellen und übergab das militärische Kommando an den Föderalen Sicherheitsdienst (FSB), der mit speziellen Operationen den Kampf gegen die Separatisten führen soll. Damit verbunden war eine Reduzierung der Truppenstärke in Tschetschenien von 60.000 auf 15.000 (Nesawissimaja Gaset, 13.1.01).

Trotz aller Anstrengungen, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, herrschen Zerstörung und Chaos vor. Die Produktion von Erdöl bleibt schwierig, für das erste Quartal 2001 wurden 90.000 t. gefördert. Das Öl muss per Eisenbahn abgefahren werden und wird dann in funktionierende Leitungen eingespeist. Von Maschadow und Chattab verbreitete Flugzettel und Gerüchte rufen zu Sabotageakten und Zerstörung wieder in Gang gesetzter Erdölverarbeitung auf. Arbeiter werden bedroht und Zufahrtsstraßen der Tankwagen vermint. Nach wie vor funktioniert die illegale Erdölproduktion.

Russland ist bestrebt, den Konflikt weitgehend zu entschärfen und aus den Schlagzeilen zu nehmen:

- Russlands Verhältnis zu humanitären Maßnahmen hat sich verändert. Nachdem vor einem Jahr Putin erklärte, dass der „Krieg beendet ist“, wurde veranlasst, dass sowohl russische Hilfsmaßnahmen eingeleitet wurden und internationale Hilfsorganisationen zurückkehren konnten. Schrittweise wurde mit dem Aufbau einer zivilen Selbstverwaltung begonnen, per Dekret wurde Mufti Kadyrow zu deren Chef ernannt. Der Aufbau der Administration erleichtert die Vorbereitungen zur Rückkehr der ca. 200.000 Flüchtlinge, die in Nachbarregionen Tschetscheniens in Lagern leben. Mit Kadyrow und der neuen Regierung sind Personen ins politische Rampenlicht getreten, die für eine politische Lösung des Konfliktes eintreten und sich gegen die Absicht der radikalen Islamisten stellen, aus Tschetschenien einen „Gottesstaat“ zu machen. Russland sucht unter den

gemäßigten Geistlichen eine Basis, auf der weitere Schritte der Normalisierung eingeleitet werden können. Das russische Außenministerium unternimmt entsprechende Schritte gegenüber islamischen Staaten und ersucht um Hilfe bei der Bekämpfung extremer islamischer Kräfte. Jedoch hat die Zusammenstellung der Regierung, die von Iljasow, einem russischen Kaukasier aus dem Gebiet Stawropol, geleitet werden soll, gezeigt, dass der innere Machtkampf nicht abgeschlossen ist.

- Die Normalisierung besteht vor allem im Finden eines realen Status für die Republik Tschetschenien. Für diesen Beratungsprozess unterhält Moskau entsprechende Kontakte zu den Chefs großer Clans, selbst zu Maschadow, den Russland bis dahin als Verhandlungspartner ablehnte, da er zur kriegführenden Seite gehören würde und offen eine Abtrennung von Russland propagiert.

Die USA haben die Region zu ihrer Interessensphäre erklärt.

Nicht erst seit dem OSZE-Gipfel im November 1999 in Istanbul, als unter der Ägide der Clinton-Administration Aserbaidschan, Georgien und die Türkei den Vertrag zum Bau einer Erdölleitung von Baku über georgisches Territorium in die Türkei bis zum Mittelmeerhafen Ceyhan unterzeichneten, steht das Kaspische Meer im Blickpunkt der USA. Schon 1994 wurde dies mit dem „Jahrhundertvertrag“ zwischen Aserbaidschan und einem Konsortium bedeutender Erdölfirmen der Wettlauf um das mit etwa 5-6% der Weltvorräten angenommene Kaspische Becken deutlich.

Langfristig verfolgen die USA also die Absicht, einen Transportkorridor zu schaffen, der Russland ausklammert und kaspisches sowie zentralasiatisches Öl direkt auf den Weltmarkt bringt. Nach der ersten Euphorie wurde klar, dass sich das Baku-Ceyhan-Projekt nur schleppend entwickelte. Es bekam erst wieder einen Aufschwung, als in Kasachstan neue Ölfelder entdeckt wurden und die Möglichkeit der Zulieferung kasachischen Öls eine größere Auslastung gewährleisten würde. Aktiv schaltete sich Präsident Schewardnadse ein, der Kasachstan die Schaffung eines einheitlichen Transportsystems von Aktau (Kasachstan) nach Baku-Georgien-Ceyhan vorschlug. Kasachstan ist zwar bereit, sich zu beteiligen, strebt aber seinerseits eine von den USA unabhängige Lösung, auch gemeinsam mit Russland oder dem Iran, an.

Mit dem Amtsantritt der Bush-Administration scheint alles wieder offen zu sein. Bush ordnete zuerst eine Machbarkeitsstudie für das Projekt Baku-Ceyhan an. Bekannt sind seine engen Bindungen an die texanische Ölindustrie, deren Vertreter schon früher versuchten, Änderungen in der Politik der USA gegenüber dem Iran zu erreichen, der über ein gut

ausgebautes Netzwerk an Öl- und Gaspipeline verfügt. Mit einem neuen Arrangement mit dem Iran könnte weitaus billiger und effektiver ÖL des Kaspischen Meeres in den Persischen Golf transportiert werden. Zugleich ist man bemüht, mittelasiatische Staaten von den Vorzügen der transkaspischen Pipeline zu überzeugen. Präsident Bush hat den kasachischen Präsidenten N. Nasarbajew aufgefordert, kasachisches Öl über die Baku-Tiblissi-Ceyhan-Pipeline zu leiten. Bush sandte Schreiben an die Präsidenten Aserbaidshans und Georgiens mit der Forderung, das vorliegende Projekt stärker zu unterstützen. Der Ausgang des Machtkampfes zwischen verschiedenen Ölonternehmen und ihrer Gönner aus der Politik ist jedoch noch ungewiss. Ob die zu dieser Frage erfolgten Absprachen zwischen Bush mit Putin tatsächlich Veränderungen bringen, bleibt abzuwarten. Die Zusage von Bush an Putin, künftig gemeinsam vorzugehen, scheint zu den Akten gelegt.

Gemeinsam mit Aserbaidshan wurde in der Türkei der Plan der Schaffung eines Sicherheitspaktes mit Beteiligung der USA und der NATO erwogen.

Die *Bundesrepublik* ist verstärkt um Präsenz in der Region bemüht. In Erinnerung ist der Aufenthalt von Bundeskanzler Schröder in Tbilissi im April 2000. Der SPD Fraktionsvize Gernot Erler legte 1998 ein Papier „Zukunftsregion Kaspisches Meer“ vor und unterstrich, dass „aus europäischer Sicht eine stabile und konfliktvermeidende Entwicklung in der Kaspischen Region nur Erfolg haben kann, wenn es zu einem Ausgleich zwischen den Interessen der acht Länder der Region, aber auch aller übrigen betroffenen Regional- und Großmächte kommt. ... Monopolstrukturen bei der Erschließung der Öl- und Gasvorkommen schaden einem solchen wünschenswerten Interessenausgleich ebenso wie die Ausgrenzung und Interessenschädigung eines oder mehrerer der genannten Staaten.“ Es klingt Bedauern in der Studie an, dass Europa noch nicht über die Mittel verfügt, um dort nachdrücklich seine Interessen zu markieren.

Im Januar 2001 machte sich Volker Rühle auf den Weg nach Georgien, Armenien und Aserbaidshan, um „eine Bestandsaufnahme des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses in den seit neun Jahren unabhängigen, früher zur Sowjetunion gehörenden Republiken vorzunehmen.“ Das Hauptinteresse galt „strategischen Fragen, die sich aus der Förderung und dem Export aserbaidshanischen Erdöls ergeben.“

Rühle, der in einem „Analyse“-Papier (Frankfurter Rundschau, 7.3.01) seine Auffassung darlegt, moniert, dass die Bundesregierung die strategische Bedeutung der Region für den Westen unterschätzen würde. Rühle schlussfolgert, dass es zu einer „Kollision unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Interessen“ und zur „Bildung strategischer

Achsen quer durch den Kaukasus kommt. ... Bei allem Respekt vor legitimen russischen Anliegen müssen wir Ansprüche Russlands auf exklusive Interessenwahrung insbesondere in Georgien entschieden zurückweisen.“ Rühle mahnt eindringlich, die Interessen der BRD und Europas gegenüber, z. B., den russischen mit allen Mitteln durchzusetzen.

Er setzt den Schwerpunkt auf die Einflussmöglichkeiten, die die BRD und die EU haben und fordert eine engere Anbindung der drei Republiken an Westeuropa bis hin zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Besondere Bedeutung misst er der Verkehrs- und Energiepolitik zu.

8. Verhältnis der EU zur GUS

Im Westen, auch in der EU, sind Aversionen gegen die GUS, gegen integrative Prozesse im Rahmen der GUS weit verbreitet. Nicht selten werden Klischees bedient, wie *Mit der GUS würde eine Restauration der alten Strukturen aus Sowjetzeiten betrieben* oder *Russland würde mit seiner GUS-Politik in imperiale Ambitionen zurückfallen*. Beides führt an den gegenwärtigen und zu erwartenden Realitäten vorbei. Ein zurück zur Sowjetunion ist ausgeschlossen und wird von keiner ernst zu nehmenden Kraft in Russland oder in anderen GUS-Staaten betrieben. Was imperiales Gehabe angeht, so traf das tatsächlich auf das Jelzin-Regime zu. Aber inzwischen sind Veränderungen vollzogen worden. Im Informationsblatt der Körber-Stiftung „GUS-Barometer“ (Nr. 24, Juni 2000, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) wird das trefflich analysiert: „Die GUS-Integration ist wieder an die Spitze der russischen außenpolitischen Agenda gerückt. Doch anders als unter Jelzin, der diesbezüglich viele Worte, aber selten Taten folgen ließ, hat Putin es mit seiner pragmatischen, nicht imperialistischen Rhetorik verstanden, GUS-Staaten wie die Ukraine, Usbekistan und Turkmenistan, die sich praktisch schon von Moskau abgewandt hatten, für eine neue Kooperation zu interessieren“.

Nicht wenige Konfliktherde im post-sowjetischen Raum schwelen weiter, harren ihrer Entschärfung. Ein weites Feld für bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit, für den überschaubaren Zeitraum, im Rahmen der EU eher erfolgversprechend als mit der OSZE.

Es mehren sich in der EU die Stimmen, die Sachlichkeit und nüchterne Bewertung einfordern und im Interesse der EU zu konstruktivem Handeln aufrufen. Im Ooslander-Initiativbericht vom 3.10.00 heißt es: „Die EU sollte eine Kooperation im Rahmen der GUS nicht ablehnen, sondern fördern. ... Es besteht ein gemeinsames Interesse am Kampf gegen internationalen Terrorismus und militanten Islamismus in der Kaukasus-Region und in Zentralasien. Für den Kaukasus ist eine Southern Dimension Policy zu entwerfen, die die Interessen Russlands und aller anderen Staaten der Region berücksichtigt“. In der im Dezember 2000 angenommenen Entschließung zum Bericht wird dazu konstruktiv Stellung genommen.

Man reagiert also darauf, wenn auch zögerlich, dass die GUS trotz all ihrer Probleme eine politische Realität ist. Dabei wird der Rolle Russlands verständlicherweise besondere Bedeutung beigemessen.

Russland wird künftig seine besonderen Interessen hinsichtlich des GUS-Raums mit Hartnäckigkeit und Konsequenz verfechten. Im Strategiepapier für die Entwicklung der Beziehungen der Russischen Föderation mit der EU wird sehr deutlich gesagt, dass Russland sich möglichen Bestrebungen widersetzen wird, die auf die Störung der Wirtschaftsintegration

innerhalb der GUS, unter anderem durch „Sonderbeziehungen“ mit einzelnen GUS-Staaten zum Schaden russischer Interessen gerichtet sind. Russland setzt sich dafür ein, dass Aktivitäten von Teilnehmern der Zollunion und anderen GUS-Staaten gegenüber der EU koordiniert werden. „Rußland erwartet, daß die Entwicklung der Partnerschaft mit der EU die Herausbildung eines neuen Systems zwischenstaatlicher politischer und wirtschaftlicher Beziehungen im GUS-Raum fördert“, heißt es in dem Strategiepapier. Russland ist am Erfahrungsaustausch mit der EU über integrative Prozesse interessiert (siehe Buch von M. W. Streshnewa, wissenschaftliche Mitarbeiterin am IMEMO der russischen Akademie der Wissenschaften, „EU und die GUS – eine vergleichende Analyse ihrer Institute“).

9. Fazit, Eckpunkte für einen linken Politikansatz

EU- und NATO- Osterweiterung, sowie die Ereignisse nach dem 11. September erfordern mit großer Dringlichkeit, dass die Linken in der EU, die im Europa-Parlament vertretenen Linksparteien Position zu den Konsequenzen für die europäischen Staaten der GUS beziehen. Es wird zu bestimmen sein, wie dies gemeinsam mit den linken Kräften in der post-sowjetischen Region bewerkstelligt werden kann, die verständlicherweise die Erfordernisse für linke Politik in der Region und gegenüber der EU am besten kennen. Ausmaß und Intensität der Verbindungen entsprechen bei weitem nicht den Erfordernissen. Voreingenommenheiten sind abzubauen und beharrlich ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Diese Aktivitäten haben sich an realpolitischen Gegebenheiten zu orientieren, ohne dass Visionen für ein demokratisches, Entwicklung und Entspannung in der Welt förderndes Europa mißachtet würden. Dem Gerangel der westeuropäischen Eliten um einen Platz an der Sonne sind Solidarität und kompetente Aktivitäten der Andersdenkenden in ganz Europa entgegenzustellen, die Großmachtstreben, Beteiligung an Kriegsabenteuern, Abschotten der EU, Hegemoniestreben der USA bekämpfen.

- Kernpunkt für einen linken Ansatz ist, *Europa in seiner Einheitlichkeit zu begreifen*. Sicherheit, Stabilität in Europa und Kraftzuwachs in der Welt, sind anders nicht erreichbar. Für Europa gibt es nur eine gemeinsame Sicherheit und Abwehr der Gefahren aus internationaler Destabilisierung, internationalem Terrorismus, Drogenschmuggel und organisierter, internationaler Kriminalität. Es ist eine objektive Gegebenheit, dass eine Zwei-Klassen-Sicherheit in Europa, sowie die Konservierung der EU als Wohlstandsinsel gegen den Osten mit der Ostgrenze am Bug nicht haltbar sind. Europa hat ohne oder gar gegen Russland keine Zukunftschance. Die EU hat Konzepte nicht für Ausgrenzung, sondern für gutnachbarliche Zusammenarbeit und Ausgleich in ganz Europa zu erarbeiten. Schwerpunkte könnten sein: Gemeinsames Sicherheitskonzept, Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Europa, Konzept für eine nachhaltige Sicherung der Energieversorgung, langfristiges Programm für die Entwicklung von Hochtechnologien, Pilotprojekt Kaliningrad, Kampf gegen Drogenschmuggel und organisiertes Verbrechen. Die Linken haben dies verstärkt einzufordern und sich an ihrer Ausarbeitung aktiv zu beteiligen.
- Vordringlich ist der Kampf gegen die Belastungen und Gefahren der *Osterweiterung* zu führen. Das betrifft vor allem die Ausbreitung der NATO, aber in wichtigen Punkten auch

die EU-Osterweiterung. Die Linken haben dafür Sorge zu tragen, dass diese Probleme nicht verdrängt werden, sondern öffentlich werden. Sie fordern von den Regierenden, konkrete Programme vorzulegen, wie dem Abkoppeln des Osten Europas entgegengewirkt werden kann. Die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten sind durch Verhandlungen und Vereinbarungen mit den für einen Beitritt nicht vorgesehenen osteuropäischen GUS-Staaten zu ergänzen. Dabei ist ein sorgfältiger Interessenausgleich aller Beteiligten anzustreben. Deutschland sollte besonders aktiv sein, um wirtschaftliche, politische und militärische vertrauensbildende Maßnahmen vorzulegen, auch um historisch gewachsenes Misstrauen bei Nachbarstaaten zwischen Deutschland und Russland gemeinsam abzubauen (in der außenpolitischen Konzeption Rußlands wird gutnachbarlichen Beziehungen mit den Mittel- und osteuropäischen Staaten ein großer Stellenwert zugeordnet).

- Die Linken bleiben bei der prinzipiellen Kritik am Krieg in **Tschetschenien**, so wie sie auch den Krieg gegen Jugoslawien, in Kosovo und in Afghanistan verurteilt haben. Sie fordern von der russischen Führung, sich auf eine politische Lösung des komplizierten Problems zu konzentrieren. Sie geißeln zugleich die Scheinheiligkeit und Politik der zwei Standarts sowie die Fruchtlosigkeit von Sanktionen und Druck. Ein „Interventionsrecht“ in das Völkerrecht zu installieren, wird kategorisch abgelehnt, auch wenn es mit der Verletzung von Menschenrechten begründet wird(In der Schlußakte von Helsinki ist eine Korrelation des Souveränitätsprinzips mit dem Prinzip der Einhaltung der Menschenrechte nicht hergestellt worden. In der UNO-Charta ist die Menschenrechtsfrage faktisch ausgeklammert. Hierzu wären Konsultationen und evtl. gemeinsame Initiativen der EU mit der russischen Seite, u.a. im Zusammenhang mit der Diskussion über UN-Reformen, sinnvoll). Eine wichtige Lehre aus dem Krieg in Tschetschenien und der Reaktion darauf lautet: es wäre viel sinnvoller, künftig, ein vertrauensvolles Miteinander mit Russland anstrebend, rechtzeitig, präventiv und konstruktiv vorstellig zu werden. Und nicht wenige potentielle Konfliktherde im post-sowjetischen Raum schwelen weiter, harren ihrer Entschärfung. Ein weites Feld für bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit, für den überschaubaren Zeitraum eher in der EU erfolgversprechend, als im Rahmen der von den USA und der NATO dominierten OSZE. Anstrengungen der EU sollten Unterstützung finden, die auf die Ausarbeitung und Realisierung von gemeinsamen Entwicklungsprogrammen und -projekten für die transkaukasische Region unter gleichberechtigter Teilhabe von Georgien, Armenien, Aserbaidshan und Russland gerichtet sind.

- Folgende Prämissen und Forderungen an Aktivitäten der EU könnten hinsichtlich eines *Konfliktmanagements* im postsowjetischen Raum in Erwägung gezogen werden:
 - Die strukturellen Ursachen fast aller Konflikte im postsowjetischen Raum sind im Inneren zu suchen. Dementsprechend sind die Instrumente für Konfliktprävention und -beilegung auszulegen. Eine Einmischung von außen, eine Parteinahme verbietet sich. Zu recht würde die andere Seite eine Instrumentalisierung des Konflikts vermuten, blockieren und mit Gewalt antworten. Die Konfrontationsspirale würde sich weiter drehen. Konfliktbearbeitung von außen kann nur assistieren und muß von der Zustimmung der Betroffenen getragen sein. Externe Konfliktbewältigung kann nur helfen, wenn durch sie die politischen, aber vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Wirkungsbedingungen eines Konflikts entspannt werden.
 - Konfliktprävention und -management müssen der Aufrechterhaltung der sozialen Funktionsfähigkeit der Gesellschaft in Systemtransformation dienen. Deshalb sind Bemühungen zur Stärkung des Staates und der Staatsmacht nicht zu denunzieren, sondern zu unterstützen.
 - „Roßkuren“, Schocktherapien, abrupter Transformationsvoluntarismus führen zu verheerenden Konflikten und Zerreißproben, in denen die Gesellschaft ihre natürliche Fähigkeit zur zumindest halbwegs zivilen Verarbeitung von Konfliktsituationen verliert. Je rigider transformiert werden soll, je schmaler die soziale Grundlage der Hauptakteure ist, je eigensüchtiger ihr Vorgehen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit handfester Konflikte, die die Transformation und den Fortbestand der Gesellschaft generell in Frage stellen. Diese Art der Transformation ist in Russland gescheitert. Der neue russische Präsident stellt fest, dass Russland sein Kontingent an gewaltsamen Umbrüchen mehr als ausgeschöpft hat. Nachhaltige positive Veränderungen seien nur noch auf evolutionärem Wege möglich.
 - Ethnische, religiöse, kulturelle und regionale Konflikte speisen sich in großem Maße aus sozialer Notlage, gravierenden sozialen Unterschieden und Spannungen. Diese abbauen zu helfen, sollte bei Konfliktbehandlung und -prävention vorn an stehen. Das betrifft nicht nur die Konfliktregionen im Kaukasus und Zentralasien, die meist angeführt werden, wenn in der EU über Konfliktprävention geredet wird, sondern auch Europa an seiner Nahtstelle zwischen Ost und West selbst. Gerade in Grenznähe entstehen in rasantem Tempo in den Beitrittsländern große Konfliktregionen mit sehr hoher Arbeitslosigkeit und Armut, insbesondere unter Jugendlichen. Es entsteht ein brisantes

Wohlstandsgefälle. Radikale Kräfte haben wachsenden Zuspruch. Ohne weitreichende Gegenmaßnahmen wird die Einführung des Schengener Grenzregimes weiteren Explosivstoff anhäufen. Die Linken haben nachdrücklich konstruktives Reagieren der EU-Behörden einzufordern. Besondere Anstrengungen zur Verhinderung und Lösung von Konflikten, zum Ausgleich sollten europäisches Markenzeichen werden. Gemeinsam mit Russland könnte die EU sich als Stabilisator in konfliktgeladener Weltsituation profilieren. Weltakteure, wie China und Indien wären einflußreiche Weggefährten. Nachzudenken wäre über ein gemeinsame strategisches Entwicklungsprojekt für die Krisenregion. Eine erstrebenswerte Vision für linke Außen- und Sicherheitspolitik.

- Es wächst Unbehagen über das militante *Hegemonialstreben der USA*, selbst in europäischen Führungsetagen. Der tiefgründigen Analyse sich darin widerspiegelnder grundlegender globaler Prozesse und Interessenkollisionen, die noch weitgehend im Verborgenen ablaufen, haben die linken Parteien und Bewegungen bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Gemeinsam mit Wissenschaftlern der Friedensinstitute und Vertretern der Antiglobalisierungsbewegungen sind Grundzüge für eine *alternative Außen- und Sicherheitspolitik* zu entwerfen, die in einer neuen Friedensbewegung und gegen die neoliberale Globalisierungspolitik gerichtete Bewegung aufgegriffen werden können. Eine wichtige Forderung wäre hierbei, dass die Westeuropäer weit souveräner ihre eigenen Interessen realisieren. Dazu gehört auch das Verhältnis zu Russland und zur GUS. Die Linken sollten zu diesen Fragen einen breit angelegten Dialog anregen, zu dem eine ganze Reihe auch konservativer Politiker und Wissenschaftler bereit sind.
 - Bestrebungen zur Zusammenarbeit und *Integration im Rahmen der GUS* sollten nicht weiter verteufelt, unterschiedliche Interessenlagen und Probleme in der GUS nicht instrumentalisiert werden. In der EU sind Überlegungen anzustellen, ob und wie eine systematische Zusammenarbeit mit GUS-Strukturen und zu welchen Fragen als Brücke zwischen EU und GUS aufgebaut werden kann. Das würde auch dem Abbau von Belastungen aus EU- und NATO-Osterweiterung dienlich sein.
 - Kaliningrad hat die Chance sich als Pilotprojekt für eine enge Kooperation zwischen der EU und Russland zu entwickeln. Andererseits birgt diese Problemregion die Gefahr für neue Turbulenzen und Konfliktstoff, wenn die Chance nicht genutzt wird. Besonders gefragt sind der Rat und die Aktivitäten der linken Kräfte in den skandinavischen Ländern.
 - Zivilgesellschaftlichen Elementen und der *Zusammenarbeit mit NGO's* ist von linken Organisationen weitaus größere Bedeutung beizumessen. Oft sind es Regierungsstellen der

USA und westeuropäischer Staaten, die sich als Sponsoren von NGO`s in den GUS-Staaten hervortun. Nicht selten fließen Gelder auch aus recht dubiosen Quellen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Arbeit unter Jugendlichen. Es lohnt, über ein **Jugendwerk West – Osteuropa** nachzudenken, das alle interessierten Gruppen und Initiativen ansprechen und gemeinsame Aktion im gesamteuropäischen Maßstab stimulieren würde.

Bemerkungen und Vorschläge der KPRF zur Ausarbeitung „Eine kritische Betrachtung der Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen der EU mit Staaten der GUS“ (Übersetzung)

1. Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation begrüßt die Initiative der Abgeordneten der „Gruppe der Vereinigten Linken“ des Europa-Parlaments zur Ausarbeitung eines gemeinsamen, unter Teilnahme von Vertretern linker Parteien aus Russland, Belarus, der Ukraine, Moldova, anderer Mitgliedsländer der GUS vorgesehenen Projekts mit dem Arbeitstitel: „Die Teilnahme linker Parteien Europas an der Entwicklung und Vertiefung der Prozesse der gesamteuropäischen Integration in Richtung der Gestaltung eines friedlichen und demokratischen Europas des XXI. Jahrhunderts“.

Wir halten es für erforderlich, insbesondere den Beitrag des Genossen Hans Modrow und der Gruppe seiner Kollegen aus Deutschland zum Voranschreiten dieser Initiative hervorzuheben und unsere Anerkennung für ihre Anstrengungen auszudrücken, dem Projekt konkreten Inhalt zu verleihen.

2. Die KPRF ist der Auffassung, dass nur eine ständige Kleinarbeit am Projekt zu den gewünschten Ergebnissen führen kann. Den größten praktischen Nutzeffekt könnte u. E. erzielt werden, wenn von den Initiatoren des Projekts ein ständig wirkendes Institut gegründet wird, das die möglichst breite Teilnahme von europäischen Parlamentariern, Abgeordneten nationaler Parlamente, anderer repräsentativer Macht- und Selbstverwaltungsorgane, sowie von Vertretern einflussreicher linker Parteien und gesellschaftlich-politischer Organisationen aus verschiedenen Staaten Europas, ihrer Experten und Spezialisten vorsieht. Nach unserer Auffassung könnte das Forum, dessen erstes organisatorisches Treffen für den Sommer 2002 in St. Petersburg vorgesehen ist, zu einem solchen internationalen Institut werden.

Auf diesem Forum sollte man wenigstens versuchen, ein gemeinsames Verständnis für folgende Fragen zu finden: Weshalb ist seinerzeit die Idee des Aufbaus eines „gesamteuropäischen Hauses“ völlig gescheitert, warum ist gegenwärtig die Pariser „Charta für ein neues Europa“ faktisch wirkungslos, was blieb heute real übrig vom normenschöpfenden Potenzial der berühmten „drei Körbe“ der OSZE- Schlussakte von Helsinki, sowie welchen konkreten Inhalt verbinden die Westeuropäer mit dem Begriff „Aufbau einer europäischen Architektur“ im Rahmen gesamteuropäischer Institute und zweiseitiger Vereinbarungen?

Wir können nicht vorankommen, nicht gemeinsam in die Zukunft Europas schreiten, wenn wir auf eine nüchterne und vorbehaltlose Sicht auf unsere jüngste Vergangenheit verzichten und die wichtigsten politischen Initiativen die unter vielen Mühen, mittels nicht einfacher Kompromisse jahrelang durch unsere Vorgänger vorbereitet wurden, der Vergessenheit anheimfallen lassen.

3. Die KPRF hält die grundsätzliche These der Verfasser für prinzipiell wichtig, dass die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union durch den Beitritt einer Reihe von Ländern Mittel- und Osteuropas, darunter baltischer Staaten, die sich auf den Territorien ehemaliger Republiken der UdSSR gebildet haben, in politischer, geostrategischer, völker- und vertragsrechtlicher und zeitlicher Hinsicht so realisiert werden muss, dass auf keinen Fall eine neuerliche Spaltung Europas provoziert wird. Dies würde der Idee der gesamteuropäischen Integration entsprechend den Prinzipien, die der Gründung und dem Funktionieren der Europäischen Union als freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Staaten des europäischen Kontinents zugrunde lagen einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen. Die Kommunisten Russlands teilen völlig die Besorgnis ihrer Genossen aus der Partei des Demokratischen Sozialismus der BRD im Zusammenhang mit einem möglichen negativen Verlauf der Ereignisse in Europa.

Die KPRF hält es für möglich, dass eine solche Gefahr im Ergebnis destruktiver Handlungen bestimmter Kräfte in und außerhalb Europas real entstehen kann, die nichts unversucht lassen, Russland durch die Schaffung von unter erdachten Vorwänden konstruierten modernen Variationen eines „cordon sanitaire“ oder eines „eisernen Vorhangs“ von anderen Ländern des Kontinents zu isolieren. Sie sind bestrebt, die Prozesse der europäischen Integration in Bahnen zu lenken, die von Anfang an für Russland als europäische Großmacht, deren nationale Interessen und historische Zukunft unzertrennlich mit dem allgemeinen Schicksal der Länder und Völker des Kontinents verbunden sind, unannehmbar wären.

Die Kommunisten Russlands meinen, dass diese Grundposition im Zentrum der Aufmerksamkeit allgemeiner Überlegungen und Diskussionen der Abgeordneten des Europa-Parlaments und der Parlamentarier Russlands über die konkreten Wege, Formen und anderen Elemente der Gestaltung der Vertragsbasis für die Beziehungen Russlands mit der sich erweiternden und erneuernden EU als wichtiger Bestandteil der zukünftigen Union der Völker Europas stehen muss. Dabei muss man sich klar darüber sein, dass die Russische Föderation bereits heute die negativen Folgen der wachsenden Isolierung des

Landes von den Prozessen der europäischen Integration real verspürt. Dies ist besonders in solchen Bereichen zu erkennen wie bei der beschleunigten Anwendung des Schengener Visaregimes in einer Reihe europäischer Staaten, mit denen Bürger der Russischen Föderation traditionell einen regen Austausch haben. Recht spürbar ist dies auch in der Sphäre des Außenhandels, in Fragen der Standardisierung und Metrologie, beim Umweltschutz und in anderen Bereichen.

Seinerzeit wurde von der russischen Seite der Führung der Europäischen Kommission eine Übersicht der Besorgnisse Russlands angesichts der bevorstehenden EU-Erweiterung zur Kenntnis gebracht. Darin wurden Fragen des Tarifschutzes, tariffreier Beschränkungen, des Transits, des Visaregimes, des Warenverkehrs, der Investitionen, von Handelspräferenzen, der Verteidigungspolitik, der Probleme der russischsprachigen Bevölkerung u. a. berührt. Soweit uns bekannt ist, blieben diese absolut konkreten Besorgnisse der russischen Behörden ohne gebührende Aufmerksamkeit und entsprechende Reaktion seitens der europäischen Partner.

4. Im Interesse einer realistischeren Einschätzung der Lebensfähigkeit des vorliegenden Entwurfs wäre es sehr wünschenswert, gemeinsam zu analysieren (wenigstens in allgemeiner Form, die Kernaussagen betreffend), inwieweit von den Partnern vorangegangene Vereinbarungen zu Fragen der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Russland erfüllt wurden. Dabei geht es um die perspektivreichsten Richtungen des Zusammenwirkens und darum, deren Engpässe zu bestimmen. Insbesondere könnte es um den im Juni auf der Insel Korfu unterzeichneten und im Dezember 1995 vom Europaparlament ratifizierten Vereinbarung über „Partnerschaft und Zusammenarbeit“ zwischen der EU und Russland, eine Reihe anderer diese Vereinbarung ergänzender mehr- und zweiseitiger, kurz- und mittelfristiger Initiativen.

Es ist kein Geheimnis, dass diese Entscheidung der Europäischen Union ebenso wie die beschleunigte Aufnahme Russlands als Mitglied des Europarates im Februar 1996 zu dieser Zeit machtvolle Faktoren der Unterstützung des Westens für die Wahlkampagne von Boris Jelzin und sein herrschendes Regimes in der harten Auseinandersetzung mit den vereinten Kräften der linkspatriotischen Opposition unter Führung G. Sjuganows war. Auf diesen Umstand wies bereits 1996 völlig zurecht Dr. Heinz Timmermann, Mitglied des wissenschaftlichen Direktorats des Bundesinstituts für Osteuropaforschung und internationale Probleme (Köln, BRD) in seiner Publikation: „Europäische Union und

Russland: Perspektiven der Partnerschaft“ hin. Es ist deshalb äußerst wichtig, die reale Lage der Dinge in diesem Bereich nüchtern zu betrachten, das angesammelte Potential richtig zu bewerten und gemeinsam neben vielem anderen den Grad des positiven und negativen Einflusses der Gesamtheit objektiver und subjektiver Faktoren zu bestimmen, die mit der Einbeziehung der führenden Partei der politischen Opposition in Russland in die Prozesse der Ausarbeitung und praktischen Realisierung des vorliegenden Projekts verbunden sein können.

5. Nach Auffassung der KPRF spielte bereits bisher und spielt in bedeutendem Maße auch weiterhin das auf der Sitzung leitender Organe der EU in Köln vom 3. bis 4. Juni 1999 angenommene Dokument unter dem Titel: „ Kollektive Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland“ eine bestimmte positive Rolle bei der Einschätzung der Perspektiven der Vertiefung und Erweiterung des europäischen Prozesses, bei der Gestaltung erforderlicher Bedingungen für die Erzielung eines gegenseitig annehmbaren Interessenausgleichs der Seiten. Allerdings besteht die offensichtliche Schwäche dieses Grundlagendokuments in seiner Unausgewogenheit, in überwiegend westlich akzentuierten Vorstellungen über die zweckmäßigsten Wege der Einbeziehung Russlands in den gesamteuropäischen Wirtschafts- und Sozialraum, die nicht selten nationale Interessen Russlands vollständig ignorieren. Das belegt überzeugend allein schon der Fakt, dass im Artikel 2, der Empfehlungen der EU zu den Wegen der Gestaltung der Marktwirtschaft in Russland und die Bedingungen seiner Integration in diesen Raum beinhaltet, auf das „umfassende, vom IWF bestätigte Wirtschaftsprogramm“ mehrfach Bezug genommen wird.

Wenn es um das neoliberale Modell der Entwicklung der Nationalwirtschaft und die auf seiner Grundlage ausgearbeiteten Programme der Umgestaltung der Haushalts-, Valuta-, Finanz-, sowie Industriepolitik Russlands nach den Vorlagen geht, die früher vom IWF Argentinien und anderen Ländern Lateinamerikas vorgeschlagen wurden, so sind solcherlei Empfehlungen wissentlich unannehmbar. Russland ist kein Versuchsgelände zur Erprobung zweifelhafter Ideen einer Gruppe von Wissenschaftlern und Spezialisten, die begründeter Kritik sogar in ihren eigenen wissenschaftlichen und Berufskreisen ausgesetzt sind.

6. Die KPRF ist einverstanden mit den Schlussfolgerungen der Autoren der zu behandelnden Ausarbeitung, dass das positive Potential des insgesamt konstruktiven Herangehens der „Kollektiven Strategie“, der in vielem richtigen, rechtzeitigen Problemstellungen zur Stärkung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit des vereinten Europas und

Russlands in einer Reihe von Perspektivrichtungen in bedeutendem Maße reduziert wird durch völlig unbegründete Ansprüche westeuropäischer Führer auf die Ausübung einer lückenlosen Kontrolle über die Entwicklung der gesellschaftspolitischen und sozial-ökonomischen Situation in unserem Land. Die Analyse der Materialien des EU- Gipfels in Nizza vom Dezember 2000, auf dem die Hauptrichtungen der europäischen Entwicklung im bevorstehenden Jahrzehnt bestimmt wurden, zwingen, an der Aufrichtigkeit und dem Realitätssinn der Absichten der Verfasser der „Kollektiven Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland“ zu zweifeln oder ist zumindest Veranlassung, ernsthaft über den Grad der Abstimmung zwischen den verschiedenen Strukturen des vereinten Europa ernsthaft nachzudenken.

Die Begriffe „Russland“ bzw. „GUS“ fehlen in den „Schlussfolgerungen der Führung des Europäischen Rates“ (Nizza, 7. bis 9. Dezember 2000) völlig. Das künftige „Vereinigtes Europa der 27“ endet in den Vorstellungen westeuropäischer Politiker im laufenden Jahrhundert an den Ufern der Ostsee und des Schwarzen Meeres, im für Russland günstigsten Falle an den Grenzen des seines jetzigen gesamtföderalen Statuses verlustigen Kaliningrader Gebiets. Wir entdeckten in diesen Dokumenten nicht einmal irgendwelche höflich-glatte Verweise auf Probleme einer möglichen künftigen Partnerschaft der EU mit GUS-Staaten. Es werden die Programme „Sokrates“ und „Leonardo da Vinci“ erwähnt, es fehlen jedoch, z.B. Bewertungen der Effektivität gültiger Programme zur technischen Förderung der GUS (TACIC). Und dies obwohl seinerzeit behauptet wurde, dass gerade das Wissensdefizit wohl das Haupthindernis beim Voranschreiten Russlands und anderer Staaten, ehemaliger Republiken der UdSSR, auf dem Wege marktwirtschaftlicher Reformen sei.

7. Es ist bedauerlich, dass ein solches Grundsatzdokument der Europäischen Union, wie die „Kollektive Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland“ ohne Teilnahme bevollmächtigter Vertreter der Russischen Föderation erörtert wurde. .Aufgrund dessen war die Regierung Russlands gezwungen, um ihr Gesicht zu wahren, im Oktober 1999 eiligst eine eigene Strategie der Entwicklung der Beziehungen der Russischen Föderation mit der Europäischen Union für eine mittelfristige Perspektive (2000 bis 2010) anzunehmen, um diese noch rechtzeitig ihren westeuropäischen Partnern während des Gipfels EU – Russland in Helsinki zu übergeben. Hinsichtlich der Methodologie seines Aufbaus, der erklärten Ziele und Aufgaben ähnelt dieses Dokument der Allgemeinen Strategie der Europäischen Union gegenüber Russland und ergänzt und konkretisiert im Grunde lediglich einige seiner Grundsätze.

In der weiteren Arbeit würden wir die Teilnahme bevollmächtigter Vertreter aller Machtstrukturen der Russischen Föderation, kompetenter russischer Spezialisten, sowie von Aktivisten führender politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen an der Ausarbeitung dieser Art Dokumente für erforderlich halten. Ihr Beitrag zu dieser Arbeit wäre ein konkreter Ausdruck einer sich festigenden Partnerschaft der EU und Russlands.

8. Bei insgesamt positiver Haltung zur Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit RF – EU vom 4. Juni 1994 und zur Allgemeinen (kollektiven) Strategie der EU gegenüber Russland vom 4. Juni 1999 können jedoch die Kommunisten Russlands nicht deren innere Gemeinsamkeit mit einer solchen weitbekannten außenpolitischen Initiative der NATO- Allianz wie der „Partnerschaft für den Frieden“ ignorieren. Nach dem beredten Eingeständnis des gleichen H. Timmermann sind die Vereinbarungen über Partnerschaft zentrales Element der westlichen Strategie der Einbindung Russlands und der aktiven Einflussnahme auf seine Entwicklung über die Herstellung institutioneller Beziehungen mit ihm und der Förderung „reformistischer“ Kräfte.

In diesem wie in anderen Fällen wurden diese Vereinbarungen, die im Grunde einen eigenartigen Kodex freiwillig übernommener politischer Verpflichtungen und Absichtserklärungen des Westens gegenüber Russland darstellten, im propagandistischen Sinne anfangs als exklusiv ausgegeben. Später wurden sie mit Leichtigkeit faktisch in Modellvereinbarungen verwandelt, die jegliche Eigenart und individuelle Besonderheiten vermissen ließen und gleichermaßen annehmbar waren sowohl für Länder, die sich auf den Beitritt zur NATO und EU vorbereiteten als auch für Staaten, die mit ihnen durch Assoziierungsvereinbarungen oder andere Formen der Zusammenarbeit verbunden sind. Davon zeugt anschaulich das in Sintre am 30. Mai 1997 unterzeichnete „Grundsatzdokument des Rates für Nordatlantische Partnerschaft“, in dem eindeutig auf den Rahmencharakter der Vereinbarungen „Partnerschaft für den Frieden“ hingewiesen wird.

Dieser Umstand stellt sich für uns als wesentlich und prinzipiell wichtig dar, insbesondere unter Bedingungen, wenn die Europäische Gemeinschaft auch nicht die geringste Absicht demonstriert, ihre Position zu den Perspektiven der Entwicklung solcher Vereinigungen wie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) oder der Union Belarus und Russland zu bestimmen und es vorzieht, einen sorgfältig ausgewogenen und durchdachten Dialog mit jedem Land einzeln zu führen.

Da offensichtlich die Zeiten des Abschlusses spezifischer völkerrechtlicher Dokumente in der Art der Deklaration über die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG im Jahre 1988 unwiederbringlich der Vergangenheit angehören, können für die Russische Föderation im strategischen Sinne lediglich solche zwei- oder mehrseitigen Verträge annehmbar sein, die in der Tat und nicht in Worten einen gegenseitig vorteilhaften Interessenausgleich zwischen Russland und der EU als gleichberechtigte Partner schaffen (oder fixieren) und damit eine Basis für den Beitritt der RF in die EU in überschaubarer Zukunft schaffen würden.

9. Bei der Unterzeichnung der Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsländern andererseits hoffte die russische Seite, dass viele konkrete Probleme, vor allem das Problem der adäquaten Berücksichtigung der nationalen Interessen im Prozess der Erweiterung und Reformierung der EU im Rahmen der im Jahre 1999 gebilligten Strategie der Entwicklung der Beziehungen der Russischen Föderation mit der Europäischen Union entschieden werden. Dies ist jedoch in der Tat nicht geschehen. Deshalb hält es die KPRF bereits zu Beginn der gemeinsamen Arbeit für notwendig, sich über das Hauptsächliche zu verständigen, d. h. darüber, was jeder Teilnehmer am Projekt unter dem Begriff „Zusammenarbeit und Partnerschaft“ unter den gegenwärtigen Bedingungen, in der Periode zunehmender Globalisierung der Weltpolitik und Weltwirtschaft versteht, sowie welche Grundprinzipien und Elemente der gemeinsamen Politik der strategischen Partnerschaft und der strategischen Zusammenarbeit der EU und Russlands zugrunde liegen sollten.

Recht umfassend sind diese prinzipiellen Fragen im Artikel des stellvertretenden Direktors des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften A. J. Borko „Eintritt ins XXI. Jahrhundert – Szenarium der künftigen Beziehungen zwischen Russland und Europa“ abgehandelt. Er bewertet die „Partnerschaft als eine Anforderung für die Zukunft mit unbestimmten Chancen zu ihrer Realisierung“ und hält es für erforderlich sich über folgende Fragen klar zu werden:

- was bedeutet im wesentlichen Partnerschaft?
- welche Faktoren fördern und welche behindern die Gestaltung partnerschaftlicher Beziehungen zwischen der EU und Russland?
- welche Alternativen zur Partnerschaft sind möglich?

Unseres Erachtens gibt es zwei Grundpositionen für die Gestaltung von Beziehungen strategischer Partnerschaft und strategischer Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland: gesamteuropäische Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent und weitere Entwicklung der Prozesse der europäischen Integration, Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes in Europa.

10. Die politische Führung Russlands und die russische Diplomatie vermochten leider nicht, eine Harmonisierung der nationalen Interessen in diesen zwei Hauptspähren zu gewährleisten. Daher die ständigen Verwerfungen in die eine oder andere Richtung, das Hin- und Herschwanken unserer außenpolitischen Behörden zwischen der OSZE, der NATO und EU. Die innere Widersprüchlichkeit der praktischen Schritte dieser Organisationen, der offensichtliche Anflug eines „Nur-Reagierens“ in den europäischen Initiativen Russlands in den letzten Jahren.

Die Kommunisten Russlands hielten es immer für kontraproduktiv zu versuchen, künstlich die „schlechte“ NATO von der „guten“ EU zu trennen. Bei aller Eigenart dieser zwei internationalen Vereinigungen, der Spezifik der von ihnen zu erfüllenden Aufgaben und der zur Erreichung gestellter Ziele auszuwählender Wege sind die Zusammensetzung der europäischen Haupt-Mitgliedsländer, d.h. der „Kern“ beider Organisationen im wesentlichen die gleichen. Deshalb würde selbst der Gedanke, dass die politischen, ökonomischen und militärstrategischen Interessen jedes dieser Länder einander im Rahmen eines einheitlichen „nationalen Interesses“ nicht ergänzen, sondern sich widersprechen würden, bedeuten sich selbst zu betrügen und Leichtsinnigkeit im Herangehen an die wichtigsten Fragen der Gegenwart zuzulassen. Es ist bekannt, welche klägliche Ergebnisse der im Verlaufe der Kosovokrise von der russischen Diplomatie unternommene Versuch, die russisch - westeuropäischen Beziehungen als Gegengewicht zur amerikanischen geopolitischen Expansion auf dem Balkan zu „nuancieren“, gezeitigt hat.

11. Gleichzeitig wird für uns immer offensichtlicher, dass die Europäische Union heute ihre gemeinsame Politik in der Verteidigungs- und Sicherheitssphäre so gestaltet, dass sie die Sicherheit umfassender interpretiert als das System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der Nordatlantischen Allianz. Deshalb sind der Charakter und die Ausrichtung der sich herausbildenden militärpolitischen Dimensionen der EU den Bürgern Russlands keineswegs gleichgültig. Ebenso wenig gleichgültig sind für Russland auch Versuche der NATO-Führung, Europa ein NATO-zentristisches Sicherheitsmodell aufzuzwingen.

Wir legen uns nüchtern Rechenschaft darüber ab, dass in einer ganzen Reihe von Grundparametern viele gegenwärtigen Bestimmungen der Nordatlantikallianz mit lebenswichtigen Interessen der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation nicht übereinstimmen und in einer Reihe von Fällen ihnen direkt widersprechen. Die KPRF ist der Ansicht, dass die Notwendigkeit der weiteren Existenz einer militärpolitischen Komponente des NATO-Blocks lediglich den Interessen der Globalpolitik der USA entsprechen, die keinesfalls bestrebt sind, ihre militärische Präsenz in Europa, wie im übrigen in jeder anderen Region der Welt, zu reduzieren.

Vor allem unter diesem Gesichtspunkt betrachten die Kommunisten Russlands die Pläne und Handlungen der NATO zur Erweiterung dieses militärpolitischen Blocks in den Osten des Kontinents äußerst negativ. Wir halten die Unterzeichnung der „Grundakte über die gegenseitigen Beziehungen, die Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und der Organisation des Nordatlantikpaktes“ am 27. Mai 1997 in Paris durch die Jelzin-Administration als fehlerhaft. Dieses Dokument wurde faktisch zur Rechtsgrundlage für die Einbeziehung Russlands in die Kriegshandlungen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens.

12. Jetzt wird immer öfter der Begriff „funktionelle Partnerschaft“ in bezug auf allgemeine Aufgaben und die Zusammenarbeit im Kampf gegen internationalen Terrorismus, Drogenhandel, ungesetzliche Migration, Ausbreitung von AIDS angewandt. Eine solche Form der Kooperation und Arbeitsteilung in Fragen, die sich auf die gegenwärtigen, recht spezifischen Bedingungen der internationalen Situation nach den bekannten Ereignissen vom September vergangenen Jahres beziehen, können keinesfalls als Grundlage für eine langfristige, wahrhaft strategische Partnerschaft dienen. Sie können lediglich als eines seiner Bestandteile, und dabei bei weitem nicht als der wichtigste, betrachtet werden. Bereits heute sehen wir, dass die politischen Grundübel einer solchen „funktionellen Partnerschaft“ zu Lasten des „Juniorpartners“, d.h. Russlands gehen, und eine notwendige Kompensation für den seinen nationalen Interessen zugefügten Schaden hat unser Land vom „Seniorpartner“ (egal ob USA oder EU) bisher nicht erhalten.
13. In der Konzeption für die Außenpolitik der Russischen Föderation wird darauf hingewiesen, dass für Russland den Beziehungen mit der Europäischen Union Schlüsselbedeutung zukommt. Dabei sind wir nicht einverstanden damit, dass die Entwicklung dieser Beziehungen aus der Sicht der herrschenden Kreise Russlands nur in der Sphäre der regionalen Prioritäten des Landes liegt. Darin besteht unser konzeptioneller

Unterschied zur offiziellen Position, für die weiterhin der wesentliche, nicht endgültig überwundene „Amerika-Zentrismus“ aus der Zeit des Außenministers A. Kosyrew kennzeichnend ist. Wir teilen die Meinung vieler vernünftiger Politiker und Ökonomen in Russland und in europäischen Ländern der GUS, dass außerhalb des postsowjetischen Raums das vereinigte Europa in der überschaubaren Perspektive die Priorität Nummer eins bleibt. Und dies allein deshalb, weil in keiner anderen geographischen Richtung eine aktive gutnachbarschaftliche, auf eine gleiche Gegenreaktion treffende Politik, Russland größere wesentliche Vorteile bringen kann wie in Europa.

Auf die Dynamik der Entwicklung der Situation in Europa wirken wesentlich, wenn nicht sogar bestimmend, solche in der EG ablaufenden Prozesse wie Übergang zur einheitlichen Währung, Verwaltungsreform, Herausbildung einer gemeinsamen Außenpolitik und Politik der europäischen Sicherheit, Herausbildung einer eigenen Verteidigungsidendität. Alle diese Prozesse sind objektive Bestandteile der europäischen Entwicklung und Russland ist bestrebt, sie bei der Bestimmung des Weges zur Entwicklung bilateraler Beziehungen mit den EU-Mitgliedsländern zu berücksichtigen.

In der Konzeption wird dargelegt, dass die Russische Föderation in der EU einen ihrer wichtigsten politischen und ökonomischen Partner sieht und die Entwicklung einer intensiven, beständigen und langfristigen Zusammenarbeit ohne konjunkturelle Schwankungen anstrebt. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, ausgehend von dieser grundlegenden Position und im Hinblick auf das bewährte Prinzip der Westeuropäer „man bewegt sich auf einer Straße mit Verkehr in beiden Richtungen“.

In Verbindung damit sollte der Hauptzweck des bevorstehenden Forums unserer Meinung nach die gemeinsame Erforschung der integrierenden Faktoren sein, die Europa aus einem Kontinent der Kriege in einen Raum dauerhaften Friedens und der Stabilität, in ein Modell der fruchtbringenden ökonomischen Zusammenarbeit in allen Himmelsrichtungen („Nord-Süd“, West-Ost“), in eine Region, in der die Gesamtheit der Beziehungen auf unvoreingenommener Achtung sowohl der allgemein anerkannten Menschenrechte als auch der unveräußerlichen souveränen Rechte der Staaten, Völker und Nationen basiert.

14. Wir stimmen vielen Passagen des Berichtes von Heinz Timmermann aus dem Bundesinstitut für osteuropäische und internationale Forschungen zu, jedoch zu den Ausführungen unter Punkt 2 halten wir sein Bestreben, einen besonderen Akzent auf die Wichtigkeit der Rolle Russlands bei der Regulierung der regionalen Konflikte, insbesondere auf dem Balkan zu legen, für unbegründet. Wir haben absolut abweichende,

bisweilen diametral entgegengesetzte Standpunkte zu vielen westeuropäischen Politikern darüber, was sich vor kurzem im früheren Jugoslawien und darum herum abgespielt hat und weiter abspielt.

Die potentielle Festigkeit des Fundaments einer Partnerschaft zwischen der EU und Russland wird in bedeutendem Maße davon abhängen, wie Politiker sowohl im Westen als auch im Osten des Kontinents das Verhältnis von Vorteilen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Stärkung (oder andernfalls für die Schwächung) der geostrategischen und geoökonomischen Position des vereinigten Europa im Rahmen der globalisierten Weltwirtschaft richtig einschätzen. Ein positiver oder negativer Effekt der hier getroffenen Entscheidungen wird in entscheidendem Maße von der Strategie abhängen, der der Westen in den nächsten Jahren den Vorzug gibt.

15. Zu Zeiten der Sowjetunion haben Unternehmerkreise der westeuropäischen Länder das Vordringen auf den überaus umfangreichen Markt für Waren und Dienstleistungen auf dem Territorium der UdSSR bzw. seine Eroberung als selbständige, überaus wichtige strategische Aufgabe im Konkurrenzkampf mit den USA, Japan und anderen entwickelten Ländern angesehen.

In erheblichem Umfang kann man diese Aufgabe durch sie als gelöst betrachten. In der Tat, die europäischen Staaten und allen voran Deutschland, und keineswegs die Vereinigten Staaten wurden die bevorzugten Handelspartner für Russland. Ungefähr 40% des russischen Exports und Imports entfallen auf die EU-Staaten und nur 5% auf die USA. Allerdings wird die Aufrechterhaltung der Export-Import-Struktur, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat in den Außenwirtschaftsbeziehungen Russlands und der EU, immer unerträglicher und gefährlicher für die Sicherheit des Landes. Eine solche Lage führt dazu, die Wirtschaft Russlands zum Rohstofflieferanten von Westeuropa zu machen und unter diesen Bedingungen haben die westeuropäischen Sozialdemokraten in der nahen Zukunft kaum mit dem Aufbau eines sozial orientierten Staates bei uns zu rechnen.

16. Wir würden es als notwendig erachten, auf dem Arbeitswege einige Bemerkungen zu einzelnen Thesen der Ausarbeitung zu machen und im Zuge der konstruktiven Zusammenarbeit unsere Sicht auf einige Probleme darzulegen:

- Unserer Meinung nach sind die Europäer in der Tat durch das einseitige Agieren der gegenwärtigen Administration der USA zum Ausstieg aus dem Anti-Raketen-Vertrag belastet, das die gemeinsamen Anstrengungen aller an der Begrenzung des Rüstungswettlaufs interessierten Staaten sprengt.

Allerdings kann diese These keine Leitlinie des Programmes der Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU sein, solange die Konturen des durch die Führungen einiger Staaten vorgeschlagenen „europäischen Ant-Raketen-Systems“ nicht klar abgesteckt sind. Auf jeden Fall sind wir auf die tiefere Erörterung der vorliegenden Frage gegenwärtig nicht vorbereitet

- Die Autoren der Ausarbeitung sind von der „aktiven internationalen Tätigkeit von Präsident Putin“ beeindruckt. Wir können diese Meinung nicht teilen, da viele außenpolitische Schritte der Administration des Präsidenten nicht über politisches Spektakel hinausgehen und die Aktivität des Präsidenten und des Außenministers der Russischen Föderation durch die russische politische Opposition zeitweise nicht ohne Grund als „diplomatischer Tourismus“ eingeschätzt werden.
- Zum Problem der multipolaren Welt halten wir es für nützlich uns an die Einschätzungen und Schlußfolgerungen von Professor J. Dawydow, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Institutes USA und Kanada der Russischen Akademie der Wissenschaften, zu halten, die in der russischen Ausgabe der deutschen Zeitschrift „Internationale Politik“ (Nr. 6, 2000) veröffentlicht wurden. Darin werden nüchtern und insgesamt zutreffend die Gründe analysiert, weshalb der Versuch der Umsetzung des in der Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation enthaltenen Idee des multipolaren Systems der internationalen Beziehungen keinen spürbaren realen Erfolg bringt.

In Dawydows Artikel sind überaus interessante und richtige Beobachtungen angeführt. „Jeder neue Kreml-Chef hat gewöhnlich seine internationale Tätigkeit damit begonnen, die europäische Richtung im System der außenpolitischen Prioritäten als vorrangig zu erklären. Allerdings hat er sich sehr bald davon überzeugt, dass es in der internationalen Arena auch andere Anziehungspunkte gibt. Im Ergebnis dessen war Moskau nacheinander eingenommen von dem „historischen“ Wandel seiner Beziehungen mal mit den Vereinigten Staaten, mal mit den Staaten der dritten Welt, mal mit China... Und das „arme“ Europa musste jedes Mal auf die Rückkehr Russlands in seine wahre „historische europäische Wiege“ warten.

Und weiter: „Unter der Bedingung, dass die Führung nicht in Vorherrschaft übergeht, ist Westeuropa offensichtlich bereit zur einpolaren Welt, Russland dabei die Lösung dieses Problems selbst überlassend. Somit treibt Westeuropa Russland zur Intensivierung seiner Politik in der amerikanischen Richtung. Doch diese Veränderung

hat nur Zukunft, wenn Moskau aufhört seine internationalen Anstrengungen auf die abstrakten Ideen von multi - oder unipolarer Welt zu richten und sich auf die Sphären konzentriert, die gegenseitige Interessen darstellen können.“ Es scheint, dass der letzte Gedanke sowohl für die Beziehungen zu den USA als auch zur Europäischen Gemeinschaft gilt.

- Die Autoren des Projektes gehen vom „russischen Strategiedokument“ (offensichtlich, „Strategie der mittelfristigen Entwicklung der Beziehungen der Russischen Föderation mit der Europäischen Gemeinschaft“) aus.

Es wird dort vorgeschlagen in der Phase der Realisierung (d.h. bis 2010) „die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union auf vertraglicher Grundlage, ohne Beitritt oder Assoziierung der Russischen Föderation in bzw. an die EU, im Rahmen der gegenseitigen Unterstützung auf Gebieten gleicher Interessenlage (gemeinsame Anstrengungen auf gleichberechtigter Grundlage zur Schaffung eines effektiven Systems europäischer kollektiver Sicherheit, Formierung einer Freihandelszone EU-Russland und auch einer realen Grundlage gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit in Politik und Wirtschaft).

Weiterhin werden folgende Etappen der Partnerschaft vorgeschlagen:

- Organisation der europäischen Sicherheit durch die Europäer selbst ohne Isolierung von den USA und der NATO;
- Bestimmung des Verhältnisses Russlands zur „Verteidigungsidentität“ der EU und Aufbau von Kontakten zu dieser Struktur im Zusammenhang mit praktischer Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit;
- Entwicklung einer gesamteuropäischen Wirtschafts- und Rechts-Infrastruktur.

Dann kommt ein Komplex inhaltlich untereinander nicht verbundener Maßnahmen, sozusagen, die „Umrahmung der Hauptidee“ (gemeinsame Anstrengungen im Umweltschutz, auf den Gebieten der Wissenschaft, Kultur, Bildung und des Gesundheitswesens, der Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel und internationales Verbrechen), und ganz am Schluss – Konsultationen und wenn möglich Abstimmung der Positionen in internationalen Organisationen.

Wir sind der Meinung, dass im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit bei der Entwicklung der gegenseitigen Partnerschaft konkrete Pläne und konkrete Maßnahmen zur schrittweisen Umgestaltung der russischen Wirtschaft zu einem organischen Bestandteil

des gesamteuropäischen Wirtschaftsraumes stehen muss. Als erste Etappe – die Beratung von Wegen und Maßnahmen, die die Schaffung einer Freihandelszone befördern. Ohne günstige Entwicklung des Geschehens gerade in der Richtung der ökonomischen Zusammenarbeit werden die Barrieren, die heute Russland von der EU trennen, nicht beseitigt, sondern im Gegenteil anwachsen.

- Der angeführte Initiativbericht von Ooslander (Bericht des außenpolitischen Komitees des Europäischen Parlaments vom 3. Oktober 2000) verdient gesonderte und sorgfältige Analyse.

So heißt es darin, die „EU-Politik gegenüber Russland sollte weit über ledigliche Wirtschafts- und Technologiekooperation hinausgehen. Russland, die EU und die NATO sollten versuchen, ihre Politik in Bezug auf die gemeinsamen Herausforderungen von Sicherheit und Frieden zu konvergieren“. Weiter werden eine Anzahl konkreter Maßnahmen vorgeschlagen („die russischen Vorschläge hinsichtlich der Anti-Raketen-Problematik ernsthaft in Erwägung zu ziehen“, „gemeinsames Interesse am Kampf gegen internationalen Terrorismus und militanten Islamismus im Kaukasus und in Zentralasien“, „für den Kaukasus ist eine Southern Dimension Policy zu entwerfen, die die Interessen Russlands und aller anderen Staaten der Region berücksichtigt“).

Es sind in dem Bericht unserer Meinung nach wichtige und zutreffende Empfehlungen enthalten (z.B. „die EU sollte eine Kooperation im Rahmen der GUS nicht ablehnen, sondern fördern“), Feststellungen („Sanktionen gegen Russland haben sich faktisch als wirkungslos erwiesen und wurden eingestellt“), politische Schlußfolgerungen („Verschieben der Ratifizierung der neuen Vereinbarung mit Russland zu Fragen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit auf einen späteren Zeitpunkt würde nur zur Erweiterung des Zusammenwirkens Russlands und der USA auf diesem Gebiet und brächte der EU Nachteile“).

- Wir betrachten es als nicht zeitgemäß und unbegründet, in dem Bericht auf das Problem des Kaliningrader Gebiets hinzuweisen unter dem Blickwinkel „seiner besonderen Rolle, die zwischen Russland einerseits und der EU und Deutschland andererseits Spannungen schafft“. Eine solche Fragestellung erscheint uns aufgesetzt und absolut unannehmbar.

Die Versuche, viele in der EU existierende Probleme (Ausbreitung von organisiertem Verbrechen, Drogenkriminalität, Migration, Infektionskrankheiten (?), Umweltpro-

bleme und mögliche Naturkatastrophen vom Osten des Kontinents her) mit der Existenz der Exklave Kaliningrad in Verbindung zu bringen, ist eindeutig an den Haaren herbeigezogen.

Kaliningrad sollte als potenzielle Brücke, die Russland und die EU verbindet, und nicht als Quelle neuen Streits zwischen dem Westen und dem Osten Europas angesehen werden. Deshalb betrachten wir Hinweise auf irgendwelche „ernst zu nehmende Materialien“ zu diesem Thema die „eins nach dem anderen auf den Seiten der kompetenten „Nesawisimaja gaseta“ erschienen sind“ und in denen Gerüchte verbreitet werden über die Idee „dem Kaliningrader Gebiet zukünftig Autonomie zuzugestehen“ und „die Wandlung dieser Region in ein fast völlig eigenständiges Subjekt der internationalen Beziehungen“ konstatiert wird, als Versuche, vollständig mit der Schlussakte der OSZE von Helsinki zu brechen und die Realitäten in Europa, im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vollständig zu revidieren.

Derartige Versuche sind für die KPRF in keiner Weise annehmbar und werden von ihr entschieden abgelehnt. Wir sind der Meinung, dass es nur um die Ausarbeitung irgendeiner für alle Seiten annehmbaren Formel, die die geografischen Realitäten widerspiegelt und die die Möglichkeit von „Integrationsprozessen unterschiedlicher Geschwindigkeit“ gestattet zwischen der Russischen Föderation und ihren einzelnen Regionen mit der EU und ihren Mitgliedsländern, gehen kann.

- Bei der Betrachtung möglicher Abläufe beim Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen der EU mit Belarus und der Ukraine sollten die Autoren des Berichts unseres Erachtens den innenpolitischen Besonderheiten in diesen Ländern weniger Aufmerksamkeit schenken. Das sind keine bestimmenden Faktoren der großen europäischen Politik, sondern vielmehr ein ausreichend schwerwiegendes Element der Meinungsbildung in der westeuropäischen Gesellschaft, das wesentlich unter dem Einfluss in dieser Richtung engagierter Massenmedien entstanden ist.

Die grundlegende Veränderung der innenpolitischen Situation in der Republik Moldova nach der Wahl des Führers der moldauischen Kommunisten W. Woronin zum Präsidenten dieses Landes hat die Bedeutung und die Perspektiven der Entwicklung des europäischen Faktors in der moldauischen Außenpolitik überhaupt nicht in Frage gestellt.

Die Wiederwahl zum Präsidenten der Republik Belarus von A.Lukaschenko und seine Bündnispolitik im Verhältnis zu Russland sollten ebenso in den Strukturen der EU

nicht als Umstände, die die Vertiefung der Integrationsprozesse in Europa behindern, betrachtet werden.

- Die KPRF sieht sich nicht in der Lage, die Passagen des Berichtes, die die Analyse der innenpolitischen Lage in der Ukraine unter dem Blickwinkel der Perspektiven der Entwicklung der Integrationsprozesse in Europa betreffen, zu kommentieren. Das ist das Vorrecht unserer ukrainischen Kollegen im Projekt.

Jedoch scheint uns, dass im Bericht zu viel Platz nicht auf die Erforschung der objektiven Faktoren des russisch-ukrainischen Verhältnisses, sondern auf die Bewertung einiger nicht immer ausschlaggebender Umstände subjektiver Natur verwendet wurde. Deshalb hätte man einige solcher Sachverhalte im Bericht nur nennen sollen, ohne sich in Details zu begeben.

- Das Verhältnis der KPRF zur sogenannten Southern Dimension Policy der EU können wir aufgrund einer Reihe Umstände vorerst nicht bestimmen.

Wenn es um das völlig verständliche Bestreben einiger führender EU-Länder, vor allem Deutschlands und Frankreichs, geht, eine eigenständige Rolle bei der Lösung eines Komplexes politischer, ökonomischer und anderer Probleme der Kaukasus Region und des Gebietes um das Kaspische Meer zu spielen, so ist das eine Betrachtungsweise. Sie betrifft übrigens in diesem Fall auch die Interessen der Staaten in Mittelasien und führt infolge einer Kette von offensichtlichen gegenseitigen Abhängigkeiten zu Problemen der globalen Ebene, die den Rahmen des vorliegenden Berichtes sprengen. Wenn es aber um den Beitrag der Europäer zum Kampf Russlands und anderer Länder der Region gegen den Terrorismus und das organisierte Verbrechen geht, ihr Bestreben bei der Beilegung und Vermeidung von bewaffneten Konflikten, so ist das eine völlig andere Frage.

Unserer Meinung nach ist es kaum zulässig, die oben genannten Probleme miteinander zu vermischen und lässt Zweifel am Erfolg der betrachteten Initiative zu. Diese Fragen könnten unsere europäischen Kollegen im Rahmen eines anderen Berichtes behandeln. Andernfalls ist es sehr wahrscheinlich, dass die bekannten Unterschiede der russischen und der westeuropäischen Politiker in der Einschätzung dessen, was in der Republik Tschetschenien und um sie herum vor sich geht, aus Diskussionen im Rahmen des Europäischen Parlaments und des Europarates in die Arbeit des geplanten Forums einfließt und können es bereits in der Anfangsphase blockieren.

- Was die Darstellung einer Reihe internationaler Strukturen betrifft, die in den letzten zehn Jahren im sogenannten post-sowjetischen Raum geschaffen wurden, hat die KPRF keine Prinzipiellen Bemerkungen dazu, obwohl unsere Sicht auf die Perspektiven der Entwicklung der GUS sich vom Standpunkt unserer Kollegen im Westen etwas unterscheidet. Unsere Position zu dieser Frage wurde mehrfach in den Zeitungen „Prawda“ und „Sowjetskaja Rossija“ dargestellt.

Analytisches Zentrum des ZK der KPRF

Anlage: Information über die GUS (07.02.2002)

1. 10 Jahre GUS – eine Kurzbiographie.

Im Unterschied zur EU wurde die GUS nicht als Folge gemeinsamer Interessen der herrschenden Eliten an integrativen Prozessen geschaffen. Eine realistische Bewertung ihrer 10-jährigen Geschichte und des gegenwärtigen Zustands muß immer davon ausgehen, dass die GUS nach dem Zerfall einer hochintegrierten Struktur entstand. Bis heute wirkt sich aus, dass das Gründungsziel der GUS die einigermaßen geordnete Auflösung der Sowjetunion, eine „zivilisierte Scheidung“ und nicht die Schaffung von Integrationsmechanismen war. Maßgeblich dazu beigetragen zu haben, dass es zu keiner „Jugoslawisierung“ der Desintegration kam, ist das bisher wohl wichtigste Verdienst der GUS. Im Westen wird dies kaum zur Kenntnis genommen. Zentrifugale Interessen prägten sich aus. Dabei wurde von den politischen Eliten der objektiv gegebene Nachvollzug nationalstaatlicher Entwicklung maßgeblich für die Durchsetzung eigener Machtinteressen instrumentalisiert. Nationalistische Ressentiments wurden bewußt geschürt, chauvinistische Ausfälle nicht nur geduldet, sondern genutzt. Die Führungskräfte in Politik und Wirtschaft häuften dabei in kurzer Zeit große materielle Reichtümer und Machtprivilegien an, in deren Absicherung sie fortan ihre Prioritäten sahen.

Diese teilweise sehr unterschiedliche, gar konträre Interessenlage fand ungenügende Berücksichtigung als ab 1993 durch die Jelzin-Administration begonnen wurde, die GUS als Organ der Zusammenarbeit auszubauen, am 22.01.93 wurde das auch heute noch gültige Statut beschlossen. Dieser Grundsatzvertrag, der eine Entwicklung von einer Freihandelszone bis zur politischen Einheit bewirken sollte, erwies sich als nicht real. Aber im Grunde erst seit dieser Zeit kann von Mechanismen für die Zusammenarbeit gesprochen werden, die zumindest in Teilbereichen eine Neuintegration zu Wege bringen sollten. In unmittelbarer Folge wurden als hauptsächliche Instrumente ein Vertrag über kollektive Sicherheit, ein Abkommen über den gemeinsamen Schutz der Außengrenze, ein Wirtschaftskomitee, ein Abkommen zum Zahlungsverkehr abgeschlossen. Georgien und Aserbaidshan traten der GUS bei. Moldowa gab seine Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft auf. Leonid Kutschma setzte sich in den ukrainischen Präsidentenwahlen 1994 gegen seinen Haupttrivalen Krawtschuk deshalb durch, weil er dessen harten Kurs der Abgrenzung gegenüber Rußland und der GUS scharf kritisiert hatte.

Allein auf der Tagung der Regierungschefs im April 1994 wurden über 25 Abkommen zu Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unterzeichnet, darunter zur Zahlungsunion, zur Zusammenarbeit im Zollwesen, zum Arbeitskräfteaustausch und zu sozialen Problemen. Auf der Tagung der Staatsoberhäupter im Herbst 1994 erfolgte die Gründung eines Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitees mit exekutiven Vollmachten. Seine Hauptaufgabe sollte die Sicherung einheitlicher Regelungen auf den Gebieten der Zoll- und Antimonopolgesetzgebung, der Standardisierung, der Energieversorgung, des Transport- und Fernmeldewesens sein. Es wurde das Prinzip der Mehrheitsentscheidung festgelegt. Erstmals seit dem Zerfall der Sowjetunion war ein übernationales Wirtschaftsorgan mit formal weitreichenden Kompetenzen geschaffen worden.

Insgesamt bestehen gegenwärtig über 50 gemeinsame Organe und Institutionen der GUS.

Zu den wichtigsten zählen: Die Räte der Staats- und Regierungschefs, das Exekutivsekretariat, die Räte der Außen- und Verteidigungsminister, der Sicherheitsrat, das Wirtschaftskomitee und das Koordinierungskomitee. Des Weiteren gibt es zahlreiche Kommissionen, so für Menschenrechte sowie gemeinsame Institutionen, wie Verrechnungsbank, Handelsgericht, Statistisches Komitee. Über 1300 Verträge wurden abgeschlossen.

Es existiert eigentlich eine ausreichende Zahl von Instrumentarien. Tatsächlich ist die Zusammenarbeit aber wenig effektiv. Der Gründe dafür gibt es viele. Sie reichen von politischem Unwillen, gegenläufigen Interessen, Mißtrauen gegenüber Rußland, zumal unter einem unberechenbaren, kranken Jelzin, bis zur Ineffizienz der Mechanismen und Instrumente.

Die meisten Organe haben geringe Kompetenzen und arbeiten sehr sporadisch. Es entsteht manchmal der Eindruck, als würden Instrumente und Arbeitsweisen aus RGW oder Warschauer Vertragsorganisation übernommen. Wie früher gibt es eine Fülle faktisch folgenloser Beratungen. Der Apparat ist aufgebläht (etwa 2500 Personalstellen) und schwerfällig. Viele Aufgabenbereiche überschneiden sich, Doppellungen und widersprüchliche Entscheidungsvorschläge sind die Folge. Niemand ist in der Lage, das Gewirr der vielen Verträge und Entschlüsse in die Tat umzusetzen. Außerdem tragen die meisten von ihnen ohnehin mehr deklarativen Charakter. Kontrollmechanismen gibt es kaum oder funktionieren wenig wirkungsvoll. Die Beziehungen zwischen den GUS-Staaten wurden mehr und mehr bilateral abgewickelt. Ein von Rußland initiiertes Vorstoß, die Wirtschaftsintegration voran zu bringen, scheiterte auf der Konferenz der GUS-Staatsoberhäupter am 28. März 1997. Der Versuch, dabei die Dominanz russischer Interessen durchsetzen zu wollen – und dass bei dramatischem Verfall Russlands – brachte die Organisation 1997/98 an den Abgrund. Die

regionalen Eliten sahen sich verstärkt veranlasst, ihre Interessen außerhalb der GUS zu realisieren, was sich mit Bestrebungen (geostrategische, Zugang zu Energieträgern) von Außenkräften traf, die in den postsowjetischen Raum drängten. Einige Staatschefs von GUS-Ländern waren bestrebt, mit NATO und EU Sonderbeziehungen zu realisieren. Das zeigen solche Projekte wie TRACECA und INOGATE, die an Russland vorbei strategische Ressourcen und neuralgische Transportwege durch den Kaukasus betreffen. Die NATO wurde zu militärischen Übungen eingeladen. Das Russland unter Jelzin verlor mehr und mehr die Mittel, um sich dem entgegenzustellen. Hinzu kam, dass der Nutzen aus der Zusammenarbeit im Rahmen der GUS sehr dürftig blieb. Ausgeprägt blieb das Mißtrauen gegenüber Moskau, das aus tief verwurzelten historischen Erfahrungen, der Missachtung nationaler Belange und von Verbrechen gegenüber Minderheiten unter dem Zarismus und unter Stalin, den gravierenden Fehlern und Versäumnissen in der Nationalitätenpolitik nach ihm, auch unter Gorbatschow, sowie aus der zerstörerischen Politik des Jelzin-Regimes, der Unberechenbarkeit und machiavellischen Machtpolitik Jelzin gespeist wurde. Die GUS war dem Kollaps nahe. Die Regierung Primakow stellte sich gegen diese Entwicklung. Unter seiner Leitung wurde im Herbst 1998 die Arbeit an einer Reform der GUS , an der Effektivierung ihrer Mechanismen begonnen.

2. Sonderbündnisse in der GUS

Verstärkt haben sich innerhalb der GUS *Sonderbündnisse* bzw. *-verbindungen* gebildet:

- Die *Staatsunion* zwischen *Russland* und *Belarus* ist völkerrechtlich ein Novum, ein Experiment von beträchtlicher Auswirkung. Trotz aller Probleme, die bei einem solchen Vorhaben zwangsläufig und aus subjektiven Gründen auftreten, entwickelt sich die Union. Sie basiert auf grundlegenden Interessen beider Seiten. Zweifelsohne ist das in erster Linie das gemeinsame Sicherheitsinteresse. NATO- und EU-Osterweiterung haben das noch vertieft. Für Russland bedeutet der Schulterschluss mit Belarus wichtige Vorteile in militärstrategischer Hinsicht. Die NATO steht an diesem sensiblen Abschnitt, der für Russland gegen Invasionen aus dem Westen immer von großer Bedeutung war, nicht direkt an der russischen Grenze. Effektiveres Frühwarnsystem und Luftabwehr, Unterstützung durch eine intakte, kampfstärke bjelorussische Armee, gewisse Neutralisierung der Gefahren aus baltischer Richtung, sollte die NATO sich hier festgesetzt haben, sind einige wesentliche Faktoren. Gemeinsam mit Belarus ist es

einfacher, die komplizierte Kaliningrad-Frage im Griff zu behalten. Russland ist auf die Transitwege durch Belarus nach Westeuropa angewiesen. Für Belarus bedeutet die Union mit Russland vor allem Schutz gegen den harten Dauerdruck seitens der USA, der NATO, der OSZE und mit gewissen Abstrichen auch der EU. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes unter dem Motto der Verletzung von Menschenrechten und demokratischer Werte ist beispiellos. Besonders taten sich die amerikanische Botschaft(1997 wurde der Botschafter des Landes verwiesen) sowie die vom ehemaligen BND-Chef Wieck geleitete OSZE-Vertretung in Minsk hervor. Wieck, der inzwischen abgelöst wurde, hatte vor den Präsidentenwahlen im September 2001 die Kontakte zu den Behörden eingestellt und nur noch mit Vertretern der Opposition Verbindungen unterhalten, diesen auch finanzielle Unterstützung gewährt. Soros wurde 1997 ausgewiesen, weil er versucht hatte, mit drei Mio. \$ oppositionelle Gruppen zu unterstützen (das Geld wurde konfisziert und für Jugendprojekte eingesetzt). Insgesamt 5000 katholische Missionare, die unter der litauisch-polnischen Minderheit vor allem gegen die Union mit Russland agierten, wurden ausgewiesen. Die Union mit Russland ist ein sicherer Schutz gegen politische Abenteurer. Die Union mit Russland hilft Belarus, mit den Belastungen aus NATO- und EU-Osterweiterung sowie der Blockade durch den Westen besser fertig zu werden und eine eigenständige Entwicklung zu gewährleisten. Sie wirkt stabilisierend. Belarus hat ebenso wie Russland ein starkes Interesse an wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Kooperation und dem Absatz von Erzeugnissen der Schwer- und Konsumgüterindustrie sowie der Landwirtschaft im Partnerland. Für Belarus sind die russischen Erdöl- und Erdgaslieferungen lebenswichtig. Belarus könnte die komplizierten Wirtschaftsprobleme ohne Russland nicht lösen (Verschleiß und Überalterung der Grundfonds und der Grundausrüstungen bis zu 80%; die Lager sind mit nicht abgesetzten Waren überfüllt, was nicht zuletzt auch auf die geringe Kaufkraft der Bevölkerung zurückzuführen ist; die angespannte Finanzlage; zu geringe Investitionen in der Produktionssphäre, auch ausländische Investitionen fließen zumeist in die Dienstleistungssphäre; geringe Rentabilität der Produktion; Rückstände in der Hochtechnologie). 60% der belorussischen Produktion geht auf den russischen Markt. Der Warenaustausch zwischen beiden Ländern ist auf 9 Mrd US\$ gestiegen, die belorussischen Waren sind für russische Bürger mit geringerem Einkommen von großer Attraktivität. Die Union ist auch für die gegenwärtig recht komplizierten Beziehungen mit Polen und den baltischen Ländern von beträchtlichem Gewicht. Zu den spürbaren Ergebnissen gehören:

- Die „bürokratische“ Integration wurde systematisch auf allen Ebenen vollzogen,

- Man behandelt sich nicht als Ausländer,
- Belarus hat die Ukraine vom 2. Platz im Warenaustausch verdrängt. In der Industriekooperation sind positive Entwicklungen festzustellen.

Problematisch wirken sich die beträchtlichen Unterschiede in den Eigentumsformen im Wirtschaftssektor aus, die in Belarus in Größenordnungen (noch) unter Staatskontrolle sind. Lukaschenko kann berechtigt darauf hinweisen, dass die Verhinderung einer wilden und chaotischen Privatisierung à la Gaidar und Tschubais trotz fehlender Naturreichtümer und -ressourcen eine gewisse stabile Wirtschaftsentwicklung ohne soziale Turbulenzen wie in Russland möglich machte. Die bisherigen Verhältnisse im Wirtschaften stoßen aber nun an ihre Grenzen. Rigorose Umbrüche wird es aber auch in Zukunft nicht geben, was bei kapitalschweren russischen Unternehmern und Oligarchen Frust auslöst, weil man nicht ungebremst in Belarus agieren, z.B. Eigentum erwerben kann. Sehr viel wird vom weiteren Vorgehen der russischen Führung auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet abhängen, wichtige Entscheidungen reifen heran. Die gegenwärtig erarbeiteten Verfassungsvorschläge dürften vernünftige Kompromisse und Grundlage für eine stabile Entwicklung der Union sein, auch bei evtl. Krisenerscheinungen.

- Im Oktober 2000 haben die Präsidenten von Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisitan und Tadshikistan (diese GUS-Staaten waren schon zuvor in einer Zollunion zusammengeschlossen) einen Vertrag über die Gründung einer Euro-Asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG) abgeschlossen, die auch als Kern-GUS bezeichnet wird. Sie stellt gegenwärtig die einzige lebensfähige multilaterale Struktur im Rahmen der GUS dar. Hier liegen die Dinge gar so, dass die geschaffenen organisatorischen Rahmen hinter den Interessen der Beteiligten zurückbleiben. Aber auch bei der EAWS ist Euphorie fehl am Platz. Belarus hat in der Gemeinschaft zu 95% Interesse an der Vertiefung der Zusammenarbeit mit Russland, für dessen Realisierung eine multilaterale Vereinigung eigentlich gar nicht nötig wäre. Kasachstan ist vor allem daran interessiert, Erdöl und Erdgas wie bisher in Größenordnungen über den Nordweg, also über Russland zur internationalen Vermarktung zu bringen. Die Schaffung südlicher Transportkorridore, über die nachgedacht wird, braucht viel Zeit und Geld. In Kasachstan hat man in Rechnung zu stellen, dass immer noch 4-5 Mio. Bürger russischer Nationalität in der Republik verblieben sind. Das starke Engagement von Unternehmen aus China, Japan und Indonesien ist auszubalancieren. Die Beziehungen mit Usbekistan sind äußerst gespannt, der usbekische Präsident Karimow sucht die gegenwärtigen beträchtlichen

innenpolitischen Probleme des kasachischen Präsidenten Nasarbajew zur Untermauerung des regionalen Führungsanspruchs auszunutzen. Von Süden wird Kasachstan von terroristischen Kräften bedroht. Der euro-asiatische Aspekt begleitet von Anbeginn die Politik Nasarbajew in starkem Maße. All diese Faktoren begründen das nachhaltige Interesse Nasarbajews an guten Beziehungen mit Russland und an der Stärkung der EAWS. Für Kirgistan und Tadschikistan sind die Beziehungen mit Rußland und die Möglichkeit, sich an eine relativ stabile und starke Gemeinschaft anlehnen zu können, von existenzieller Bedeutung. Daran wird sich auch im überschaubarem Zeitraum nichts ändern. Nur mit Rußland und Kasachstan sind die Energie- und Wasserprobleme zu lösen, zumal Usbekistan wiederholt durch Gas- und Wasserabschaltungen bedrohliche Situationen heraufbeschworen hatte. Die USA, die an den beiden Gebirgsrepubliken kein wirtschaftliches Interesse haben, sind keine Alternative. Russlands Interesse an der EAWS ist widersprüchlich. Es hat zur Kenntnis zu nehmen, dass auf große Teile der gewaltigen Energie- und Rohstoffressourcen Kasachstans transnationale Konzerne längst ihre Hand gelegt haben und in der Jelzin-Zeit viele Möglichkeiten vertan wurden. Aber im Norden des südlichen Nachbarn schlummern noch große Reserven und man ist hier wesentlich aktiver geworden. Von strategischer Bedeutung für Russland sind auch die 30-40 Mrd. qm Gas, die aus Turkmenistan über Kasachstan in die russischen Gasleitungssysteme gepumpt werden. Und schließlich bleibt der Kosmodrom Baikonur für Russland unverzichtbar. Wirtschaftsminister Gref hat Kirgistan und Tadschikistan als „schwarzes Loch“ für Russland bezeichnet, was aus rein volkswirtschaftlich/rechnerischer Sicht in gewissem Maße zutreffen mag, aber nicht die gesamte Interessenlage erfasst. Problematisch ist eher das sehr drastische Entwicklungsgefälle, das maßgeblich Drogenhandel und Migrationsprobleme befördert. Dies im sozial-ökonomischen Kern zu verändern, macht gigantische Mittel und Anstrengungen erforderlich, die gegenwärtig und sicher noch für lange Zeit weder von Russland, noch der EAWS aufgebracht werden können. Die Mittel reichen trotz der spürbaren wirtschaftlichen Stabilisierung in Russland nicht einmal, um die Grenze undurchlässiger zu machen. Gemessen am Streben in die WTO, den Beziehungen mit der EU, oder mit der Ukraine ist das Interesse Russlands an der EAWS zumindest stark zu relativieren. Neben dem nun schon seit Jahren sich vollziehenden Ausbaus der Zusammenarbeit mit Belarus, entwickeln sich die Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine seit dem Frühjahr 2001 in raschem Tempo. Die Anstrengungen in diese Richtung haben natürlich Priorität. Als nachträglich

wirkt sich aus, dass die EAWS keine zentrale tragende Idee hat, um die herum sich ein dynamische, auf lange Zeit bemessene Aufwärtsentwicklung festmachen könnte.

- *Struktur über kollektive Sicherheit und gemeinsame Luftverteidigung* (auch als Taschkenter Vertrag bezeichnet). Ihr gehören gegenwärtig Russland, Kasachstan, Belarus, Tadschikistan, Kirgistan und Armenien an. Dieser Sicherheitspakt erwies sich als wenig effektiv, um als Klammer zu wirken. In Ihm verblieben vor allem jene, die aus der Vergangenheit keine eigenen, in sich geschlossene Militärstrukturen (Militärbezirke) übernehmen und auch nicht aufbauen konnten, Russland natürlich ausgenommen. Das Russland unter Jelzin die Militärführung an sich riss, war ein Fehler, zumal für jedermann sichtbar wurde, dass die nötigen Aufwendungen fehlten und die Streitkräfte mehr und mehr verfielen. Russland war faktisch nicht im Stande, Militärschirm zu sein. Trotz aller Bemühungen der neuen Führung wird sich daran in absehbarer Zeit nicht viel ändern lassen. Fakt bleibt nun einmal, dass Russland gegenwärtig nur einen Bruchteil der Militärausgaben der USA ausgibt, ausgeben kann, in einigen GUS-Staaten die Offiziere nicht in Russland, sondern in NATO-Staaten ausgebildet werden. Förderlich für die Zusammenarbeit ist jedoch die fortbestehende gegenseitige Abhängigkeit bei militärischen Ausrüstungen, Kooperationsbeziehungen wirken fort (selbst Russland kann nur zu etwa 17% Militärtechnik alleine herstellen), zumal westliche Waffen und ihre Installierung in der Regel zu kostspielig sind. Zusammenarbeitsinteresse besteht bei der Luftraumverteidigung und der sehr kostspieligen Ausbildung von Militärpiloten fort.
- Der *GUUAM* gehören Georgien, die Ukraine, Usbekistan, Aserbaidshan und Moldova (die neue Führung hatte nach dem Wahlsieg der Kommunisten jedoch Austrittsabsichten erklärt) an. Diese Organisation wurde faktisch als Gegengewicht gegen die GUS und gegen Russland gegründet. In GUS-Kreisen geht man davon aus, dass dahinter vor allem die USA steckten. Vorläufer war die "Union der Drei" (Georgien, Ukraine, Aserbaidshan), die im Herbst 1996 Gestalt annahm. 1997 trat Moldowa bei, die Vereinigung nannte sich fortan GUUM. Diese wurde durch eine Reihe von Verträgen ausgebaut, die Bereiche der Öl- und Gasindustrie, die Schaffung gemeinsamer Transportwege wie auch militärische Kooperation beinhalteten. Usbekistan, das bereits früh auf Distanz zu den russischen Integrationsbemühungen gegangen war bei gleichzeitiger Intensivierung der Westorientierung, schloß sich am 24.4.1999 der GUAM an, die sich seit dem GUUAM nennt. Auf dem Gipfeltreffen der GUUAM am 5. und 6. Juni 2000 in Jalta wurde auf Initiative der ukrainischen Delegation eine Formalisierung

und Erweiterung der Arbeit der GUUAM festgelegt, obwohl bislang besonders die Ukraine und Moldova immer den informellen Charakter des Bündnisses betont hatten. Die Initiative hat bei den Teilnehmern keinen Enthusiasmus ausgelöst. Neben Treffen der Staatschefs am Rande internationaler Tagungen sollen nun auch Treffen der Ministerpräsidenten und von Fachministern (Wirtschaft/MfAA/Verteidigung) stattfinden. Der Gründerelan versiegt aber. Die tragende Idee der GUUAM war ursprünglich der Aufbau eines Energie-Transport-Korridors „Ost-West“, wobei die Realisierung des EU-Projekts TRACECA, bekannter unter der Bezeichnung „Große Seidenstraße“, eine zentrale Rolle spielen sollte. Mit der Realisierung des russischen Pipeline-Projektes KTK, den Plänen zur Verwirklichung des Projektes Baku-Ceyhan und Kasachstan-Iran macht die 1997 geplante Energie-Transport-Achse für den östlichen Teil der GUUAM, also für die Ukraine und Moldova keinen wirtschaftlichen Sinn mehr. Der Transport mit Hilfe einer Pipeline durch das Schwarze Meer oder mit Tankern rechnet sich nicht. Überlegungen, ihn lediglich aus politischen Gründen oder zur Gewährleistung der Energiebilanz der Ukraine und Moldovas zu realisieren, findet keine ernsthaften Sponsoren. Mehr noch, Russland kann bei dem sich entwickelnden Energiedialog mit der EU seine Lieferungen für den europäischen Markt auch ohne neue Pipelines durch die Ukraine und Moldova erhöhen. Ausgehend davon entsteht bei dem ursprünglichen wirtschaftlichen Sponsor der GUUAM Interesse an einer Modifizierung der bestehenden russischen Trassen, oder am Bau neuer, die aber auch an Russland orientiert sind. In diesem Zusammenhang läuft eine allmähliche Revision (auf der Ebene von Experten, in inoffiziellen Konsultationen) der Ziele und Entwicklungsrichtungen solcher Projekte wie TRACECA und INOGATE. In diese Richtung ging auch der Gipfel Russland-EU im Herbst 2001. Die Lage ist für die GUUAM komplizierter geworden. Der langsame Niedergang ist auch nicht durch die Institutionalisierung dieses Blockes aufzuhalten. Der georgische Präsident war vor dem Gipfeltreffen der GUUAM am 5. und 6. Juni 2001 bestrebt, optimistische Töne über die Sinnhaftigkeit der Energie-Komponente der GUUAM zu verbreiten und erklärte, dass Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Allianz werden könnten. Obwohl sicher nicht beabsichtigt, hat dieser Vorstoß paradoxerweise für die russische Seite Vorteile gebracht. Erdöl kann nach Rumänien und Bulgarien wirtschaftlich und problemlos durch eine Verlängerung der bereits gebauten und aufgefüllten KTK, oder mit Tankern aus Noworossisk direkt in rumänische und bulgarische Häfen transportiert werden, auch in ukrainische, wenn eine solche Notwendigkeit entsteht. Dabei kann die EU eine positive Rolle spielen, da sie objektiv an

der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der beiden besonders problembeladenen Beitrittskandidaten interessiert ist. Die Pläne von Scherwardnadse können Teil des Energiedialogs Russland-EU werden.

- Die russische Führung misst der Ausgestaltung des „Schanghaier Forums“ allergrößte Bedeutung bei. Mit dem Treffen Mitte Juni 2001, kurz vor Putins Zusammentreffen mit Bush war man sehr zufrieden. Usbekistan wurde Vollmitglied. Indien ist als Beobachter sehr aktiv geworden. Die Bestrebungen Pakistans, Mitglied zu werden, fanden kein positives Echo. Die Kooperation mit China in der Organisation hat sich gut entwickelt. China hat seine Aktivitäten in ihr sehr verstärkt, was auch auf dem Gipeltreffen im Januar 2002 zum Ausdruck kam. Es diente einer gründlichen Erörterung der Entwicklung nach dem Terroranschlag gegen die USA und der entsprechenden Abstimmung. Die ursprünglich von den GUS-Ländern Russland, Kasachstan, Tadshikistan und Kirgistan zur Regelung von Grenzfragen initiierte Gruppe hat sich über den Rahmen der GUS hinaus zu einer starken Regionalorganisation entwickelt., die nicht nur dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus dient. Ihr wird eine gute Perspektive zugetraut.
- Die Zentralasiatische Wirtschaftsunion (Kasachstan, Kyrgistan, Tadshikistan, Usbekistan) und die Kislowodsker Gruppe (Russland, Armenien, Georgien, Aserbaidshan) stehen mehr oder weniger nur auf dem Papier.

3. Prozesse und Erfahrungen, die verstärkte Zusammenarbeit möglich machen können

Seit geraumer Zeit sind Entwicklungen im Gange, die in Richtung verstärkter Zusammenarbeit von GUS-Staaten weisen. Sie widerspiegeln tiefgreifende Prozesse:

- Es mußte die oft bittere Erfahrung gemacht werden, daß die mit dem Zerfall der Sowjetunion erworbene Unabhängigkeit, die Möglichkeit, eigene Wege zu gehen nicht zwangsläufig zu mehr Wohlstand und Entwicklung geführt haben. Zweifelsohne wurden viele internationale Verbindungen geknüpft und teilweise sehr weitreichende und umfangreiche Projekte in Angriff genommen, entstanden neue Tatsachen in der Wechselwirkung der ehemaligen Unionsrepubliken mit der Außenwelt außerhalb des postsowjetischen Raumes. Zugleich mehrten sich seit Mitte der neunziger Jahre Krisenerscheinungen, die oft einen dramatischen Verlauf nahmen. „Der Abbau der traditionellen engen Verbindungen zwischen den Republiken wirkte sich zerstörerisch

auf Wirtschaft und Lebensstandard aus“ (Jurij Jarow, Exekutivsekretär der GUS, Nesawisimaja Gasetä“, 8.12.2000). Und mit den wachsenden ökonomischen und sozialen Problemen wuchs der innere Druck. Dieser artikuliert sich nicht selten als Forderung nach engerem Zusammenhalt im Rahmen der GUS, zumindest in engerer Zusammenarbeit mit Russland und anderen GUS-Staaten, nach Wiederbesinnung auf den ehemals einheitlichen Markt. Nur wenige einheimische Erzeugnisse – fast ausschließlich Energieträger und Rohstoffe, manchmal noch Halbfabrikate – konnten auf dem Weltmarkt abgesetzt werden. Die Schuldenlast wächst. „Nach neun Jahren intensiver Suche eines eigenen Weges und entsprechender Geschäftspartner bleibt die tief verwurzelte wirtschaftliche gegenseitige Abhängigkeit bestehen. Eine Reihe von GUS-Staaten bedürfen der russischen Energieressourcen, und die Mehrheit der GUS-Staaten kommen ohne den umfangreichen russischen Markt für die Realisierung ihrer Waren, sowie die Transitwege durch Russland in das ferne Ausland nicht aus. Es wächst das Verständnis, dass die einseitige Orientierung auf den Westen zu weiterer Verschlechterung und Degradierung der nationalen Strukturen, zur Zerstörung progressiver, wissenschaftsintensiver Zweige führt“ (Jurij Jarow, ebenda).

- Nicht zu übersehen ist eine gewisse Enttäuschung darüber, dass man in die europäische Zusammenarbeit nicht gleichberechtigt einbezogen ist, dass die EU-Osterweiterung ohne die GUS-Staaten stattfindet. Man befürchtet beträchtliche zusätzliche Wirtschaftsbelastungen und eine sich vertiefende Schiefelage in Europa., die eine neue Trennung zur Folge hat, wenn nicht gegengesteuert werden kann.
- Es wächst die Bereitschaft, gemeinsam gegen Destabilisierungsbestrebungen und äußere Bedrohungen vorzugehen.
- Nachdenkliche Rückbesinnung gewinnt an Bedeutung. Jewgenij Primakow hatte in einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik Ende Oktober 1999 sinngemäß festgestellt: *Wir waren schließlich einmal ein Land. Niemand will zum alten Zustand zurück. An der Souveränität der neu entstandenen Staaten ist nicht zu rütteln. Genauso verständlich und erforderlich ist aber auch die Vertiefung der objektiv gegebenen und von vielen gewollte engere Zusammenarbeit und Integration. Man kann mit Dostojewski sagen, daß damals bei der Auflösung der Sowjetunion das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wurde. Stimmt es etwa nicht, daß es gemeinsame Wirtschaftskreisläufe zum Nutzen aller gegeben hat, oder eine sich gegenseitig befruchtende Kultur und Informationsstruktur? Weshalb sollten wir all das ablehnen,*

zumal anderenorts, so in Europa, Integration ganz groß geschrieben wird? Unverständlich, wenn man im Westen ähnliche Bestrebungen bei uns mit erneuerten imperialen Ansprüchen etikettiert, als wollte Rußland die anderen sich einverleiben. Derartige Aussagen und Überlegungen sind in den meisten postsowjetischen Staaten wieder mehrheitsfähig.

- Aufschlußreich sind die Ergebnisse einer Befragung, die im Dezember 2000 das Forschungszentrum bei der Moskauer humanitär-sozialen Akademie in Russland, in der Ukraine und in Belarus durchgeführt hat. Die Mehrzahl der Befragten (in Russland 1.700 Personen, in der Ukraine 1.100 und in Belarus 1.000 Personen) hat sich für den Zusammenschluss dieser drei Republiken in einem einheitlichen Staat ausgesprochen, in Russland 61%, in der Ukraine 53% (beim Referendum für die Unabhängigkeit hatten im Herbst 1991 selbst unter der russischen Bevölkerung der Ukraine etwa 90 Prozent für eine eigenständige Entwicklung gestimmt), und in Belarus 69%. Gegen die Vereinigung votierten in Russland 15, in der Ukraine 36 und in Belarus 19% (RIA Nowosti, Moskau, 03.01.01).

4. Folgen des 11. September für die GUS in Zentralasien.

Die Auseinandersetzungen in und um Afghanistan können Konsequenzen haben, die noch nicht vollständig übersehen werden können. Die USA sind dafür bekannt, dass sie aus einmal geschaffenen Stützpunkten so schnell nicht heraus gehen. In Usbekistan will Präsident Karimow die Anwesenheit der USA-Truppen, was Russland selbstverständlich nicht verhindern konnte, gegen die islamistische Bedrohung im eigenen Land, für die Legitimierung seines Regimes und wirtschaftliche Unterstützung, zum Ausbalancieren der Kräfte in der Region(gegen die Übermacht Russlands und Chinas,) und zur Bekräftigung des regionalen Führungsanspruchs(gegen Kasachstan in erster Linie) nutzen. Ob der neue Flirt mit den USA gut geht, bleibt abzuwarten. In Tadshikistan dürften die USA keine Chance haben, auch nicht in Kirgistan. Ein sehr wichtiger Faktor für die GUS bleibt China, dessen Führung mit Erstaunen und einer gewissen Irritation zunächst die Entwicklung im amerikanisch-russischen Verhältnis verfolgt hatte. Es hat seine Aktivitäten in der Region verstärkt.

Der Zerfall der Sowjetunion hatte besonders für Zentralasien verheerende Folgen. Und es war nicht zufällig, dass in dieser Zeit Protest gegen den willkürlichen Auflösungsbeschluss von Jelzin, Krawtschuk und Schushkewitsch in erster Linie von den Führungen der zentralasiatischen Führungen kam. Zentralasien war historisch gesehen in der einen oder anderen Weise immer ein geschlossenes, komplexes Gebiet, was auch zu sowjetischen Zeiten nicht in Frage gestellt wurde. Die Bevölkerung war ein großzügiges Regime an den Grenzen gewöhnt, Handel und Wandel ohne Hindernisse gehörten zum Alltag aller. Versuche, der anderen Völkerschaft fremden Willen aufzudrücken, waren zum Scheitern verurteilt, so Versuche der Usbekisierung Tadshikistans. Diese Jahrhunderte wirkenden Netze und traditionellen Kreuzwege der Völker wurden mit der Zerschlagung der Sowjetunion zerrissen. Ein tiefgreifender Prozess der Verstaatlichung starker Claninteressen setzte ein. Ein harter Kampf um die Leadership in der Region, angeblich im Interesse des Nationalstaates, wurde von den Eliten vom Zaune gebrochen, die erstmalig die Möglichkeit erhalten hatten, ihre Macht- und Bereicherungsgelüste zügellos befriedigen zu können. Besonders tut sich der usbekische Präsident hervor, der mit drakonischen Maßnahmen im eigenen Land seine Herrschaft und gegen die Nachbarn die regionale Vorherrschaft durchsetzen will. Die Verminung der Grenzen forderte viele Opfer unter der Bevölkerung, die ja das Grenzüberschreiten als Normalität gewohnt war. Karimow hat mit der Antiterror-Kampagne und der USA-Anwesenheit Auftrieb erhalten, Punkte gesammelt, vor allem gegenüber Nasarbajew, den der starke, ziemlich überraschend aufbrechende Widerstand in der kasachischen Elite lähmt. Die USA haben faktisch das Karimow-Regime legitimiert. Karimow will Tadshikistan dominieren, in dem etwa 25% der Bevölkerung Usbeken sind, wohl wissend, dass die Opposition in Tadshikistan ohne die usbekischen Truppen im Bürgerkrieg nicht hätte geschlagen werden können. Um seinen Willen durchzusetzen, hatte Karimow faktisch eine Transportblockade verhängt. Millionen tadshikische Arbeiter konnten nicht mehr mit der Eisenbahn nach Rußland zur Arbeit fahren, die teuren Flugreisen aber nicht bezahlen. Durch russische Vermittlung wurde die Eisenbahn wieder in Betrieb genommen.

Russland wird in der zentralasiatischen Region in vielerlei Hinsicht als Ausgleichsmacht benötigt. Ein Rückzug, eine Nichtwahrnehmung dieses objektiven Sachverhalts hätte verheerende Folgen für die Region, würde neue Auseinandersetzungen vorprogrammieren und auch Russlands Interessen nicht dienlich sein. Eine Rückkehr danach wäre schwierig, wenn nicht aussichtslos. Man würde sich in den zentralasiatischen Ländern auf den Süden/ Westen und nicht auf den Osten/ Westen ausrichten, islamistische Politik würde fester

Fuß fassen, nicht wenige junge Leute beherrschen schon heute kaum noch die russische Sprache.

In der Bevölkerung Zentralasiens ist das Interesse an einem einheitlichen Lebensraum unvermindert hoch, die Eliten haben aber bisher nicht den politischen Willen aufgebracht, dem zu entsprechen. Das Nachwende-Russland war zu schwach, um Lokomotive für die Realisierung seiner Interessenlage zu sein.

Eine Stabilisierung in Afghanistan hätte zweifelsohne positive Effekte für die zentralasiatischen Staaten der GUS.

5. Wie geht es weiter mit der GUS?

Die Lage in der GUS bleibt widersprüchlich, das Für und Wider mehr Zusammenhalt und Kooperation sind im Streit. Von Bedeutung ist, dass nicht nur in Russland, sondern auch in anderen GUS-Staaten 1999 und 2000 wirtschaftliche Zuwächse realisiert werden konnten, die auf der einen Seite eigenständiger Entwicklung förderlich sind, andererseits aber auch die Basis für eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit verbreitert haben. In absehbaren Zeiträumen ist das eher bilateral, oder in kleineren Gruppen möglich, wobei der große, allgemeine GUS-Rahmen nicht in Frage gestellt wird. Kaum jemand ist in der Endkonsequenz an einem Zusammenbruch der GUS interessiert, die gegenseitige Abhängigkeit besteht fort.

Man kann davon ausgehen, daß die Befürworter für mehr Integration im Rahmen der GUS Zulauf finden werden, sollte in Rußland tatsächlich eine nachhaltige Stabilisierung erreicht, die Suche nach effektiveren Integrationsmechanismen erfolgreich verlaufen, und die von Präsident Putin erklärte Respektierung der Eigenständigkeit und souveränen Rechte aller Teilnehmer der GUS tatsächlich verwirklicht wird. Und es ist nicht auszuschließen, dass die Entwicklungen nach dem 11. September und das Vorgehen der USA Gemeinsames stimulieren. Das sicher einschätzen zu können, ist noch nicht die Zeit.

Die neue russische Führung, von deren Agieren objektiverweise sehr viel abhängt, schätzt die Situation in der GUS nüchtern ein. Manch einer war verblüfft, als Putin beim vorjährigen Sommertreffen der Staatschefs unverblümt erklärte, dass die GUS, so wie sie in den vergangenen Jahren konstruiert wurde, nicht Bestand haben kann. Eine Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen der GUS habe nur dann eine Perspektive, wenn dafür gegenseitiges Interesse besteht und gleichberechtigt konkreter Nutzen der Beteiligten entsteht.

Ohne die Bedeutung der GUS generell in Frage zu stellen, wird im Vorgehen der neuen Kreml-Führung die Suche nach dem Machbaren dominieren, wird man folgenlose Paradeveranstaltungen und Papiereproduktion, leeres GUS-Getümel überwinden wollen. Realpolitik wird vorn angestellt. Grundlage ist die Einschätzung, dass in naher Zukunft eine beschleunigte Entwicklung der gesamten GUS zu einem vollwertigen Integrationsverband nicht möglich ist. Die Frage ist, ob man fortsetzen sollte, die Integration im postsowjetischem Raum als absoluten Wert zu betrachten, der jegliche Ausgaben und Zugeständnisse an die Partner rechtfertigt, oder ob man einen pragmatischen Kurs einschlagen soll (Die Gesamtverschuldung von GUS-Staaten gegenüber Russland beläuft sich mittlerweile auf 5,5 Mrd. \$). Die Äußerungen des Sekretärs des russischen Sicherheitsrates Sergej Iwanow über die GUS am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz 2001 bestätigten, dass man dem Letzteren den Vorzug geben will. Sergej Iwanow hatte unterstrichen: „Jegliches Zusammenwirken muss auch von gegenseitigem Vorteil sein. Mit jenen, die dazu entsprechende Bereitschaft aufbringen, wird Russland eine besonders enge Zusammenarbeit entwickeln“.

In Moskau teilt man die Auffassung des aserbaidshanischen Präsidenten Alijew, der in der Vergangenheit des öfteren Anlass für Kopfzerbrechen in den Führungsetagen der GUS war: „Solche internationalen Organisationen entstehen nicht in einem, zwei oder drei Jahren. Die Hauptsache ist der Wunsch zusammenzuarbeiten, ist die Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Die GUS wird sich Schritt für Schritt zu einer nützlichen Organisation entwickeln und wird von Treffen formalen Charakters zu konkreterer Arbeit finden“ (Aus einem Artikel von Jurij Jarow, „Nesawissimaja Gaset“, 8.12.2000).

6. Wichtigste Dokumente

Als Gründungsdokumente der GUS gelten die Beloweshsker Erklärung der Präsidenten von Russland, der Ukraine und Bjeloruslands vom 8.12.1991 sowie die Erklärung von Alma Ata vom 21.12.1991, in der sich die politischen Führungen der UdSSR-Nachfolgestaaten, mit Ausnahme der baltischen Republiken, Aserbaidshans, Georgiens und Moldowas, auf einen lockeren Vertrags- und Konsultationsmechanismus einigten.

Am 22.1.1993 wurde das Statut der GUS von den Staatsoberhäuptern einer Reihe von Teilnehmerstaaten angenommen. Ihm entsprechend ist das höchste Organ der GUS der Rat der Staatsoberhäupter, der sich jährlich mindestens zwei Mal versammeln soll. Vorsitzender ist nach überkommenem Verständnis der russische Präsident. Die Leitung der Beratungen

erfolgt jedoch reihum nach dem russischen Alphabet. Beschlüsse werden per Konsens gefasst. Bemerkenswert ist, dass an den Tagungen der Staatsoberhäupter in der Regel auch jene teilnehmen, deren Staaten nicht Mitglied (Nichtunterzeichner der Erklärung von Alma Ata bzw. des Vertrags über kollektive Sicherheit vom 15.5.1992, auch Taschkenter Vertrag) sind. Mit der Koordinierung der Zusammenarbeit auf vor allem wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist der Rat der Regierungschefs befasst.

Von besonderer Bedeutung sind des weiteren das Komitee für Koordinierung und Konsultation, sowie die Räte der Außen- und Verteidigungsminister.

Zur organisatorischen und technischen Sicherstellung der Arbeit der vorgenannten Organe wurde ein Exekutivsekretariat der GUS geschaffen (Statut vom 14.5.1993), dessen Arbeit vom Exekutivsekretär geleitet wird. Dieser wird durch den Rat der Staatsoberhäupter ernannt.